

G 2766 EX



# MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

**9'78** September



Vom Bundeskabinett beschlossen:

# Deutsch-französisches Abkommen über Hilfeleistungen wird Gesetz

Gegenseitige Hilfe bei Katastrophen auch mit Belgien, Niederlande, Dänemark, der Schweiz und Österreich angestrebt

Das Bundeskabinett hat Anfang August das Vertragsgesetz zum deutsch-französischen Hilfeleistungsabkommen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen beschlossen. Durch das Vertragsgesetz, das vom Bundesminister des Innern federführend vorbereitet worden ist, wird die nach der Verfassung notwendige Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu dem vorliegenden völkerrechtlichen Vertrag herbeigeführt. Das Gesetz regelt in Verbindung mit dem Hilfeleistungsabkommen das Verwaltungsverfahren der für die Durchführung zuständigen deutschen Behörden und die innerstaatliche Verteilung der Kostenlast zwischen Bund und Ländern.

Nach Auffassung von Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum dokumentiert die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-französischen Hilfsabkommen ihre Solidarität mit anderen Staaten bei der Bekämpfung von Katastrophen und Unglücksfällen.

Sie festige damit zugleich die Verbundenheit zu ihren Nachbarstaaten.

Nach dem deutsch-französischen Abkommen leistet jede Vertragspartei auf Anforderung im Rahmen ihrer nationalen Möglichkeiten Hilfe – insbesondere durch Entsendung von speziell ausgebildeten und mit besonderem Gerät ausgestatteten Hilfsmannschaften – zur Bekämpfung von Großbränden, chemischen Gefahren, zur Sanitätshilfe sowie zur Bergung von Personen und Sachgütern oder zur behelfsmäßigen Instandsetzung beschädigter Versorgungseinrichtungen. Die Formalitäten beim Grenzverkehr werden hierbei auf das notwendigste Maß beschränkt.

Es ist vorgesehen, daß jede Seite ihre eigenen Kosten (insbesondere Transportkosten und Kosten für Verdienstausfallentschädigungen der Helfer) selbst trägt mit Ausnahme der beim Einsatz von Luftfahrzeugen anfallenden Kosten, die geteilt werden. Weitere Regelungspunkte des

Abkommens sind Zuständigkeits-, Schadensersatz- und Haftungsfragen. Darüber hinaus sieht das Hilfeleistungsabkommen einen regelmäßigen Informationsaustausch sowie gemeinsame Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen der beiden Partnerländer vor.

Die Bedeutung des deutsch-französischen Abkommens wurde durch die gegenseitigen Hilfsaktionen bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen 1975 und dem Tankerunglück vor der bretonischen Küste im März dieses Jahres eindeutig unter Beweis gestellt. Bei der Waldbrandkatastrophe kamen drei Spezialflugzeuge aus Frankreich zum Einsatz. Anlässlich des Tankerunglücks vor der Küste der Bretagne setzte die Bundesrepublik Deutschland eine 320 Mann starke Hilfsmannschaft zur Säuberung der ölverschmutzten Strände ein. Die Modalitäten der Hilfsmaßnahmen richteten sich bereits nach den Grundsätzen des Abkommens. Künftige Hilfsmaßnahmen werden

durch das Vertragsgesetz zum deutsch-französischen Abkommen auf eine fundierte rechtliche Basis gestellt werden.

Nach der Ratifizierung des Vertragsgesetzes werden die im Abkommen vorgesehenen Einzelvereinbarungen zu treffen sein (z. B. Aufstellung gegenseitiger Alarmpläne, Regelungen über den gegenseitigen Informationsaustausch, gemeinsame Übungen).

Langfristiges Ziel des Bundesministers des Innern ist, derartige Vereinbarungen mit allen Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland zu treffen. So wurde am 2. März 1978 ein fast gleichlautendes Abkommen mit dem Großherzogtum Luxemburg unterzeichnet. Mit dem Königreich Belgien wird ebenfalls über ein Hilfeleistungsabkommen verhandelt. Mit den übrigen Nachbarstaaten aus dem EG-Bereich (Niederlande und Dänemark) sowie mit der Schweiz und Österreich werden Abkommen angestrebt.

---

## STELLENAUSSCHREIBUNG

---

### INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Beim Innenministerium ist demnächst im Referat Katastrophenschutz die Stelle eines

#### Referenten für Katastrophenschutz (Angestelltenstelle der Verg.Gr. II a BAT)

zu besetzen. Zu den Aufgaben gehören in erster Linie die Vorbereitung und Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen sowie Plan- und Einsatzübungen im Katastrophenschutz, ferner Planungsaufgaben über Führung und Einsatz, Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzes.

Erfahrungen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

Schriftliche Bewerbungen (mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnissen, Befähigungsnachweisen) sind innerhalb von vier Wochen an das Innenministerium Baden-Württemberg, Dorotheenstraße 6, 7000 Stuttgart 1, zu richten.



# MAGAZIN

9/78



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (02 21) 4 98 81

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Ulrike von Gimborn  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder

## Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

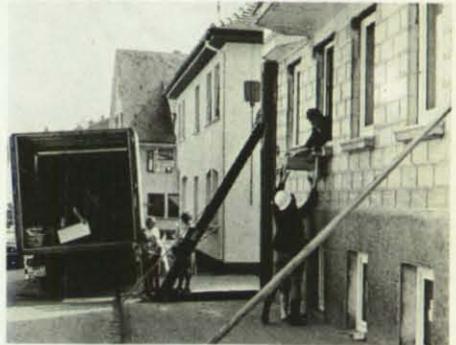
Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„... da knickten Kamine um wie Streichhölzer“ 9  
Schwerstes Erdbeben seit 35 Jahren richtete in Baden-Württemberg Schäden an etwa 5000 Häusern an.



„Der Christ darf sich der Hilfeleistung für den anderen nicht entziehen“ 15  
Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zu Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes.

„Gastspiele“ 16  
Einheiten der niederländischen Bescher- ming Bevolking üben an der Katastro- phenschutzschule des Bundes.

„Großes Arbeitsprogramm des THW zum Deutschen Turnfest 1978“ 18  
Neun niedersächsische Ortsverbände im Einsatz.

„Chemikalsauerstoff im Atemschutz“ 20  
Ein Symposium gab Einblick in den Bereich der Anwendungstechnik.

„Tragkraftspritzen und Feuer- löschkreiselpumpen“ 24  
Die Tragkraftspritze TS 2/5

„Inventur“ 26  
Organisation und Aufbau des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Landes- hauptstadt Stuttgart (Schluß).



„Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Fitneßprogramm.



UMSCHAU

### Feuerwehr-Ehrenkreuz für Bundesaußenminister Genscher



Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, zeichnete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 16. August mit dem Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold aus. Besonders während seiner Amtszeit als Bundesinnenminister, so Bürger in seiner Laudatio, habe sich Genscher um die deutsche Feuerwehr und den Katastrophenschutz verdient gemacht. In seiner Amtszeit seien die Kontakte zwischen Ministerium und Feuerwehr entscheidend verbessert worden. Seiner Initiative sei es zu verdanken, daß die sogenannte „Helfer-Analyse“ über Struktur und Zusammensetzung der rund 1,5 Millionen Helfer im Katastrophenschutz und den Feuerwehren nun vorliege. Aus Anlaß des 125jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes überreichte Bürger dem Geehrten außerdem den Bildband „Deutsche Feuerwehren vor 100 Jahren“.

In seiner Dankesrede unterstrich Minister Genscher die Bedeutung der Feuerwehren in der Bundesrepublik und begrüßte das große Engagement „gerade der jüngeren Bürger unseres Landes in den Feuerwehren“. Die Feuerwehrmänner handelten nach der Devise: „Frage nicht, was der Staat für Dich tun kann, sondern, was Du selbst für Deinen Nächsten und die Gemeinschaft tun kannst.“

### Berufsoffiziere für Aufgaben der Zivilverteidigung?

In einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat der CDU-Bundestagsabgeordnete de Terra Vorschläge gemacht, wie der personelle Überhang von derzeit etwa 1200 Berufsoffizieren bei der Bundeswehr vermindert werden könnte. Diese Personen könnten derzeit nicht entsprechend eingesetzt werden; de Terra schlägt deshalb vor, betroffene Offiziere bei den Mittelbehörden der Länder, bei Bezirksregierungen, Landkreisen und kreisfreien Städten als Verteidigungsdezernenten oder -referenten zu beschäftigen. Damit ergebe sich gleichzeitig die Möglichkeit, die Mängel im Bereich der zivilen Verteidigung zu mildern, wenn diese Offiziere auch Aufgaben der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes übernehmen. MdB de Terra meint, daß gerade Vorsorgeaufgaben – Bereitstellung von Material nach dem Bundesleistungsgesetz, Kontrolle von Nahrungsmittelvorräten, Katastrophenschutzplanung usw. – deshalb vernachlässigt würden, weil es bei den betreffenden Verwaltungen an Personal fehlt. Wie de Terra mitteilte, haben einzelne Landesregierungen bereits auf diese Vorschläge geantwortet, die Überlegungen zu prüfen. Der Abgeordnete will nunmehr seine Vorstellungen auch dem Verteidigungsministerium unterbreiten.

### Europäisches Parlament beschäftigte sich mit dem Brandschutz in Hotels

Die Notwendigkeit eines effektiveren Brandschutzes in Hotels beschäftigte kürzlich das Europäische Parlament in Straßburg. Der Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz forderte die EG-Kommission auf, kurzfristig einen Richtlinienvorschlag über Brandschutzvorschriften in Hotels zu erstellen. In seinen Erläuterungen betonte der britische Konservative James Spicer, daß die Kommission in den letzten Jahren zwar Verständnis für das Problem gezeigt habe, dennoch der Auffassung gewesen war, diese Probleme seien auf nationaler Ebene besser zu lösen, ansonsten sei dies wohl eher eine Sache für den Ausschuß für die Sicherheit am Arbeitsplatz. Demgegenüber vertrat Spicer die Meinung, daß das Hotelgewerbe ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden sei und

deshalb gleiche Mindestbrandschutz-Vorschriften im Hinblick auf die Beseitigung ungleicher Wettbewerbsbedingungen dringend geboten seien.

Kurzfristig müßte durchgesetzt werden, daß in jedem Zimmer Anweisungen für das Verhalten im Falle eines Brandes angebracht würden, ferner ausreichende Löschgeräte, die regelmäßig gewartet werden müßten und die Notausgänge deutlich markiert würden.

Es habe sich immer wieder gezeigt, daß Menschen starben, weil sie die Notausgänge nicht gefunden hätten. Man müsse auch bedenken, daß der Tourismus in den Ländern, die bald der EG beitreten werden, besonders entwickelt, der Brandschutz aber am schlechtesten sei. Sein Ausschuß fordere, so betonte Spicer, daß jeder Staat ein Organ bilde, das die Hotels regelmäßig auf Brandschutz überprüfe. In England herrschten die schärfsten Schutzvorschriften, was zu einer Schließung von über 400 Hotels geführt habe. Deswegen müsse man auch überlegen, wie man den Hoteliers finanziell zu Hilfe kommen könne.

Er schlug vor, Hotels mit vernünftigen Brandschutzvorrichtungen mit einem Zertifikat auszuzeichnen. Dies würde den Touristikunternehmen die Möglichkeit geben, ihre Kunden entsprechend zu beraten.

Der Brite Rhys Williams meinte, man solle einen Entwurf der Verordnung vorlegen, der dann bei Hotel-Neubauten gleich berücksichtigt werden könnte. Bei einem Neubau seien die Kosten für den Brandschutz wesentlich geringer als bei einem nachträglichen Einbau in ältere Häuser.

Vizepräsident Henk Vredeling antwortete auf die Vorwürfe, daß die Kommission bemüht sei, eine Dokumentation zu erarbeiten über brandhemmendes Baumaterial, wie Bodenbeläge, Wandverkleidungen etc. Dies dauere noch seine Zeit, da die Kommission zu wenig Personal habe, das sich ausschließlich damit beschäftigen könne. James Spicer zeigte sich enttäuscht über diese Antwort. Er akzeptiere, daß eine längerfristige Planung nötig sei, doch die von ihm geforderten ganz einfachen Dinge könnten schon vorbereitet werden. Es reichten zwei Mitarbeiter, die sich in wenigen Tagen in diese Materie einarbeiten und dann sofort tätig werden könnten.

## **Autofeuerlöscher: Im Ernstfall keine Zeit für die Gebrauchsanweisung**

Feuerlöscher führen in den meisten Autos ein unbeachtetes Schattendasein und sind im Ernstfall entweder nicht einsatzbereit, oder der Besitzer ist mit der Technik des Geräts nicht vertraut. Die Deutsche Verkehrswacht wandte sich an die Autofahrer mit dem Rat, sich mit der Bedienung des Löschers beizeiten vertraut zu machen, denn: Im Ernstfall ist keine Zeit für langes Studium der Gebrauchsanweisung. Die Geräte gehörten im Auto an einen Ort, an dem sie leicht erreichbar seien, die Insassen bei einem Zusammenstoß jedoch nicht gefährdeten. Leider, so hieß es bei der Verkehrswacht München, bereite die zweckmäßige und sichere Unterbringung in manchen Wagentypen noch erhebliche Schwierigkeiten.

Die Kraftfahrzeughersteller sollten serienmäßig einen passenden Platz für den Löscher vorsehen.

## **„Los Alfaques“: Die Schuldfrage ist noch immer offen**

Die Frage, wer an der Explosionskatastrophe auf dem Campingplatz „Los Alfaques“ in der spanischen Provinz Tarragona, bei der mehr als 150 Menschen ums Leben gekommen sind, schuld war, und wie die Überlebenden sowie die Verwandten der Toten entschädigt werden sollen, ist weitgehend offen.

Es gibt derzeit drei Versionen vom Hergang des Unglücks: So wollen Augenzeugen gesehen haben, daß an der Zugmaschine des Unglückswagens ein Reifen brannte. In diesem Fall müßte die Versicherung des Fahrers zahlen. Nach einer zweiten Version soll aus dem überfüllten Tank des Lastzuges schon während der Fahrt flüssiges Propylengas ausgetreten sein. In diesem Falle müßte die Versicherung des Besitzers des Tankauflegers zur Verantwortung gezogen werden. Eine dritte Version: Der Zivilgouverneur der Provinz Tarragona kommt als übergeordneter Schuldner in Frage, weil er die gefährlichen Gas- und Treibstofftransporte auf der engen Küstenstraße in seiner Provinz nicht unterbunden hat.

Da im spanischen Prozeßrecht Zivil- und Strafverfahren nicht getrennt

werden, muß bei der Entschädigung erst auf die Klärung der Schuldfrage gewartet werden, erklärte jetzt ein spanischer Rechtsanwalt, der die Interessen mehrerer geschädigter Deutscher vertritt.

## **Bessere Vorbereitungen gegen Tankerunglücke gefordert**

Eine ganze Liste mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen wurde Bundesarbeitsminister Dr. Herbert Ehrenberg bei einem Besuch der Feuerwehrzentrale in Jever (Ostfriesland) vorgetragen. In erster Linie müßten die Sicherheitseinrichtungen bei möglichen Tankerunfällen vor der Küste verstärkt werden. Zur schnellen Leichterung von größeren Tankern forderte Kreisdirektor Dr. Bode eine erweiterte Kapazität und Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung von größeren Ölverschmutzungen und Ölkatastrophen. Dr. Bode schlug dem Bundesarbeitsminister vor, den unteren Behörden mehr Zuständigkeiten zu übertragen. Die Kreise müßten freiere Hand bei der Katastrophenbekämpfung haben. Es sei auch wünschenswert, den Kreisen Gelder zu bewilligen, über deren Verwendung die Kreise selbst entscheiden könnten.

## **Schutzhelm ist Pflicht für motorisierte Zweiradfahrer**

Seit kurzem müssen alle Fahrer motorisierter Zweiräder, die eine höhere Geschwindigkeit als 25 Stundenkilometer erreichen, einen Schutzhelm tragen. Der Bundesrat hat am 12. Mai einer Verordnung des Bundesministers für Verkehr zugestimmt, die nunmehr in Kraft trat. Bisher war ein Schutzhelm nur für die Fahrer und Beifahrer von Zweirädern mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h vorgeschrieben.

Mit dieser Ausweitung folgt der Bundesverkehrsminister einer Entschliebung des Bundesrates und einem Beschluß der Verkehrsministerkonferenz der Länder. Sie hatten wegen der stark angestiegenen Verletzten-

zahlen bei Zweiradfahrern die Ausdehnung der Schutzhelmpflicht empfohlen. Über eine weitere Ausdehnung der Helmpflicht auf alle Benutzer motorisierter Zweiräder, also auch auf Mofafahrer, soll nach einem Jahr unter Berücksichtigung der bis dahin gewonnenen Erfahrungen entschieden werden.

## **NRW-Innenminister Hirsch läßt Fahrzeuge mit gefährlichen Gütern gezielt überprüfen**

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Burkhard Hirsch wird künftig den Transport gefährlicher Güter auf den Straßen Nordrhein-Westfalens gründlich und gezielt überprüfen lassen. Deshalb hatte er die Polizeibehörden angewiesen, in der Zeit vom 28. August bis zum 1. September Fahrzeuge, die gefährliche Güter transportieren, auf Bau-, Ausrüstungs- und Betriebsvorschriften sowie ihre Fahrer auf verkehrsgerechtes Verhalten zu überprüfen.

Die Zahl der Unfälle, an denen Fahrzeuge mit Tankauflagen oder Tankwagen selbst beteiligt waren, ist zwar von 216 im ersten Halbjahr 1977 auf 180 (- 16,7 %) im vergleichbaren Zeitraum dieses Jahres zurückgegangen. Auch die Zahl der dabei Getöteten ging von zehn auf sieben zurück; die Zahl der Verletzten sank von 129 auf 85.

Dennoch ist Minister Dr. Hirsch der Ansicht, daß nach den Unfällen der letzten Zeit Kontrollen dieser Art die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer weiter verbessern helfen. Bei den Kontrollen, die sowohl im Rahmen des täglichen Dienstes als auch in landesweiten Schwerpunkteinsätzen durchgeführt wurden, überprüfte die Polizei vor allem

- das Mitführen von Beförderungs- und Begleitpapieren,
- die Kennzeichnung der Fahrzeuge mit Warntafeln,
- die Beförderung von Gütern, deren Transport auf der Straße nicht zugelassen ist,
- Arbeitszeitnachweise und die Einhaltung der Bestimmungen über Lenk- und Ruhezeiten,
- die Prüfplakette auf ihre Gültigkeit,

- die erforderliche Fahrerlaubnis,
- den verkehrssicheren Zustand der Fahrzeuge,
- die Erlaubnisbescheide für die Beförderung und die Einhaltung von Auflagen dieser Bescheide.

Nach den Worten von Minister Dr. Hirsch soll die Ankündigung der Kontrollen den Fuhrunternehmen die Möglichkeit bieten, selbst noch einmal den technischen Zustand ihrer Fahrzeuge zu überprüfen, denn es gelte nicht, im nachhinein zu bestrafen, sondern vorbeugend einen Beitrag zur Verkehrssicherheit zu leisten.

### Steigende Unfallquote bei Kindern und Jugendlichen

Die Zahl der verunglückten Kinder und Jugendlichen ist im vergangenen Jahr gegenüber 1976 um 6,5 % gestiegen. Während 1976 in der Gruppe bis zu 18 Jahren 125 920 Personen verunglückten – davon 2543 tödlich –, waren es 1977 bereits 134 062 (davon 2552 Tote).

Der ADAC stellt die gestiegenen Unfallzahlen vor allem in den Altersgruppen der 15–18jährigen und der 10–15jährigen fest: Im vergangenen Jahr verunglückten von den 15–18jährigen 64 514 Personen; das sind rund 9 % mehr als 1976. Fast zwei Drittel von den Jugendlichen kamen dabei auf dem motorisierten Zweirad zu Schaden. Bei den 10–15jährigen ist die Steigerung noch etwas höher. Im vergangenen Jahr verunglückten in dieser Altersgruppe 30 624 Kinder (+ 9,8 %). Knapp die Hälfte davon waren Radfahrer.

Am geringsten ist das Unfallrisiko bei Kindern bis zu 10 Jahren. Von ihnen verunglückten im vorigen Jahr 38 924 Personen; verglichen mit 1976 sind dies nur 0,2 % mehr. Rund die Hälfte kam als Fußgänger zu Schaden. Das geringere Unfallrisiko bei den Kindern bis zu 10 Jahren darf aber über die negative Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen insgesamt nicht hinwegtäuschen. Einen echten Wert liefert das relative Unfallrisiko, das das Verhältnis einer untersuchten Gruppe zur Gesamtbevölkerung beschreibt: 1976 verunglückten von 100 000 Personen 780 Kinder und Jugendliche; im vergangenen Jahr stieg die Zahl auf 854.

### Gefährliche Betriebe müssen Katastrophenschutz der technischen Entwicklung anpassen

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Burkhard Hirsch, hat die Regierungspräsidenten, die Oberkreis- und Oberstadtdirektoren sowie die Stadt- und Gemeindedirektoren angewiesen, ihre Aufgaben im Feuer- und Katastrophenschutz gegenüber gefährlichen Betrieben – darunter auch solchen mit eigenen Werksfeuerwehren – besonders aufmerksam zu erfüllen. Überdies müssen diese Betriebe Gefahrenbeschreibungen und Sonderschutzpläne künftig nicht nur neu erstellen, sondern auch fortzuschreiben, um sie dem neuesten Stand der technischen Entwicklung anzupassen. Wie Hirsch Anfang August in Düsseldorf betonte, sei vor allem die Entwicklung der chemischen Industrie so rasch fortgeschritten, daß für immer neue Gefahrenquellen angepaßte Abwehrmaßnahmen entwickelt werden müßten.

Anlaß für die Anordnung des Ministers war ein Zwischenfall in einem Chemiewerk in Wuppertal. Dort war am 2. August durch versehentliches Öffnen eines Ventils Phosphoroxychlorid ausgelaufen. Die chemische Flüssigkeit hatte sich durch die Verbindung mit der Luft zu einer bedrohlich aussehenden Wolke entwickelt, die über dem Betriebsgelände stand.

Wenn auch eine objektive Gefahr, wie durch Fachleute der Werksfeuerwehr des Betriebes, der Berufsfeuerwehr und der Gewerbeaufsicht festgestellt worden war, nicht bestanden hat, so hatten die sichtbare Wolke und die starke Geruchsbelästigung doch Aufregung unter der Bevölkerung hervorgerufen.

Hirsch hat darauf hingewiesen, daß die Werkfeuerwehren, die anstelle der öffentlichen Feuerwehren die Aufgaben des Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung in diesen besonders gefährdeten Betrieben wahrnehmen, rechtzeitig die zuständigen Stadt- und Oberstadtdirektoren über eine Entwicklung informieren müssen, die eine Gefährdung der Menschen im Betrieb oder der Menschen in der Umgebung der Betriebe bedeuten könne. Darüber hinaus erwartet er eine solche Information

auch dann, wenn zwar eine objektive Gefahr nicht gegeben ist, aber aus Unkenntnis und verständlicher Besorgnis die Menschen der Umgebung in Angst und Schrecken geraten.

Der Minister hat außerdem mehrfach, zuletzt am 1. August 1978, die für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden, die Regierungspräsidenten, Oberstadt- und Oberkreisdirektoren sowie die Stadt- und Gemeindedirektoren auf die besondere Übungsverpflichtung nach dem Katastrophenschutzgesetz hingewiesen, weil eine wirksame Abwehr nur sichergestellt werden kann, wenn für den Ernstfall immer wieder trainiert wird.

Aufgrund seiner Anordnung planen die staatlichen und kommunalen Behörden bis zum Jahresende die Durchführung von 51 Stabsrahmen- oder Vollübungen. Im größten Regierungsbezirk des Landes, Düsseldorf, wird eine großangelegte Übung mit Beteiligung der Städte Düsseldorf, Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen, Wuppertal und der Kreise Mettmann, Neuss und Viersen am 13. und 14. Oktober 1978 abgehalten, bei der Fachleute des Innenministeriums Schiedsrichter- und Leitungsfunktionen übernehmen.

### Bretagne: Ölpest-Reinigung kostete 175 Millionen

370 Millionen Francs (rund 175 Millionen Mark) haben die Säuberungsarbeiten der bisher etwa 160 Kilometer Strand in der Bretagne gekostet, der im März dieses Jahres durch Öl des aufgelaufenen Tankers „Amoco Cadiz“ verunreinigt wurde.

Ein Sprecher des Innenministeriums in Paris, der diese Zahl bekanntgab, teilte mit, insgesamt 10 000 Soldaten, Feuerwehrleute und freiwillige Helfer seien bei der drei Monate dauernden Säuberungsaktion im Einsatz gewesen. Schätzungen über Einbußen im Fremdenverkehrsgewerbe liegen noch nicht vor, jedoch sind vermutlich weniger als die Hälfte der früher gezählten Touristen im Bereich der ölverpesteten Strände im Urlaubsjahr 1978 zu Gast gewesen.

## Parlamentarischer Staatssekretär von Schoeler beim THW in Melsungen

Sorgfältig, aber ganz unkonventionell machte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler bei einem Besuch des Technischen Hilfswerkes Notizen auf einen Bierdeckel: Er nahm die Wünsche des THW-Ortsverbandes Melsungen mit nach Bonn. Das THW hat seit längerer Zeit eine maßvolle Forderung von 16 000 DM zum Umbau der Unterkunft, des ehemaligen Zollamtsgebäudes, angemeldet. Schon mehrmals wurden Anträge gestellt, das Staatsbauamt bemüht – immer vergeblich. Irgendwo sagt jemand nein, bleibt das Projekt auf der Strecke, in der Mühle der Bürokratie hängen. Die THW-Helfer wollen die Arbeiten in Selbsthilfe erledigen, weil aber eine tragende Wand herausgebrochen werden muß, um aus zwei ehemaligen Büroräumen einen Schulungsraum zu machen, müssen die Statiker heran.

Noch ehe das Melsunger Zollamt geschlossen wurde, so informierte THW-Ortsbeauftragter Rudolf Schiller den Staatssekretär, waren umfangreiche Instandsetzungsmaßnahmen an dem Gebäude geplant. Das Geld, ein Betrag etwa fünffach so hoch wie der jetzt benötigte, soll schon zur Verfügung gestanden haben. Im Beisein des stv. Landrats des Schwalm-Eder-Kreises, Franz Baier, und des Melsunger Bürgermeisters Dr. Appell sowie des THW-Landesbeauftragten Dr.-Ing. Reß und des THW-Kreisgeschäftsführers Albert nahm von Schoeler auch ein Anliegen des zuständigen Kreisbrandmeisters entgegen: Die Feuerwehr im früheren Kreis Melsungen hat einen ABC-Zug aufgestellt und braucht jetzt ein Führungsfahrzeug. „Ich will sehen, was ich tun kann,“ versicherte der Staatssekretär, der sich im übrigen erfreut über die gute Zusammenarbeit zwischen THW und Feuerwehr in Melsungen äußerte. Dazu THW-Ortsbeauftragter Schiller: „Auch mit dem DRK haben wir allerbestes Einvernehmen.“

Der Besichtigung des Melsunger THW war ein Besuch des Staatssekretärs beim Verlag A. Bernecker in Melsungen vorausgegangen. In dem Druck- und Verlagshaus wird die vorliegende Zeitschrift, das ZS-MAGAZIN, hergestellt. Bei einem Gang durch den Betrieb wurden dem Staatssekretär alle Herstellungsgänge der Zeitschrift erläutert. Das besondere Interesse des Staatssekretärs galt den modernen Verfahrens-



Staatssekretär von Schoeler zeigte bei dem kurzen Besuch der Druckerei Bernecker in Melsungen auch großes Interesse für die technische Herstellung des ZS-MAGAZIN: Firmeninhaber Dr. Fischer (Mitte) legt den Umschlagbogen der Ausgabe 7-8/78 vor. Rechts THW-Geschäftsführer Albert.

techniken, die in der Melsunger Firma schon seit Jahren erfolgreich eingesetzt werden.

## CSU: Verbesserung der Zivilverteidigung gefordert

Herbe Kritik am Stand der Vorbereitungen zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland wurde auf dem wehrpolitischen Kongreß der CSU in Nürnberg geübt. So sei etwa der Zivilschutz „praktisch auf Null“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Wörner, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages, verwies auf das Fehlen eines Konzeptes zur Gesamtverteidigung, mit dem die Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Verteidigung sichergestellt wird. Dieses Konzept sei schon deshalb dringend erforderlich, um einem potentiellen Gegner den Abwehrwillen der Bundesrepublik deutlich zu machen. Konkrete Vorschläge der Opposition kündigte der CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos an: Über den Bundesrat werde man Gesetzesinitiativen zur Verbesserung der Zivilverteidigung einbringen. Vorgesehen seien Gesetze über den Schutzraumbau, zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und zur Lebensmittelbevorratung.

## Dokumentation über 425-Millionen-Feuer

Anders als in den mittlerweile überzahlreichen Kino-Filmen der „Katastrophen-Welle“ – etwa „Flammendes Inferno“ – hat eine Kölner Versicherungs-

gesellschaft ein Ereignis auf Film bannen lassen, dessen Ausmaße gigantisch sind: den Brand im zentralen Ersatzteillager des Automobilwerkes Ford. Dieser Großbrand – dessen Schadenssumme inzwischen auf rund 425 Millionen DM geschätzt wird – ist in einem fast dreiviertelstündigem Dokumentarfilm festgehalten worden. Der Film – Kosten etwa 150 000 DM – schildert Vorgeschichte, Ablauf und Folgen des riesigen Feuers in Köln, das im vergangenen Jahr die Firma Ford betroffen hatte. Interessant an diesem Film, dem ein großer „pädagogischer Wert“ beigemessen wird, ist die Schilderung der Ursache des Brandes: obwohl nicht ganz einwandfrei festgestellt, geht der Film von einer achtlos weggeworfenen Zigarettenskippe als Brandursache aus.

## Branddirektor Bader trat in den Ruhestand

Branddirektor Gerhard Bader, Bremen, ist in den Ruhestand getreten. Im Rahmen einer Feierstunde wurde er von Innensenator Fröhlich verabschiedet. Mit Bader ist ein äußerst engagierter Feuerwehrbeamter aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, der seit 1949 der Bremer Feuerwehr angehörte. Gut 29 Jahre lang hat Branddirektor Bader an verantwortlicher Stelle der Feuerwehr Bremen gestanden. Sein Wirken hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Freiwilligen Feuerwehren dankten Bader für seine Tätigkeit und sein kameradschaftliches Verhalten mit der Verleihung des Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuzes in Gold. Unser Bild zeigt die Verabschiedung Baders (rechts) durch den Senator für Inneres, Fröhlich.



## **Rettungshubschrauber: meist im Nahbereich eingesetzt**

Der Zeitgewinn ist nach wie vor bei Primäreinsätzen das herausragende Kriterium bei der Nutzung der Rettungshubschrauber. Die schon erreichte hohe Dichte der bodengebundenen Notfallversorgung wirkt sich jedoch auch auf die Reichweiten des Luftrettungsdienstes aus. So liegt – wie eine Analyse der Einsatzzahlen zeigt – mit 22,6 % der Hauptanteil der Rettungsflüge im Nahbereich der Stationen, und zwar zwischen 5 und 10 km. 83,8 % der einfachen Zielentfernungen zum Notfallort bei Primäreinsätzen befinden sich innerhalb des 30-km-Radius.

Auf dem kürzlich stattgefundenen 4. DRK-Rettungskongreß hatte sich eine Arbeitsgruppe mit den Fragen der Einsatztaktik befaßt und für eine sinnvollere Koordinierung der Rettungsmittel ausgesprochen. Das Ergebnis der Beratungen wurde wie folgt zusammengefaßt:

In Regionen, in denen nur KTW und RTW als Rettungsfahrzeuge verfügbar sind, werden beide Fahrzeugtypen in der Regel definitionsgemäß eingesetzt: KTW zum Transport von Nicht-Notfallpatienten, RTW zur Versorgung und zum Transport von Notfallpatienten.

Stehen mit Notarzt besetzte bodengebundene Fahrzeuge oder Rettungshubschrauber zusätzlich zur Verfügung, bleibt die Funktion des KTW unverändert. Rettungswagen übernehmen als zusätzlich zu alarmierende Fahrzeuge Entlastungs- und Transportfunktionen bei Notfallpatienten, die nach notärztlicher Versorgung ohne ärztliche Begleitung in die Klinik transportiert werden müssen. Diese Form des Doppelseinsatzes ist sinnvoll, da die einsatztaktisch wertvolleren Fahrzeuge (NAW und RTW) vorrangig und frühestmöglich für neue Primäreinsätze zur Verfügung stehen sollen.

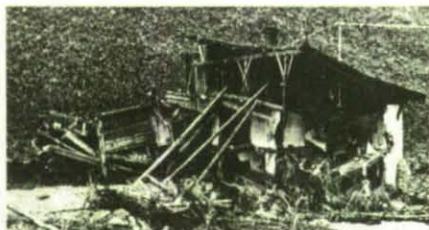
Die Arbeitsgruppe erachtet außerdem die bisherigen Möglichkeiten von bodengebundenem Notarzdienst- und Hubschraubereinsatz als unzureichend. Rettungshubschrauber werden zu häufig noch im Nahbereich eingesetzt.

Als Voraussetzung für eine Ausdehnung des Aktionsraumes der Hubschrauber wird der Ausbau des bodengebundenen Notarzdienstes und die überregionale Erweiterung der

Zuständigkeitsbereiche der Rettungsleitstellen angesehen. Innerhalb der Leitstellen sollten die Abläufe derart verbessert werden, daß das Personal aus den geringen Informationen der Meldeinhalte die Entscheidung für eine optimale Einsatzstrategie auch tatsächlich zu leisten vermag.

## **Schwere Unwetter in den Alpenländern**

Lang anhaltende Unwetter in den Alpenländern haben Anfang August mindestens 20 Menschenleben gefordert. Im österreichischen Vorarlberg und in Tirol hat der Regen verheerende Schäden angerichtet. Unser Bild zeigt einen zerstörten Bauernhof im Stubaiertal in der Nähe von Innsbruck. Auch in den italienischen Alpen und der Schweiz wurden schwere Verwüstungen registriert.



## **Vorbereitungen zur Wahl des BVS-Helfervertreeters**

Zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl des Helfervertreeters bei der Bundeshauptstelle des BVS sowie der beiden Stellvertreter hat der z. Z. amtierende Helfervertreter bei der Bundeshauptstelle, Lothar, einen Wahlvorstand bestellt, dem Georg Heller (BVS-Dienststelle Landshut) und Winfried Reichelt (BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte) angehören.

Der Wahlvorstand hat als Termin für die Wahl den 29. Oktober 1978 vorgesehen und das Wahlausschreiben herausgegeben.

## **Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum empfing THW- Vertreter**

Bundesminister Gerhart Rudolf Baum hat am 25. August eine Delegation aus Vertretern des Technischen Hilfswerks zu einem Gespräch empfangen. Anlaß war der 25. Jahrestag des

THW-Errichtungserlasses vom 25. August 1953.

Bei dieser Gelegenheit wies Minister Baum auf die Rolle des THW im erweiterten Katastrophenschutz, besonders im Bergungs- und Instandsetzungsdienst hin, der erst in jüngster Zeit beim Einsatz zur Ölschadensbeseitigung an der bretonischen Küste – zusammen mit deutschen Feuerwehrmännern – aber auch bei Wasserkatastrophen, Explosionsunfällen und Waldbränden deutlich geworden sei. Das THW mit seinem großen Potential an technischem Wissen und der Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer für das Gemeinwohl sei ein Beispiel für eine Bürgerinitiative, die Mitmenschen helfe.

Das THW sei heute in allen Bundesländern in über 600 Ortsverbänden zu einem festen Bestandteil staatlicher Hilfeleistung geworden. Baum würdigte das Engagement, das die rund 52 000 Helfer für die Gemeinschaft vollbringen und hob hervor, daß im Jahre 1977 insgesamt 13 000 Helfer mit 112 000 Arbeitsstunden bei Katastrophen, Unglücken und besonderen Schadensfällen zu 1800 Einsätzen herangezogen worden seien. Das THW habe in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und stelle als einzige Organisation des Bundes im Katastrophenschutz auch in den Ländern einen nicht zu übersehenden Faktor dar. Das THW verstehe sich nicht als Konkurrenz, sondern als hilfreiche Ergänzung der anderen Katastrophenschutzorganisationen. Das THW sei an einer guten Zusammenarbeit mit diesen Organisationen, insbesondere mit der Feuerwehr, interessiert. Baum erklärte, er freue sich über diese Entwicklung und sei der festen Überzeugung, daß das THW auch künftig in Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen seinen Platz bei der Bewältigung der humanitären Aufgaben in unserem Staat einnehmen wird. Ohne Schutz der Zivilbevölkerung sei in unserer geographischen Lage eine auf Friedenssicherung gerichtete militärische Abschreckung unglaubwürdig. Dieser Zivilschutz sei ohne das freiwillige Engagement der Bürger in den Hilfsorganisationen unmöglich. Ohne angemessene staatliche Unterstützung könne dieses Engagement nicht aufrechterhalten werden.

Minister Baum sicherte dem THW seine volle Unterstützung bei der Bewältigung seiner oftmals schwierigen Aufgaben zu.

Der Direktor der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, bedankte

sich für die vom Bundesinnenminister zugesagte Hilfe und versicherte, daß das THW alles tun werde, um seinen Leistungsstand weiter auszubauen.

### **Vergiftungserscheinungen durch brennenden Kunstdünger**

Gefährliche Giftgase entstanden am 24. August bei einem Großbrand auf einem Bauernhof in Neuhoft bei Regensburg durch verbrannten Kunstdünger. Fachärzte der Bundeswehr und des Roten Kreuzes, die mit Hubschraubern eingeflogen wurden, behandelten mit rund 100 Sanitätern und Krankenschwestern auf einer Wiese beim Kreis-Krankenhaus Regenstauf etwa 800 bis 1 000 Menschen, die als Helfer bei der Bekämpfung des Brandes oder als Zuschauer die Giftgase eingeatmet hatten. Etwa 40 Personen wurden zur stationären Behandlung in Krankenhäuser eingewiesen.



### **Flutwelle in Indien forderte über 1 000 Todesopfer**

Die Überschwemmungskatastrophe in Indien, die in mehreren Teilstaaten seit Ende Juni mehr als 1 000 Todesopfer gefordert, Hunderttausende von Menschen obdachlos gemacht und unübersehbare Schäden angerichtet hat, bedrohte auch historische und heilige Stätten. Dazu gehören die Städte Benares, Agra, Mathura und Allahabad. In der Hauptstadt Neu-Delhi ging das Hochwasser des Flusses Dschamna allmählich zurück. Dafür erreichte der reißende Strom rund 300 Kilometer weiter südlich einen Rekordpegelstand

und überflutete die tiefgelegenen Teile Agras.

Das am Rande Agras gelegene berühmte Grabmal Tadsch Mahal war selbst nicht gefährdet, wurde von den Behörden aber vorsorglich für Touristen gesperrt. In einigen Wohngebieten Agras stand das Wasser bis zur 1,20 Meter hoch. Nach Benares, einer der heiligen Städte, wurden in aller Eile Bergungstrupps des Heeres und der Luftwaffe entsandt, da ein großer Teil der 600 000 Einwohner in ernster Gefahr war. In der Hauptstadt Delhi leben noch immer 40 000 Menschen in Notlagern. Zehntausende warten in ihren Häusern, daß die Straßen wieder passierbar werden.

Dort, wo das Hochwasser zurückgegangen ist, bieten sich Bilder des Grauens: Augenzeugen berichten von Tausenden zusammengebrochener Häuser, von Herden von totem Vieh und von vernichteten Ernten.

### **Das einheitliche neue Notrufnetz der Post wird immer dichter**

Die Bundespost rüstet die Bundesrepublik Deutschland mit einem neuen Notrufsystem aus, wodurch an jedem Ort über die einheitlichen Notrufnummern 110 und 112 Polizei und Feuerwehr zu erreichen sind. „Bis 1979 strebe ich eine hundertprozentige Versorgung mit diesem System an“, erklärte Bundespostminister Kurt Gscheidle. Das System bietet neben den bundeseinheitlichen Rufnummern eine Reihe entscheidender technischer Verbesserungen, die es den Hilfeleistenden ermöglichen, schneller, genauer und besser in Notfällen zu reagieren. Zur Zeit stehen bereits für mehr als 95 % der Bevölkerung diese einheitlichen Notrufnummern zur Verfügung. Bundespostminister Kurt Gscheidle: „Das neue Notrufsystem der Deutschen Bundespost ist ein wesentlicher Bestandteil des heutigen modernen und erfolgreichen Rettungswesens, für das wir mit rund 20 Mio. DM jährlich auch einen bedeutenden finanziellen Beitrag leisten. Denn mit Rücksicht auf die Bedeutung des Notrufs, insbesondere für die Rettung von Menschenleben, haben wir bei der Gebührenkalkulation hier von vornherein auf Kostendeckung verzichtet.“

Und das sind die Vorteile: Notrufe, die von Telefonzellen mit sogenannten Notrufmeldern ausgehen, sind gebüh-

renfrei. Im Zusammenhang mit der technischen Umrüstung des Telefonnetzes für den Nahdienst mit Zeitzählung im Ortsnetz werden außerdem künftig alle Anrufe zu den Notrufanschlüssen 110 und 112 gebührenfrei sein. Das neue System ermöglicht es, zu erkennen, woher der Notruf kommt. Das ist wichtig, um hilflose, sich in Gefahr befindende Anrufer aufzufinden. Natürlich können so auch Störanrufer festgestellt werden. Es erlaubt weiter eine Blockadefreischaltung. Das bedeutet: Die telefonische Blockade der Notrufanschlüsse durch nicht aufgelegten Handapparat ist technisch nicht möglich. Die Betriebsfähigkeit des Notrufsystems wird automatisch überwacht. Jede Störung wird sofort bei der Post und bei der Polizei angezeigt. Eventuelle Störungen beseitigt die Deutsche Bundespost mit höchster Dringlichkeit.

Notruffragestellen können nur Anrufe entgegennehmen, aber keine abgehende Verbindung herstellen und daher auch Anrufer nicht behindern. Jeder Anruf kommt durch. Zudem kann durch die „Fangmöglichkeit“ kein Anruf verlorengelassen, selbst wenn der Hilfeleistende gerade eine andere Meldung aufnimmt und der Anrufer inzwischen wieder aufliegt.

Inzwischen wurden in den meisten Bundesländern Telefonhäuschen mit münzfreiem Notruf mit Standortkennung ausgerüstet. Auf Anforderung der Kommunen richtet die Post in Telefonzellen Notrufmelder ein. Durch einfaches Betätigen eines Hebels stellt der Notrufmelder – kostenlos und ohne Münzeinwurf – eine Verbindung mit der zuständigen Polizei- oder Feuerwehrdienststelle her. Gleichzeitig erkennt man an der Abfragestelle auf einer Anzeigetafel den Standort der jeweiligen Telefonzelle. Telefonzellen mit Notrufmelder sind mit zwei roten Streifen unterhalb der Dachkante besonders gekennzeichnet.

### **Selbstschutz-Ehrenzeichen der Stadt Düsseldorf für BVS-Direktor Franke**

Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Direktor Artur Franke, wurde am 11. August mit dem goldenen Selbstschutz-Ehrenzeichen der Stadt Düsseldorf geehrt. Der Beigeordnete der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt, Licht, betonte in seiner Laudatio zur Verleihung u. a.: „Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) ist in Düsseldorf die einzige Organisation, die sich mit dem Selbstschutz



Auf dem Übungsgelände der Stadt Düsseldorf – auf dem gerade ein Selbstschutzlehrgang für Behördenbedienstete abgehalten wurde – überreichte Beigeordneter Licht (rechts) BVS-Direktor Franke das Selbstschutz-Ehrenzeichen der Stadt in Gold.



Im Lage- und Führungszentrum der Stadt Düsseldorf (von rechts nach links): BVS-Direktor Franke, BVS-Landesstellenleiter NRW, Kopsieker, ein Vertreter des Zivilschutzamtes, der Leiter des Zivilschutzamtes, Pötz, und der Selbstschutz-Sachbearbeiter der Stadt, Vogelbusch.

beschäftigt. Auf die Erfahrung des BVS kann der Hauptverwaltungsbeamte nicht verzichten. Aufgrund seiner bisher geleisteten Arbeit braucht die Gemeinde in vielen Fällen nur noch bestimmte Maßnahmen zu ergänzen. Es ist geradezu erforderlich, daß sich BVS und Zivilschutzamt ergänzen und zusammenarbeiten mit dem Ziel, in echter Partnerschaft den Selbstschutz aufzubauen, zu fördern und zu leiten . . .

Die Zusammenarbeit zwischen den Stellen des BVS und der Stadtverwaltung Düsseldorf kann seit Jahren als hervorragend bezeichnet werden, dabei ist naturgemäß die Zusammenarbeit mit dem örtlichen BVS-Dienststellenleiter, Agthe, besonders hervorzuheben. Die örtliche Dienststelle bildet jährlich allein rund 1 000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Selbstschutz aus.

Sie, sehr geehrter Herr Franke, haben in ihrer Eigenschaft als Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz in besonderer Weise den Aufbau des Selbstschutzes in Düsseldorf gefördert. Sie haben die Bemühungen Ihres Ausbildungsreferates und des Zivilschutzamtes der Stadt Düsseldorf vorrangig gefördert, Arbeitsgrundlagen für die Ausbildung der Selbstschutz-Berater zu schaffen. Diese sind inzwischen offizieller Lehrinhalt an Ihren Selbstschutzschulen im Bundesgebiet. Auch die gemeinsame Aufgabenerfüllung Ihrer örtlichen Dienststelle und des Zivilschutzamtes beim Aufbau, bei der Förderung und Leitung des Selbstschutzes wird dort in den verschiedensten Veranstaltungen erwähnt . . ."

Im Anschluß an die Verleihung besichtigte BVS-Direktor Franke Einrichtungen der Stadt Düsseldorf für den Zivil- und Katastrophenschutz, darunter auch die Leitstelle und das Lagezentrum

der Stadt für den Katastrophen- und Verteidigungsfall. Franke versicherte den Vertretern der Stadt Düsseldorf, daß der BVS auch künftig die vielseitigen Aktivitäten des Zivilschutzamtes nach Kräften unterstützen wird.

### Dregger: Forderungen der CDU/CSU an die Bundesregierung

Zu den vorgesehenen Kürzungen am Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung – für den Haushalt 1979 erklärt der stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Landesvorsitzende der CDU Hessen, Dr. Alfred Dregger, in einem am 4. September im „Deutschland-Union-Dienst“ veröffentlichten Artikel: „Sie klingt noch in den Ohren, die gemeinsame Erklärung von SPD und FDP vom 1. Dezember 1977: Mehr Mittel für die zivile Verteidigung; und auch die Aussagen der Bundesregierung vom 7. Juli 1977, die Zivilverteidigung zu verbessern, sind nicht vergessen. Aber was ist aus diesen großen Worten, diesen Ankündigungen aktiven Handelns bei den Haushaltsberatungen 1979 geworden? Nichts? Statt mehr Mittel gibt es weniger. Der Entwurf für den Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung – sieht Kürzungen in Millionenhöhe vor.

Statt einer Verbesserung gibt es also eine Verschlechterung, die nunmehr gar die Substanz der noch in Ansätzen vorhandenen zivilen Verteidigung angreift. Statt eines Schrittes in Richtung Gesamtverteidigung, wie im Weißbuch 1971/72 angezeigt, werden weitere in Richtung Erpreßbarkeit des Staates gemacht. Durch die jetzt vorgesehenen Kürzungen kann der Bestand nicht mehr gewahrt bleiben; notwendige Investitio-

nen können nicht mehr vorgenommen werden; Materialersatz muß unterbleiben. Folge: Die Moral der Truppe sinkt, denn welcher Soldat ist schon ernsthaft bereit zu kämpfen, wenn er seine Familie nicht gesichert weiß; die Einsatzkraft und -bereitschaft der freiwilligen Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, DRK, Malteser, Johanniter u. a. wird zwangsläufig gemindert. Kurz: Die Zivilbevölkerung steht im Ernstfall schutzlos da. Es drängt sich die Frage auf, ob die Bundesregierung es für verantwortlich hält, die Zivilbevölkerung im Spannungsfall schutzlos zu lassen. Jedermann weiß heute, daß eine kriegerische Auseinandersetzung in Mitteleuropa schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Bundesrepublik stattfinden und daß konventionelle Waffen, gegen die es durchaus Schutzvorkehrungen gibt, das Geschehen bestimmen würden. Die Unterlassungen der Bundesregierung im Zivilschutzbereich machen die hohen Verteidigungsanstrengungen im militärischen Bereich unglaubwürdig. Die Bundesrepublik kann nur verteidigt werden, wenn sich zivile und militärische Verteidigungsmaßnahmen ergänzen.

Da das NATO-Bündnis zudem im zivilen Bereich keine der militärischen Organisation vergleichbare Integration kennt und die Zivilverteidigung dem einzelnen Bündnispartner überläßt, bewirkt die Bundesregierung durch die systematische Aushöhlung der Zivilschutzes eine Asymmetrie im Ost-West-Kräftegleichgewicht, denn alle übrigen NATO-Partner tun hier mehr als die Bundesregierung, von den Ostblock-Staaten ganz zu schweigen, wo allein die Sowjetunion jährlich mehr als zwei Mrd. DM allein für den Schutzraumbau aufwendet. Was die Bundesregierung betrifft, so liegt es nicht am Geld; es liegt an der fehlenden politischen Willensentscheidung, das für notwendig Erkannte zu tun. Da die Bundesregierung in einer für diesen Bereich gefährlichen Fehlinterpretation der Entspannungspolitik bisher keine eigenen Initiativen zur grundlegenden Verbesserung ergriffen hat, fordern wir sie auf, vorrangig

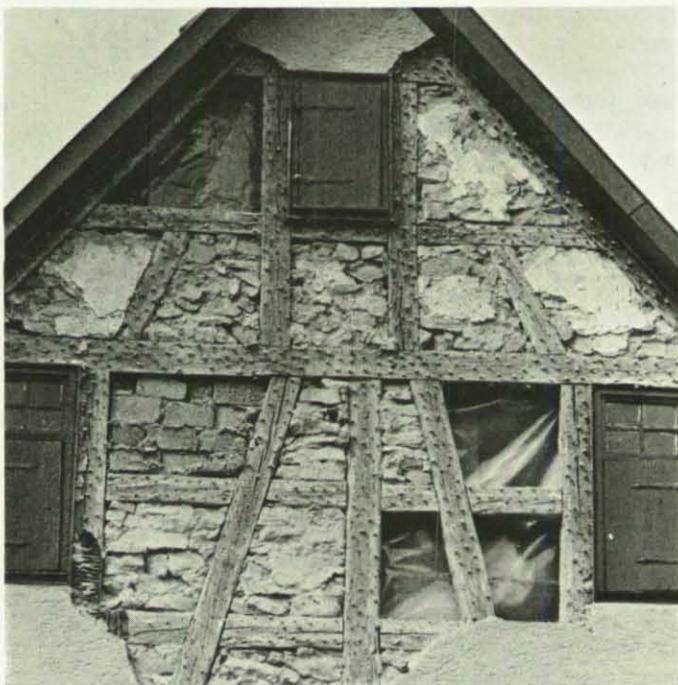
- die jeweiligen Einzelkonzepte zur zivilen und militärischen Verteidigung zu einem integrierten Gesamtverteidigungskonzept unter Führung des Bundeskanzlers zusammenzufassen,
- eine Schutzraumbaupflicht einzuführen,
- ein Gesundheitssicherstellungsgesetz zu erlassen und
- die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern sicherzustellen."

Größtes Erdbeben seit 35 Jahren in Baden-Württemberg

## ... da knickten Kamine um wie Streichhölzer

Rund 5000 Häuser teils schwer beschädigt – An die 1000 Helfer im Dauereinsatz – Das Beben war zu erwarten

Als die Uhr der alten Wehrkirche in Killer (Zollernalbkreis) am Sonntag, 3. September, um 6.08 Uhr stehen blieb, dachte ein 39-jähriger Stricker: „Jetzt geht's nur noch um das Überleben“, drückte seine kleine Tochter an sich und suchte Schutz im Türrahmen. Ein Erdbeben von der Stärke 5,6 bis 6 (nach der Richterskala) erschütterte den Zollerngraben genau 28 Sekunden lang. Es war das schlimmste Beben seit 35 Jahren. Der Mann erzählt weiter, er habe noch nie solche Angst ausgestanden. Angst vor einer Urgewalt, gegen die man einfach machtlos sei. Einzig die Sorge um seine Tochter und um seine Frau habe ihn daran gehindert, in diesem Moment aufzugeben. Das Mädchen hatte vor lauter Schreck das Bewußtsein verloren, lag wie tot in seinen Armen und sagte, nachdem es wieder zu sich gekommen war: „Papa, in Amerika gibt es aber kein Erdbeben.“ Das Kind wollte von Stund an nicht mehr im Haus sein, geschweige denn in ihm schlafen. Behutsam müssen die Eltern ihm beibringen, daß so etwas wieder passieren kann, man könne nur hoffen, nicht in dieser Stärke. Das Haus, in dem diese Familie wohnt, hat es schwer getroffen. Ein Giebel stürzte ein, die Fassade hat kaum noch Bindung zu den Seitenwänden. Es ist lebensgefährlich, ans Fenster zu gehen. Ob es wieder bewohnbar gemacht werden kann, steht noch in den Sternen; vermutlich wäre es das Beste, das Haus niederzureißen und neu wieder aufzubauen. Wenn es nur saniert wird, bleibt es nach Ansicht der



Die Fachwerkhäuser wurden bei dem Beben zwar auch arg in Mitleidenschaft gezogen, hielten den Erdstößen aber doch besser stand als Häuser, die in konventioneller Bauweise aus Ziegeln errichtet worden waren.



Nach erster oberflächlicher Schätzung wird dieses Haus vermutlich abgerissen werden müssen.

Bewohner Flickwerk, das beim nächsten Beben den Erdstößen nicht standhalten kann.

### Im Schlaf überrascht

Vor dem gleichen Problem stehen die Bewohner von rund 5 000 Häusern in den Ortsteilen der Städte Albstadt und Burladingen. Die meisten von ihnen wurden im Schlaf von dem Beben überrascht, stürzten panikartig in Nachthemd und Pyjama ins Freie – es ging darum, am Leben zu bleiben. Die Höhe der Schäden ist zur Stunde noch nicht abzusehen. Anfangs sprach man von 20 Millionen Mark, dann von 50, doch dies dürfte auch noch weit unterschätzt sein. Reihenweise wurden Dächer abgedeckt oder schwer beschädigt, Kamine kippten um wie Streichhölzer, es gab fenstergroße Löcher in Hausmauern, Giebel waren eingestürzt, Fensterscheiben zerbrochen, Fabrikschlote barsten, es boten sich Bilder wie im Krieg. Am schwersten betroffen wurden die Ortsteile Tailfingen und Onstmettingen, die zu Albstadt gehören. Kaum ein Haus, das nicht beschädigt war. Allein in diesen beiden Orten werden vermutlich über 90 Gebäude abgebrochen werden müssen. Und ob es dabei bleibt, steht in den Sternen, da sich die Erde immer noch nicht beruhigt hat und die Bürger ein Nachbeben fürchten.

### Katastrophenalarm

Sofort löste Landrat Dr. Erhardt Lazi Katastrophenalarm aus. In kürzester Zeit waren rund 1 000 Helfer der Berufs-

Feuerwehren Stuttgart und Pforzheim, der Freiwilligen Feuerwehren aus der Umgebung, des Technischen Hilfswerks, der Fernmeldezug (Regie) des Kreises und des Deutschen Roten Kreuzes zur Stelle. Gerade als man anfing, die ersten Häuser zu sichern, kam einer zweiter – allerdings kurzer – Erdstoß, der die ursprünglichen Schäden erheblich vergrößerte. Der Krisenstab tat sein Möglichstes, rasch und umsichtig zu helfen und zu retten, was zu retten war. Die Zusammenarbeit von Krisenstab, Hilfsorganisationen, aber auch der Bevölkerung klappte nach Auskunft der Beteiligten hervorragend. Nachbarschaftshilfe stand ganz hoch im Kurs, man half sich gegenseitig so gut es eben ging, nahm – soweit der Zustand der Häuser es zuließ – Evakuierte auf, rückte durch die gemeinsame Not zusammen.

### 2000 Mahlzeiten täglich

Die Versorgung der Evakuierten, die nicht bei Verwandten oder Bekannten unterkommen konnten, hatte das Deutsche Rote Kreuz übernommen. Es galt, in erster Linie den Gastarbeitern helfend unter die Arme zu greifen. Der Großteil von ihnen kommt aus den Mittelmeerländern – kennt also Erdbebenkatastrophen oft aus eigenem Erleben. Deshalb ist es auch verständlich, daß die Gastarbeiter aus Furcht vor neuen Beben nicht mehr in ihre Wohnungen zurückwollten, selbst wenn diese nicht ganz so schlimm beschädigt waren. Viele wollten auch nicht in der zum Lager umfunktionierten Festhalle übernachten – lieber im Freien in DRK-Zelten. Das DRK hatte auch die gesamte Verpflegung der Evakuierten und der Helfer übernommen, täglich wurden vom Verpflegungszug an die 2 000 Mahlzeiten (Frühstück, Mittag- und Abendessen) ausgegeben. Eine zweite Zeltunterkunft wurde auf der Alb in unmittelbarer Nähe eines Jugenderholungs-

heimes errichtet. Insgesamt konnten so knapp 500 Menschen untergebracht und versorgt werden.

Die medizinische Betreuung lag in den Händen des DRK – viele der Evakuierten erlitten Schocks. So auch die Mutter von vier kleinen Kindern. Die sizilianische Familie hat durch das Erdbeben praktisch alles verloren. Das Haus ist nicht mehr bewohnbar, der Hausrat – soweit zerbrechlich – samt und sonders in Scherben gegangen, der Vater vorübergehend arbeitslos. Die Familie muß praktisch wieder bei Null anfangen.

### 24 Drehleitern

Härteste Knochenarbeit hatten die Bergungstrupps der Feuerwehren, des THW und der Regieeinheit zu vollbringen. Das THW setzte rund 250 Mann aus dem Ortsverband Albstadt und sechs weiteren Ortsverbänden ein, dazu kamen zwei Kaminbauer aus Stuttgart. Die Feuerwehren waren teilweise mit über 500 Mann an den Sicherungsarbeiten beteiligt. Kräne, schweres Bergungsgerät und Materialwagen kamen aus allen Teilen Baden-Württembergs – teils von der Feuerwehr gestellt, teils von der Privatindustrie, die nach dem Bundesleistungsgesetz von 1961 zu solchen Hilfen verpflichtet ist. Allein in Onstmettingen und Tailfingen wurden 24 Drehleitern eingesetzt, um Dach- und Kaminschäden zu beseitigen, wobei sich das Abtragen der Kamine durch den desolaten Zustand der Dächer als besonders schwierig erwies. Äußerst kritisch war der Zustand einiger Fabrikschornsteine. An einem dieser Schornsteine war der obere Teil ausgebrochen, das abgerissene Stück wurde nur noch von losem Mauerwerk gehalten. Mit Hilfe eines Kranes mit 80 Metern Auslegehöhe und einer Eisenkugel wurde der zerstörte Teil weggedrückt. Ein anderer Kamin mußte Stein für Stein abgetragen werden. Da die Fabriken



Vorläufig nicht mehr bewohnbar ist dieses Haus in Tailfingen. Die Bewohner wurden evakuiert.



Abgedeckte Dächer – der wohl häufigste Schaden im Erdbebengebiet.



Regelrecht abgebrochen ist die Seitenwand dieses Wohnhauses in Tailfingen.

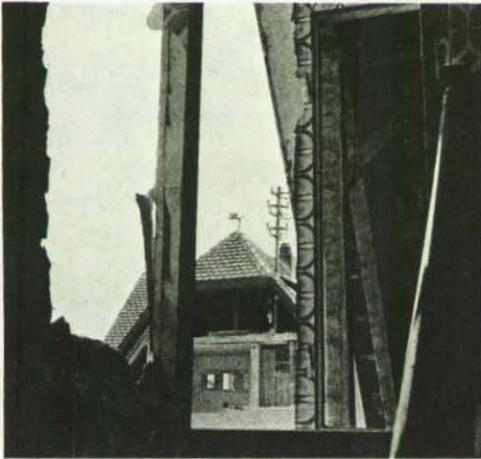


Blick aus einem Wohnzimmer auf das zerstörte Giebeldach.

Das war einmal ein Badezimmer . . .



Reste eines ausgebauten Speichers.



Die Männer der Freiwilligen Feuerwehr sicherten nicht nur die Gebäude, sie halfen auch bei der Evakuierung.



Dieses kleine Mädchen, das mit seinen Geschwistern und Eltern in einem der DRK-Notquartiere untergekommen war, ahnt noch nicht, wie schwer es die Familie getroffen hat.



in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete stehen, mußten während der Arbeiten die Bewohner der umliegenden Häuser ihre Wohnungen räumen.

### Giebel abgeschlagen

Etwas weniger schwierig, dafür wesentlich strapazierender für die Helfer gestaltete sich das Abstützen einsturzgefährdeter und schwer beschädigter Häuser. Bei vielen Häusern mußten zuerst einmal die schwer ramponierten Giebel abgeschlagen werden, was einem THW-Helfer fast zum Verhängnis geworden wäre. Als er gerade dabei war, die letzten Giebelsteine zu entfernen, erschütterte ein neuerlicher Erdstoß das Gebiet. Um ein Haar wäre er aus der dritten Etage in die Tiefe gestürzt, ein zweiter Helfer erwischte ihn gerade noch am Gürtel. Dann wurde die Mauer mit starken Stämmen abgestützt. Bausachverständige standen mit Rat und Tat zur Seite. Sägewerke aus der Umgebung lieferten das Holz.

Zahlreiche Wohnungen mußten auch von innen gesichert werden. Es gab breite Risse in Fußböden und Zimmerwänden, in manchen Gebäuden konnte man von der zweiten Etage bis ins Parterre schauen. Als unüberwindbares Hindernis erwiesen sich einige Haustüren. Sie gingen einfach nicht mehr auf, so daß die Bewohner nur durch ebenerdige Fenster ins Freie gelangen konnten. Dies war besonders prekär für die Bürger, die evakuiert werden mußten. Sie konnten allenfalls Kleinmöbel und den beweglichen Hausrat mitnehmen.

Völlig zusammengebrochen war eine 65jährige Frau, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet hatte, um als Rentnerin in einem gemütlichen, frisch renovierten und sanierten Haus ihren Lebensabend zu verbringen. Diese Arbeiten kosteten sie in den letzten Jahren an die 60 000 Mark, und nun muß ihr Haus abgerissen werden. Die Versiche-

rung wird voraussichtlich aber nur den Zeitwert des Hauses bezahlen. Weiter arbeiten kann sie auch nicht mehr, da sie chronisch krank ist. Das Quartier, das man ihr zugewiesen hat, sei – so sagte sie – schlicht und einfach unzumutbar.

### Verdienstaufschlag

Schlecht sieht es auch für einen 60jährigen Kleinunternehmer aus. Er besitzt sechs Strickmaschinen, die in einem völlig intakten Raum eines ansonsten unbewohnbar gewordenen Haus stehen. Er kann nicht weiterarbeiten, da durch die Erschütterung beim Arbeitsvorgang das Haus vermutlich einstürzen würde. Wie lange der Verdienstaufschlag dauern wird, weiß keiner zu sagen. Ein Ausweichquartier ist bei diesem Allgemeinzustand natürlich nicht zu bekommen. Außerdem lassen sich die schweren Maschinen wegen des schlechten Zustandes des Hauses gar nicht transportieren. Der Mann war nur sehr schwer von der vorübergehenden Zwangsschließung seines Betriebes zu überzeugen.

Diese Uneinsichtigkeit – menschlich zwar verständlich – machte übrigens den Helfern auch viel zu schaffen. Neben der schweren körperlichen Arbeit immer wieder Bürger zu beruhigen, besänftigen und auch zu trösten, machte die Bergungstruppe nicht eben fröhlicher. Dennoch: ihr Verhalten den Geschädigten gegenüber darf mit Fug und Recht als vorbildlich bezeichnet werden. Das Gleiche gilt auch für die gegenseitige Hilfe der Nachbarn. Wer Zeit hatte, half bei den Aufräumarbeiten, ob im eigenen Haus oder beim Nachbarn, das war ganz egal. Man richtete sich gegenseitig moralisch wieder auf, versuchte, optimistisch zu wirken und entwickelte so etwas wie Galgenhumor. Es mag zynisch klingen, aber das Miteinander- und Füreinanderleben lernen Menschen offenbar nur in Notzeiten.

## Kreuzgewölbe zerstört

Für die breite Öffentlichkeit wesentlich spektakulärer als die Verluste und Nöte aber sind die starken Schäden an der Burg Hohenzollern. Kein einziger Raum blieb von dem Beben verschont, die Gemäldegalerie wurde arg in Mitleidenschaft gezogen, das Kreuzgewölbe der gotischen Kapelle zerstört. Die Verwalterin der Burg erklärte, daß man die Zinnen zum Teil mit bloßer Hand von den Mauern stoßen könne. Es sei nur ein Glück gewesen, daß das Erdbeben sich frühmorgens ereignet habe, denn gerade an Wochenenden sei der Besucherstrom besonders stark. Unter diesen Voraussetzungen hätte man sonst mit Schwerverletzten, wenn nicht Toten rechnen müssen. Nach letzten Meldungen werden die Instandsetzungsarbeiten an der Burg mit Bestimmtheit ein gutes halbes Jahr in Anspruch nehmen. Die Burg ist für Besucher zur Zeit gesperrt.

Um nicht noch weitere Schäden zu verursachen, hat die Bundeswehr alle Flüge von Düsenmaschinen unter 1 600 Metern und alle Überschallflüge über das vom Erdbeben besonders betroffene Gebiet eingestellt. Damit entsprach das Bundesverteidigungsministerium einer Bitte der baden-württembergischen Landesregierung. Es wird aber noch mehr für die Sicherheit der Bürger getan. Da man nicht genau wußte, ob und wo Schäden an Gasinstallationen entstanden waren, reicherte man das Gas mit Geruchstoffen an, so daß die kleinste Menge ausströmenden Gases bemerkt werden muß.

## Stromleitungen unterbrochen

Nach Auskunft der Stadtwerke Albstadt haben die Versorgungsnetze der Stadt erstaunlich wenig unter der Katastrophe gelitten. Die größten Schäden habe es bei der Stromversorgung der Altstadt

gegeben, da die vielen Freileitungen zum Teil gerissen waren. Die Stromversorgung war aber sehr schnell wiederhergestellt. Dennoch mußte der Strom – bedingt durch Sicherungsarbeiten – partiell wieder abgeschaltet werden. Man dachte bei den Stadtwerken an die Besitzer von Tiefkühlgeräten und war bemüht, den Stromausfall so zu „dosieren“, daß eingefrorene Lebensmittel nicht verderben konnten. Keine Schwierigkeiten entstanden bei der Wasserversorgung. Es gab nur vier bis fünf Brüche an den Hauptleitungen, die aber bereits am gleichen Tage repariert werden konnten. Das neue Wasserwerk der Stadt hat das Beben schadlos überstanden, nicht einmal die Elektronik war ausgefallen.

## Alle 30 Jahre

Ein Beben dieser Größenordnung wurde übrigens erwartet. Dies teilte Prof. Dr. Klaus Strohbach, Leiter des geophysikalischen Instituts an der Universität Stuttgart, mit. Erfahrungswerte hätten gezeigt, daß sich die Erde im Zeitraum von rund 30 Jahren verschiebt und bewegt. Dabei bilde sich tektonische Energie, die in regelmäßigen Zeiträumen in Form eines Erdbebens frei würde. Um ein solches Beben, dessen Auswirkungen bis in die Schweiz, Österreich, Frankreich und Nordrhein-Westfalen reichten, handelte es sich. In mehreren Wellen wurde Baden-Württemberg erschüttert. Allein an diesem Sonntag wurden von der Erdbebenwarte Meßstetten 30 Beben registriert. Nach menschlichem Ermessen aber sei mit einem schweren Nachbeben nicht zu rechnen. Außerdem könne nach wissenschaftlicher Erfahrung im Zollerngraben durch seine speziellen geologischen Gegebenheiten ein Beben höchstens ein Zehntel seiner eigentlichen Gewalt erreichen – im Gegensatz z. B. zum Beben vor zwei Jahren in Friaul, wo Dörfer total zerstört,



DRK-Helferinnen bereiten ein beheizbares Schlafzelt für obdachlos gewordene Gastarbeiter vor.



Der Schlafsaal für Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Taiffinger Festhalle.



Zwei Feldkochherde setzte der Betreuungszug des DRK Balingen zur Versorgung von Obdachlosen und Helfern ein.



Rund 2000 Mahlzeiten gaben DRK-Helfer täglich aus.



Den Mienen nach zu schließen, sind die Kochkünste der Balingen DRK-Helfer nicht die schlechtesten.

viele Menschen verletzt wurden und Tote zu beklagen waren. Das klingt beruhigend für den, der nicht betroffen wurde. Für die Bewohner des Zollerngrabens ist es aller-

dings nur ein kleiner Trost. Es wird noch Wochen und Monate dauern, bis die Schäden beseitigt sind, bis sich herausgestellt hat, ob die Kamine im Inneren der Häuser keine Risse aufweisen –



Um weiteres Unglück zu vermeiden, wurden beschädigte Kamine von den Dächern entfernt.

vorher kann nicht geheizt werden, und das im Herbst! Es wird Zeit vergehen, bis Kredithaie und unseriöse Baufirmen mit Erfolg abgeschüttelt sind – diese windigen Zeitgenossen traten nach

den Helfern übrigens als erste in Aktion und versuchten, sich an der Not der Betroffenen zu bereichern – und es wird Zeit vergehen, bis die Schrecken des 3. September vergessen sein werden.



Dieser Fabrikschlot mußte Stein um Stein abgebaut werden.

## Der Erdbeben-Einsatz in Zahlen

Es waren im Hilfeinsatz:

- 2191 Helfer der Feuerwehren
- 1255 Helfer des THW
- 300 Helfer des DRK

An Geräten wurden eingesetzt:

- 65 Drehleitern der Feuerwehren
- 21 Rüstwagen
- 36 Sonderfahrzeuge (Kranwagen u. a.)
- 30 Fahrzeuge des THW

Folgende Schäden wurden bewältigt:

- 2291 Kamine abgetragen
- 26 Großschornsteine abgetragen
- 1 Gebäude vollständig abgebrochen
- 69 Gebäude teilweise abgebrochen
- 324 Gebäude voll abgestützt
- 50 Gebäude – so die Schätzungen – müssen noch abgebrochen werden.

Der Katastrophenalarm im Erbebengebiet wurde am Samstag, 9. September 1978, 16.00 Uhr, wieder aufgehoben.



Mit Motorsägen schnitten die THW-Helfer die Baumstämme zum Abstützen der Häuser zurecht.



Helfer der Freiwilligen Feuerwehr stützen ein beschädigtes Haus ab.



Ob dieses Haus, das die Besitzer eben frisch renoviert hatten, nun der Spitzhacke zum Opfer fällt, ist noch nicht sicher. Zunächst retten die THW-Helfer, was zu retten ist.



Hier werden Löcher für die Stützen in die Hausmauer gebrochen.



Sicherung und Wiederinstandsetzung der Häuser gingen Hand in Hand. Dachdecker und Maurer hatten Hochkonjunktur.



Auf die Dauer wird man hier wohl den Dachstuhl erneuern müssen. Wegen der unsicheren Wetterlage begnügte man sich aber zuerst einmal, das Dach provisorisch zu reparieren.

Zentralkomitee der deutschen Katholiken:

## „Der Christ darf sich der Hilfeleistung für den anderen nicht entziehen“

Stellungnahme zu Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes

**Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat Anfang September eine umfassende Stellungnahme zu Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes abgegeben. Der besonderen Bedeutung dieser – auch der Presse übergebenen – Stellungnahme entsprechend veröffentlicht das ZS-MAGAZIN nachstehend den vollen Wortlaut:**

„Gefahren und Katastrophen wie Erdbeben, Sturmfluten, Explosionen, Großbrände, Epidemien, große Unfälle, aber auch kriegerische Auseinandersetzungen mit ihren verheerenden Folgen erinnern uns immer wieder daran, welchen vielfältigen Bedrohungen wir alle ausgesetzt sind. Diese Erfahrung wird aber möglichst schnell aus dem Bewußtsein verdrängt. Es herrscht in unserem Land weithin ein trügerisches Sicherheitsgefühl. Vielfach wird auch der Hinweis auf größere Gefahrensituationen mit dem resignierten Bemerkten abgetan, gegen sie gebe es ohnehin keinen ausreichenden Schutz. Dies sind gefährliche Haltungen. Sie beruhen zum Teil auf dem Fehlen einer beständigen vorbehaltlosen Aufklärung der Bevölkerung. Die notwendigen Kenntnisse werden nicht ausreichend vermittelt, der Wille zu umfassenden Schutzmaßnahmen wird nicht gefördert.

Vorkehrungen zur Abwehr und Überwindung von Gefahren und Katastrophen zu treffen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Sie besteht in einer Politik der Friedenssicherung und in der Bereitschaft zu allen Maßnahmen, die dem Schutz von Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung und der Sicherstellung der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern im Frieden wie im Verteidigungsfall dienen. Die Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung obliegen den Einrichtungen des Zivil- und Katastrophenschutzes, die zum Beispiel Vorsorge treffen für die gesundheitliche Versorgung Verletzter und Kranker, für die Betreuung von Evakuierten und Flüchtlingen, für die Einrichtung von Schutzräumen und für die Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung in Maßnahmen des Selbstschutzes und der Ersten Hilfe. Dies sind Aufgaben, die für das Wohl und die Sicherheit unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wendet sich an die politisch Verantwortlichen und an die gesamte Öffentlichkeit unseres Landes, um sie auf diese wichtige Aufgabe des Zivil- und Katastrophenschutzes aufmerksam zu machen. Weil der Mensch in einer freiheitlichen Ordnung der Mittelpunkt allen politischen Handelns ist, müssen Vorkehrungen, die seinem Schutz dienen, stets Vorrang haben.

Pflicht des Staates ist es, die Bürger umfassend und politisch vorbehaltlos über mögliche Gefahren und Schutzmaßnahmen aufzuklären. Die Bereitschaft zur Eigeninitiative, zur Selbsthilfe und zur Mitsorge für die Sicherheit der Gesellschaft ist zu fördern. Dies macht dauernde Anstrengungen notwendig, die auch von freien gesellschaftlichen Kräften und von den Medien der öffentlichen Meinung nachhaltig unterstützt werden müssen.

Wir begrüßen es, daß der Staat freie gesellschaftliche Organisationen bei der Durchführung bestimmter Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes beteiligt und ihnen Rechte übertragen hat. In ihnen engagieren sich vor allem freiwillige und ehrenamtliche Mitglieder. Sie geben damit ein Beispiel solidarischer Nächstenhilfe. Es ist Aufgabe des Staates, diese Organisationen materiell und finanziell so zu unterstützen, daß sie ihre Aufgaben im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes in dem erforderlichen Maße erfüllen können.

Die Sicherung eines umfassenden, auch großen Gefährdungen entsprechenden Zivil- und Katastrophenschutzes ist ohne eine Anhebung der dafür vorgesehenen Mittel in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden nicht zu verwirklichen. Gegenwärtig reichen diese Mittel bei weitem nicht aus. Zudem fließen sie vorwiegend in Aufgaben der täglichen Gefahrenabwehr. Langfristige Vorkehrungen für den Zivil- und Katastrophenschutz werden vernachlässigt.

Wir appellieren daher an die Regierungen und Parlamente, den über Jahre hinaus vernachlässigten Bereichen im Zivil- und Katastrophenschutz politisch und finanziell einen höheren Stellenwert zu geben. Bei der Festsetzung der Haushaltsmittel sollten insbesondere die unmittelbar humanitären Dienste stärker gefördert werden. Wir halten dies für eine wichtige politische Ent-

scheidung. In ihr würde sich die Entschlossenheit unseres Staates ausdrücken, Freiheit und Sicherheit für die Menschen unseres Landes auf jeden Fall zu behaupten.

In besonderer Weise wendet sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken an die Bürger unseres Landes: Zivil- und Katastrophenschutz ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Diese Aufgabe müssen wir geistig und tätig unterstützen und mittragen. Durch eigene Vorsorgemaßnahmen kann jeder dazu beitragen, Gefährdungen wirkungsvoll zu mindern. Die Mitarbeit in einer der Hilfsorganisationen ist ebenso wichtig wie die Einwirkung auf Parteien, Parlamente und Regierungen, um diese zu größeren Anstrengungen für den Zivil- und Katastrophenschutz zu veranlassen.

Deutsche Katholiken haben im Malteser-Hilfsdienst eine Organisation ins Leben gerufen, die seit vielen Jahren für den Zivil- und Katastrophenschutz eine sehr wirksame Arbeit leistet. Wir rufen die Katholiken auf, auch diese Arbeit zu unterstützen.

Der Christ darf sich der Hilfeleistung für den anderen nicht entziehen. Im Zivil- und Katastrophenschutz ist dieser Dienst christlicher Nächstenliebe gefordert.“

### ABC-Schutz – ein Netz mit Lücken

Große Beachtung hat eine Anfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) an das nordrhein-westfälische Innenministerium gefunden, bei der es um den Schutz der Bevölkerung bei atomaren Katastrophen geht. Das NRW-Innenministerium gab die Auskunft, daß von den in diesem Bundesland aufgestellten 58 ABC-Zügen nur 26 voll einsatzfähig seien.

Die nordrhein-westfälischen Politiker haben sich besorgt zu Worte gemeldet. So sprach der F.D.P.-Landtagsabgeordnete Eykmann von einem „Skandal“, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Düsseldorf, Klein, von seiner „tiefen Sorge, daß das Land nicht genügend Druck auf die eigentlich in dieser Frage zuständige Bundesregierung ausübt.“ SPD-MdL Pohlmann sprach von einem bedrückenden Manko.

Vertreter aller Parteien stellten heraus, daß die Bundesregierung besonders Mittel für die Beschaffung von Fahrzeugen bereitstellen müßte, auch für die ABC-Züge. MdL Eykmann:

„In manchen Städten und Kreisen haben die heute noch keine Fahrzeuge und müßten im Ernstfall mit dem Fahrrad raus.“

Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

## Gastspiele

Einheiten des Niederländischen Katastrophenschutzes  
üben an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler

In dem weiträumigen Übungsgelände der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) herrscht reger Betrieb. Wohin man schaut, üben sich niederländische und deutsche Helfergruppen in Bergungs-, Sanitäts- und Fernmeldeaufgaben. Im Aussehen ähneln sich die Helfer in ihrer Schutzkleidung sehr, doch sind die Niederländer sofort an ihren orange-roten Helmen mit dem Ledernakenschutz sowie an den Tätigkeits- und Rangabzeichen zu erkennen.

Überraschend hoch ist die Zahl der Angehörigen aus dem befreundeten Nachbarland: Rund 200 Helfer – sie bilden einen Bergungszug, einen Sanitätszug, einen Fernmeldezug und einen Versorgungszug – üben Ende August eine Woche lang an der KSB. Drei weitere Kommandos werden in den darauffolgenden Wochen mit je 175 Mann und ca. 50 Fahrzeugen verschiedener Typen nach eigenem Übungsplan ein „Gastspiel“ geben. Wohlgermerkt, es



Katastrophenschutz-Einheiten aus der niederländischen Provinz Limburg üben in den Anlagen der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler. Unser Bild zeigt den Übungsleiter, T.I.G.M. Korn (links), im Gespräch mit Schulleiter Dr. Lorenz.



In der „Trümmerstraße“ geborgene Verletztendarsteller werden in kleinen Zelten vom Sanitätspersonal versorgt.



Die Zelte, die von geübten Leuten in sieben Minuten errichtet werden können, sind direkt mit dem „Hospitalwagen“, in dem sich die Geräte und Instrumente zur Verletztenversorgung befinden, verbunden.



Die Teilnehmer an der Übung sind Wehrpflichtige, die zum Katastrophenschutz, „Bescherming Bevolking“ genannt, eingezogen wurden.



Blick in einen Funkkommandowagen. Wegen auftretender Frequenzschwierigkeiten werden statt der eigenen Funkgeräte die der Katastrophenschutzschule des Bundes benutzt.

finden keine Schulungen oder Unterweisungen durch die Bundesschule statt, sondern die Gäste nutzen lediglich die Anlagen und Einrichtungen der Schule für ihre Zwecke, da solche Übungsmöglichkeiten, wie uns der holländische Leiter des Unternehmens, T.I.G.M. Korn, versicherte, in ihrem Heimatland nicht vorhanden sind.

Die Einheiten kommen aus der Provinz Limburg, die unmittelbar an die Bundesrepublik und Belgien grenzt.

Die Helfer sind Wehrpflichtige, die zum Katastrophenschutz, „Bescherming Bevolking“ genannt, eingezogen wurden.

Die Möglichkeit, einmal in einer fremden und gänzlich anders gearteten Umgebung üben zu können, wird vom Übungsleiter sehr hoch eingeschätzt. Zur Unterbringung der Einheiten hat die Schule Blockhütten, frühere Geräteschuppen und Lagerhallen zur Verfügung gestellt. Hier sieht es aus wie in einem Heerlager. Die Holländer haben ihre komplette Ausrüstung mitgebracht, wozu neben den 50 Fahrzeugen auch Boote, Kompressoren und Spezialanhänger gehören. In den behelfsmäßigen Schlaf- und Unterkunftsstätten dominiert das Provisorische, soweit zulässig, und herrscht Ordnung, soweit

unter den gegebenen Umständen möglich.

Stellt man Vergleiche mit der Ausrüstung unseres Katastrophenschutzes an, fällt auf, daß hier viele Geräte leichter und handlicher sind, daß Geschicklichkeit und Improvisationsvermögen der Helfer eine noch größere Rolle spielen, daß der Hang zur „Gigantomanie“ offensichtlich nicht sehr groß ist.

Die Kontakte zwischen der KSB und dem Niederländischen Zivilschutz der Provinz Limburg bestehen schon über vier Jahre. Im Januar 1974 fand ein eingehender Gedankenaustausch über

gemeinsam interessierende Grundsatzfragen statt. Gegenseitige Besuche in den darauffolgenden Jahren vertieften die Beziehungen. Im Mai 1976 fand ein Kurzlehrgang „Führungswissen für Führungskräfte der Provinz Limburg“ an der KSB statt. Sowohl der Leiter des Katastrophenschutzes im Kreis Limburg, T.I.G.M. Korn, als auch der Leiter der KSB, Ltd. Reg.-Dir. Lorenz, begrüßten die enge und kameradschaftliche Zusammenarbeit und freuten sich über die Förderung und Unterstützung durch das Bundesamt für Zivilschutz und die niederländischen und deutschen Ministerien.



Die Holländer haben die komplette Ausrüstung ihrer Züge mitgebracht, wozu auch diese Boote sowie Kompressoren und Spezial-Anhänger gehören.

Für 45 000 Turner in Hannover:

# Großes Arbeitsprogramm des THW zum Deutschen Turnfest 1978

Neun niedersächsische Ortsverbände im Einsatz



Umfangreiche Montage- und Demontearbeiten an Wettkampfanlagen und Hallendekorationen waren von den THW-Helfern in Hannover durchzuführen.



Einen markanten und weithin sichtbaren Blickpunkt auf dem Messegelände bildete der Berliner THW-Mastkraftwagen mit ausgefahrenem 30-m-Mast.

## Das Technische Hilfswerk half beim Deutschen Turnfest 1978

„Was wäre das bevorstehende Deutsche Turnfest ohne die Männer vom Technischen Hilfswerk?“ Diese Schlagzeile brachte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ in einem Bericht vom 3. Juli und ging im weiteren Verlauf des Artikels auf das große Arbeitsprogramm des THW bei den Vorbereitungen zum Deutschen Turnfest ein, das vom 30. Juli bis 5. August in Hannover stattfand.

In der Tat: Mit rund 12 000 Auf- und 6000 Abbaustunden und dem Einsatz von 300 Helfern aus neun niedersächsischen Ortsverbänden aus dem Großraum Hannover, des Fernmeldezuges Niedersachsen sowie einer Fernmeldegruppe aus Berlin, trug das Technische Hilfswerk nicht unerheblich zum Gelingen des Deutschen Turnfestes bei. Das Turnfest entwickelte sich zu einem farbenfrohen

Fest der Superlative, welches über 45 000 Aktive an den verschiedensten Stellen der niedersächsischen Landeshauptstadt bei sportlichem Wettkampf und vielseitigen Vorführungen sah. Zentrum der Wettkämpfe war das Messegelände, wo das THW den Schwerpunkt seiner Arbeiten zu bewältigen hatte.

Der Startschuß fiel am Sonnabend, dem 1. Juli. Um 7 Uhr begannen 30 Helfer des THW-Ortsverbandes Wunstorf in Halle 7 mit dem Aufbau eines bereits bei den Olympischen Spielen in München eingesetzten, rd. 1200 m<sup>2</sup> großen, ca. 1 m hohen Turnpodiums, welches noch am gleichen Tag fix und fertig montiert wurde.

Halterungen für 4000 Vereinsfahnen hatte der Ortsverband Hannover am 8. und 9. Juli anzubringen, während der OV Ronnenberg mit dem Aufhängen von Dekorationen in den übrigen Hallen und an den Hallendurchgängen begann.

Dabei wurde in drei Schichten rund um die Uhr gearbeitet.

Mehrere Tanzpodien mit über 500 m<sup>2</sup> Grundfläche errichteten am 17. Juli im Stadtpark von Hannover Helfer der THW-Ortsverbände Hildesheim und Burgdorf, die dafür nur vier Stunden benötigten. Am darauffolgenden Sonnabend mußten 2500 Turngeräte aus sämtlichen Schulen und Turnhallen abgeholt sowie die Beschilderung mit Hinweistafeln im Stadtbereich durchgeführt werden. In diese Arbeit teilten sich die Ortsverbände Springe, Hannover und Sarstedt. Nicht eingeplante Vorhaben, wie der Bau einer Holzterrasse am Ihme-Ufer sowie einer Trimmstrecke auf der anderen Uferseite, mußten praktisch nebenbei erledigt werden.

Einen markanten und weithin sichtbaren Schlußpunkt setzten am Freitag, dem 29. Juli, einen Tag vor Turnfestbeginn, die THW-Fernmelder, als sie den über

30 m hohen Antennenmast des Berliner Mastkraftwagens ausführen. Der 26 Mann starke Fernmeldezug Niedersachsens war für den Aufbau, den Betrieb und die technische Überwachung des Funk- und Fernsprechnetzes im Wettkampfabschnitt Messegelände verantwortlich. Dabei mußten 6500 m Kabel verlegt, 28 Fahrzeugfunkstellen, 36 Handfunksprechstellen und eine Fernsprechvermittlung aufgebaut und betrieben werden. Insgesamt wurden vier Funkkreise errichtet, von denen zwei für die Turnfestleitung und zwei für die Führung und Versorgung der eingesetzten THW-Einheiten bestimmt waren.

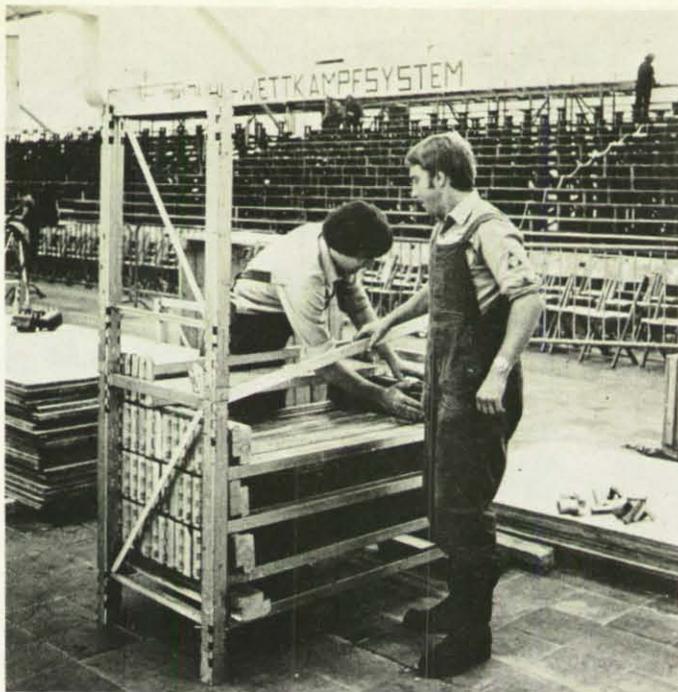
An der Eröffnung des Deutschen Turnfestes durch Bundesinnenminister Baum – im Beisein des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, des Bundesministers Franke, des Stuttgarter Oberbürgermeisters Rommel, der Ausrichter des Turnfestes vor fünf Jahren war, sowie des hannoverschen Oberbürgermeisters Schmalstieg – nahmen auch THW-Landesbeauftragter Sahlender und sein Stellvertreter, Dipl.-Ing. Rohwedder, teil.

Der THW-Landesbeauftragte konnte dem Bundesinnenminister die zeitgerechte Fertigstellung der vom THW zu leistenden Auf- und Ausbauten sowie die Betriebsbereitschaft des Funk- und Fernsprechnetzes berichten.

Während der Dauer des Turnfestes war das Technische Hilfswerk mit der Einsatzleitung, Dipl.-Ing. Rohwedder und Sachbearbeiter Müller, dem Fernmeldezug Niedersachsens mit 26 Helfern, den Fernmeldern aus Berlin sowie einer 15 Mann starken Alarmgruppe ständig im Einsatz.

Mit dem Ende des Turnfestes am Sonnabend, dem 5. August, begann für Einsatzleitung und Helfer das zwei Wochenenden umfassende Demontage- und Rücktransportprogramm, welches ebenso planmäßig ablief wie der Aufbau, der sechs Wochen zuvor begonnen hatte.

Für den THW-Landesverband Niedersachsen sind eine große Anzahl von Presseartikeln, Rundfunk- und Fernsehberichten sowie das Dankschreiben der Turnfestleitung die Bestätigung dafür, daß vom THW gute Arbeit geleistet wurde. Dies hatte sich offenbar bis nach Italien herumgesprochen, wie aus dem Telegramm des THW-Bundessprechers Peter Merck hervorgeht, welches in Livorno mit folgendem Wortlaut aufgegeben wurde: „Gratuliere zum Erfolg beim Turnfest Hannover. Bitte Dank und Anerkennung an alle Einsatzkräfte weitergeben. Leistung bis nach Italien bekannt.“



Zwei von 300 niedersächsischen THW-Helfern beim Turnfest-Einsatz: Hier werden Teile des großen Turnpodiums wieder fachgerecht verpackt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist im Referat „Ernährungsvorsorge“ die Stelle eines

### Sachbearbeiters

zu besetzen.

#### Aufgabengebiet:

Bearbeitung von Angelegenheiten der Vorsorgeplanung hinsichtlich von Erzeugnissen der Land- und Ernährungswirtschaft, insbesondere Überwachung der Vorratshaltung, Prüfung und Auswertung von Statistiken, Bestandsmeldungen und Reichweiten; Mitwirkung bei Verordnungs- und Richtlinienvorhaben im Rahmen der Ernährungssicherstellung; Vorbereitung von NATO-Angelegenheiten.

#### Anforderungen:

Prüfung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung oder für eine gleichwertige Laufbahn; Angestellter mit entsprechenden Fähigkeiten und Erfahrungen. Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft; Kenntnisse auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung sind von Vorteil. Gute englische Sprachkenntnisse sind erforderlich; französische Sprachkenntnisse sind erwünscht.

#### Bewertung:

Es können sich bewerben: Beamte des gehobenen Dienstes (A 9 – A 11) oder vergleichbare Angestellte. Die Eingruppierung für Angestellte erfolgt nach Verg.Gr. IV a, Fallgruppe 1 a BAT (nach erfolgreicher Einarbeitung).

Bei gleicher Eignung wird Schwerbehinderten der Vorzug gegeben.

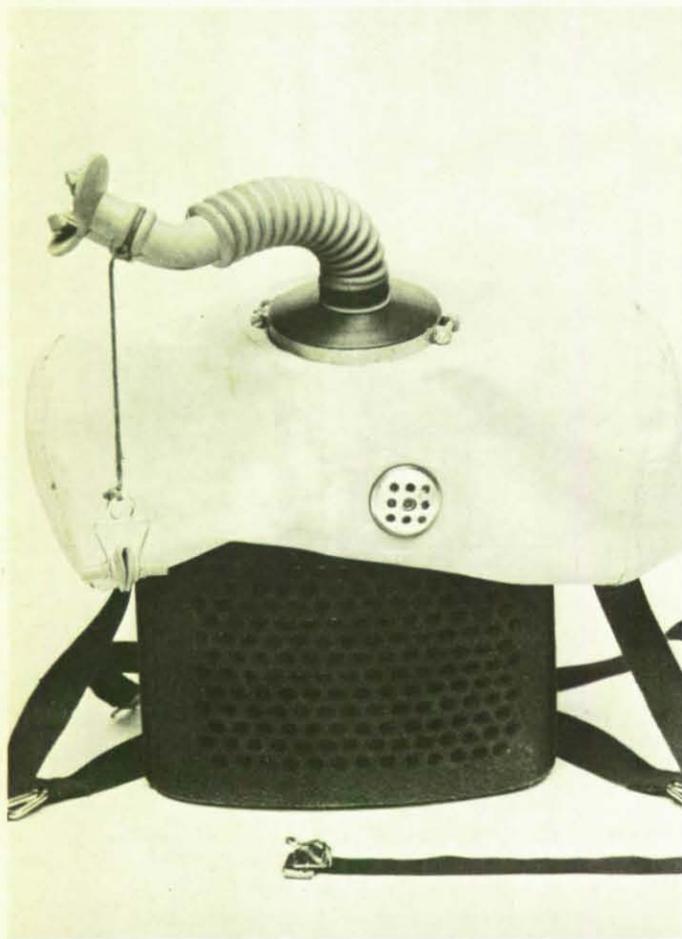
Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisunterlagen und Lichtbild sind bis zum 5. Oktober 1978 unter Kenn-Nr. 295 an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Postfach 14 02 70, 5300 Bonn 1, zu richten.

Persönliche Vorstellung nur nach vorheriger Vereinbarung.

Helmut Freutel

## Chemikalsauerstoff im Atemschutz

Ein Symposium gab Einblick in den Bereich der Anwendungstechnik



Der Sauerstoffseltretter SSR 90 ist ein von der Umgebungsatmosphäre unabhängig wirkendes Atemschutzgerät für den Fluchtfall. Er schützt den Geräteträger gegen Schadstoffe in der Umgebungsatmosphäre und auch gegen Sauerstoffmangel.



Der Sauerstoffseltretter versorgt den Geräteträger mit Sauerstoff, der aus einem Chemical entwickelt wird. Kohlendioxid und Wasserdampf der Ausatemluft reagieren mit dem Chemical, wobei das Kohlendioxid entfernt und der durch die Atmung verbrauchte Sauerstoff ergänzt wird.

Mitte Juli veranstaltete die Auergesellschaft in Trier ein Symposium, auf dem die Rettung und Erhaltung von Menschenleben durch die Anwendung von chemisch gebundenem Sauerstoff im Mittelpunkt stand. Experten aus der o. g. Firma, die sich seit Jahrzehnten mit diesem Problem beschäftigen, gaben einen Überblick über den derzeitigen Stand der Entwicklung. Mit den geladenen Gästen aus der zivilen und militärischen Verteidigung des In- und Auslandes fand im Anschluß an die Referate ein Erfahrungsaustausch

und eine Diskussion statt. Es soll an dieser Stelle versucht werden, aus der Fülle des gebotenen Stoffes das in Kürze wiederzugeben, was dazu dienen kann, unseren Lesern die Bedeutung des Chemikalsauerstoffs aufzuzeigen und ihnen einen Überblick zu geben über Anwendungsmöglichkeiten im Zivil- und Katastrophenschutz.

### Die Atmung

Beim Atmen werden durch den rhythmischen Wechsel der Bewegung die in den

feinen Lungenbläschen enthaltenen Gasmengen mit der Außenluft ausgetauscht. Zu- und abgeleitet wird die Luft über Luftröhre und Bronchien. Bei normaler Ein- und Ausatmung werden etwa 500 cm<sup>3</sup> zwischen Außenluft und Lungeninnerem hin- und herbewegt. Tiefe und Frequenz der Atembewegungen sind willkürlich beeinflussbar. Beim Atmen wird durch die Lunge Sauerstoff in den Körper aufgenommen und Kohlendioxid abgegeben. Der Sauerstoffverbrauch und die Kohlendioxidabgabe stehen in

einem bestimmten Verhältnis zueinander. Die Ein- und Ausatemwerte sind nicht konstant. Eine besondere Erhöhung des Atemvolumens und damit des Sauerstoffverbrauchs entsteht bei körperlicher Arbeit. Wird die den Menschen normalerweise umgebende Atemluft in ihrem Mischungsverhältnis gestört, treten binnen kurzem Gefahren auf, die das Leben bedrohen. Die uns umgebende Atemluft ist ein Gasgemisch aus ca. 21 Prozent Sauerstoff und ca. 79 Prozent Stickstoff. Daneben sind noch geringe Mengen anderer

Gase enthalten. Sinkt der Sauerstoffanteil in der Luft unter 15 Prozent, so ist der Mensch gefährdet. Sinkt er gar unter 10 Prozent, so besteht akute Lebensgefahr. In allen Bereichen des Lebens, hauptsächlich im Berufsleben, sind geringe Abweichungen von den Normalbedingungen möglich und im begrenzten Rahmen auch zulässig. In besonders krassen Fällen ist jedoch Atemschutz erforderlich.

### Transport von Sauerstoff

Ist keine atembare Luft vorhanden, müssen Luft oder Sauerstoff dorthin transportiert werden, wo sie gebraucht werden. Dabei unterscheidet man zwischen Einzelschutz und Sammel-schutz. Beim Einzelschutz muß jeder Person eine eigene Schutzmöglichkeit zur Verfügung stehen. Beim Sammel-schutz kann man erreichen, daß mit Hilfe besonderer Maßnahmen in einem gemeinsam benutzten Raum atembare Luft bestimmter Reinheit vorhanden ist.

Bemühungen, Luft oder Sauerstoff zu transportieren, werden seit langem gemacht. Dabei werden unterschieden:

1. Drucksauerstoff
2. Flüssigsauerstoff
3. Chemikalsauerstoff

Gasförmiger Sauerstoff kann als Drucksauerstoff in Stahlflaschen gespeichert werden. Bekannt sind z. B. Vorratsdrucke von 200 und 300 bar.

Sauerstoff kann auch verflüssigt werden. Die Bevorratung macht allerdings erhebliche Schwierigkeiten, da eine laufende Kühlung erforderlich ist, andernfalls der flüssige Sauerstoff durch die zwangsläufige Anpassung an die Umgebungstemperatur verdampft.

Es gibt viele Substanzen, die Sauerstoff in chemisch gebundener Form enthalten.



Für den Beginn der Benutzung ist ein Quickstarter vorhanden, der nach dem Anlegen des Gerätes gestartet wird und in wenigen Sekunden den Atembeutel mit Sauerstoff füllt. Die Sauerstoffabgabe paßt sich dem jeweiligen Sauerstoffbedarf des Geräteträgers an.

Jedoch ist er in den meisten der Verbindungen so fest gebunden, daß er nur unter großen Schwierigkeiten abzutrennen ist.

Ein heute allgemein übliches und sicheres Gemisch zur Sauerstoffentwicklung besteht z. B. aus Natriumchlorat, anorganischem Bindemittel, Eisen als Wärmequelle und Bariumperoxid, das eventuell entstehendes Chlor sofort bindet. Auch Kaliumsuperoxid wird heute aus verschiedenen Gründen bevorzugt verwendet.

Für den Atemschutz ist es wichtig, daß sich der

Sauerstoff aus Chemikalien nicht durch unkontrollierte, sondern durch kontrollierte Reaktionen entwickelt. Die Reaktion muß planbar sein. Sie kann durch verschiedene Maßnahmen, z. B. elektrische oder thermische Zündung, eingeleitet werden. Die Lagerfähigkeit des Reaktionsgemisches, das in Form von Patronen, ähnlich Konservendbüchsen, aufbewahrt wird, ist auch bei relativ ungünstigen Lagerungsbedingungen unbegrenzt.

Ein weiterer Vorzug der sogenannten Chloratpatronen ist ihre Bedarfsabhän-

gigkeit. Durch die Luftführung im geschlossenen Kreislauf durch einen Regenerationskanister werden die beim Atmen entstehenden Verbrennungsprodukte Kohlendioxid und Wasserdampf chemisch gebunden und dafür Sauerstoff freigesetzt.

Dieser Vorgang verläuft kontrolliert und gesteuert, d. h. bedarfsabhängig. Der Umsatz findet nur solange statt, wie die Produkte der Ausatemluft ( $\text{CO}_2$  und  $\text{H}_2\text{O}$ ) angeboten werden. Der Umsatz findet auch nur in dem Maße statt, die der angebotenen Menge von  $\text{CO}_2$  und  $\text{H}_2\text{O}$  entspricht.

Damit ist gewährleistet, daß sich das System von selbst steuert.

### Chemikalsauerstoff in der Praxis

Ein weitverbreitetes Gerät ist der Sauerstoffatmer 2000, ein speziell für den Einsatz bei der Feuerwehr entwickeltes Atemschutzgerät, das seinen Träger von der Umgebungsatmosphäre unabhängig macht. Der erforderliche Sauerstoff wird bedarfsabhängig aus dem hier beschriebenen Chemikal entwickelt.

Chemische Reaktionen haben oft eine Anlaufphase, d. h. sie benötigen eine kurze Zeit bis zu ihrer vollen Entfaltung. Früher mußten Atemkanister vor der Benutzung „angeatmet“ werden. Heute wird diese Anfangsphase der Reaktion mit einem sogenannten Quickstarter überbrückt. Dieser Quickstarter, am Regenerationskanister angebracht, erzeugt bei Inbetriebnahme genügend Sauerstoff. Der Starter wird über einen Reißring betätigt. Nach dem Starten entwickelt sich in ausreichender Menge Sauerstoff, bis das Chemikal des Kanisters, durch die Ausatemluft angeregt, genügend eigenen Sauerstoff entwickelt.

Diese Funktionsbeschreibung, hier am Beispiel des Sauerstoffatmers 2000 erläutert, gilt im Prinzip auch für Geräte anderer Größenordnung und Verwendbarkeit wie Sauerstoff-Selbstretter oder Fluchtgeräte sowie für Unterwassergeräte.

### Sauerstoffversorgung beim Sammelschutz

Das Arbeitsblatt Ausführung, Prüfung und Abnahme von Lüftungstechnischen Einbauteilen in Schutzräumen in der Fassung vom Juni 1975 sieht keine Regenerationsfilter vor. Dennoch sagen die Hersteller von

Regenerationsfiltern ihren Produkten eine große Zukunft voraus. Solche Regenerationsfilter, die auf dem gleichen Prinzip basieren, das sich auch im Bereich des persönlichen Atemschutzes bei den Chemikalsauerstoff-Atemschutzgeräten und Chemikalsauerstoff-Selbstrettern bewährt hat, haben die Aufgabe, in stationären und mobilen Schutzeinrichtungen aller Art Personen einen Aufenthalt unabhängig von der Außenluft zu ermöglichen. Gedacht ist dabei an Fluchtkammern, Überlebenszonen, Schutzräume, dicht schließenden Rettungs-, Meß- und Übertragungswagen u. ä.

Der Atemschutz wird hier durch die Regeneration der Luft in einem abgeschlossenen Raum erreicht, d. h. durch Ergänzung des von den Rauminassen verbrauchten Sauerstoffs und Bindung des ausgeatmeten Kohlendioxids. Die Atemluft behält hierbei auch über lange Zeit eine gute Qualität, die durch die geruchsbesitzende Wirkung der Regenerationsfilter zusätzlich bewirkt wird.

Bekanntlich müssen alle Schutzraumbauten belüftet werden, wobei man drei Lüftungsarten, nämlich die natürliche Lüftung, die Normallüftung und die Schutzlüftung unterscheidet. Die Lüftung soll den Insassen bei den erwartenden starken Belegungen, die u. U. lange Zeit dauern können, erträglichen Aufenthalt gewährleisten. Während die natürliche Lüftung ohne Luftförderer nur durch natürliche Zugwirkung arbeitet und nur für unbelegte Schutzräume gedacht ist, haben wir es bei der Normallüftung mit einer mechanisch betriebenen Lüftung zu tun, die entweder mit einer von Hand oder mittels elektrisch betriebener Luftförderer größere Mengen Frischluft in die Schutzräume transportiert. Die Schutzlüftung ist eben-



Das Regenerationsfilter RGF 04 ist ein Filter zum Regenerieren von Atemluft im Umluftbetrieb in geschützten Baueinheiten mit einer Maximalbelegung von 12 Personen.

falls eine mechanisch betriebene Lüftung. Die über von Hand oder elektrisch betriebene Luftförderer angesaugte Frischluft wird jedoch in Sand- oder Raumfiltern gereinigt. Obwohl auf eine lange Belegungszeit ausgelegt, ist die Leistungsfähigkeit eines jeden Filters begrenzt. Die Anwendung von Regenerationsfiltern kann erforderlich werden, wenn die umgebungsluftabhängigen Filter im Einsatz erschöpft sind. Wenn also Verhältnisse eintreten, unter denen die Luftzufuhr von der Umgebung zum abgeschlossenem Raum vollständig ausgeschlossen werden muß, könnten in dem Raum befindliche Menschen über längere Zeit mit Sauerstoff versorgt und das entstehende Kohlendioxid entfernt werden. Es wäre auch denkbar – und dies sollte einmal in Untersuchungen festgestellt werden –, daß

für kleinere Schutzbaueinheiten aus Sicherheitsgründen, aber auch wegen der einfacheren technischen Gestaltungsmöglichkeit auf die Zuführung von Außenluft gänzlich verzichtet und die Raumeinheit nur mit regenerierter Umluft versorgt wird.

Die speziell für die Erzeugung von atembarem Sauerstoff hergestellten Chloratpatronen geben im Filter beim Durchströmen der zu regenerierenden Raumluft entsprechend deren Kohlendioxidgehalt und Feuchtigkeit Sauerstoff ab. Das Kohlendioxid wird hierbei als Karbonat bzw. Bikarbonat gebunden. Die Feuchtigkeit der Luft unterstützt die Sauerstoffentwicklung und die Kohlendioxidbindung.

Durch diesen Prozeß wird eine für die Atmung im Schutzraum ausreichende Menge Sauerstoff geliefert



So sieht das noch verpackte Atemgerät SSR-UW aus, das als ein von der Umgebung unabhängiges Atemschutzgerät sowohl in der Luft als auch unter Wasser eingesetzt werden kann.

und der Kohlendioxidgehalt der Raumluft ausreichend niedrig gehalten. Überschüssige Feuchtigkeit der in das Filter eintretenden Raumluft wird durch ein Trockenmittel abgefangen, bevor die Luft zur Regeneration mit dem Chemikal in Berührung kommt.

Außer diesem Trockenmittel, das dem Filter in einem stabilen Metallgehäuse vorgeschaltet ist, gehören zu einer Einheit noch ein Luftförderer für Hand- oder Motorbetrieb, eine Programmierung für den Luftdurchsatz, ein akustisches Signalgerät, das das Ende der vorgegebenen Gebrauchszeit des Kanisters anzeigt, sowie ein Strömungsmesser. Auch die Lagerung der Regenerationskanister ist praktisch unbegrenzt.

Das Filter ist mit Schraubkappen luftdicht verschlossen und plombiert.

Öffnen und Anschließen

an die Umluftleitung erfordern nur wenige Handgriffe. Beides ist erst unmittelbar vor dem Einsatz vorzunehmen. In größeren Schutzräumen können mehrere Regenerationsfilter parallel geschaltet werden.

Das fabrikmäßig verschlossene Filter ist im Prinzip wartungsfrei. Bereits eingesetzte Filter können wieder verwendet werden, wenn die vorgesehene Einsatzzeit noch nicht überschritten ist.

Die Regenerationsfilter gibt es in verschiedenen Größen für verschiedene Einsatzzeiten.

Folgende Merkmale sind bei der Verwendung von Regenerationsfiltern im Sammelschutz zu berücksichtigen:

1. Zahl der Personen
2. Verhalten der Personen
3. effektiv zur Verfügung stehender Raum
4. Klimaverhältnisse

5. Luftverteilung
6. Luftverhältnisse
7. Aufteilung des Schutzbereichs.

Wir Menschen sind im hohen Grade abhängig von unserer Umwelt, insbesondere von der Reinheit der uns umgebenden Luft. Doch ganz besonders an manchen Arbeitsplätzen gefährden explosible, toxische und radioaktive Stoffe den Menschen, und das trotz verschärfter Sicherheitsvorschriften und verbesserter Schutzeinrichtungen.

Zwar hat der Bau von Schutzräumen in der Bundesrepublik bisher nur geringe Fortschritte gemacht, doch spielen gerade auf diesem Gebiet die Luftverhältnisse für die Benutzer von Schutzräumen eine besondere Rolle.

Ob die Luftregeneration mit Chemikalsauerstoff am Arbeitsplatz oder im Zivilschutz in Zukunft bisherige Atemschutzsysteme ver-

drängen wird, ist nicht abzusehen. Fest steht jedoch, daß heute schon im Gebrauch befindliche Atemschutzgeräte für spezielle Einsätze und für die Selbstrettung nicht mehr fortzudenken sind ohne die relativ kleinen, leichten und im Gebrauchsfall schnell und einfach einsetzbaren problemlosen Geräte mit Chemikalsauerstoff.

Auch für die Verwendung von Regenerationsfiltern bietet sich ein weites Feld an, so z. B. im Tunnelbau und Tunnelrettungswesen, für Aufräum- und Rettungsfahrzeuge in kontaminierten Gelände, bei der Brandbekämpfung und im Rettungswesen, in fahrbaren Ambulanzen, als Sicherheits- und Überlebenszellen auf Schiffen, Bohrseln oder U-Booten, in Operationssälen von Hilfskrankenhäusern und Notlazaretten, als Sicherheitszellen in Hochhäusern u. v. a. m.

# Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen

Die technische Entwicklung von Feuerspritzen nahm einen langen Weg. Fast zweihundert Jahre wurden zur Wasserförderung beim Feuerlöschen handbetätigte Feuerlösch-Kolbenpumpen verwendet. Dampfspritzen und Benzinmotorspritzen waren Zwischenstufen. Auch Elektromotorspritzen wurden wenige Jahre vor der Jahrhundertwende gebaut. Heute gehören zur Ausrüstung fast jeder Brandschutzformation, ob bei den Feuerwehren, im Katastrophenschutz oder im Zivilschutz, Tragkraftspritzen, die nach DIN-Richtlinien gebaut worden sind. Auch hat heute jede Wehr zumindest ein Tragkraftspritzenfahrzeug TSF. Die Wehrmänner brauchen auch den Tragkraftspritzenanhänger TSA im Alarmfall nicht selbst zu ziehen, um damit zur Brandstelle zu eilen. Tragkraftspritzen und eingebaute Feuerlöschkreiselpumpen gehören zur Basis des Feuerlöschwesens. Die Namen der großen Herstellerfirmen sind allen Brandschutzkräften geläufig. Die Abweichungen in den Konstruktionsmerkmalen ihrer Geräte sind verhältnismäßig geringfügig.

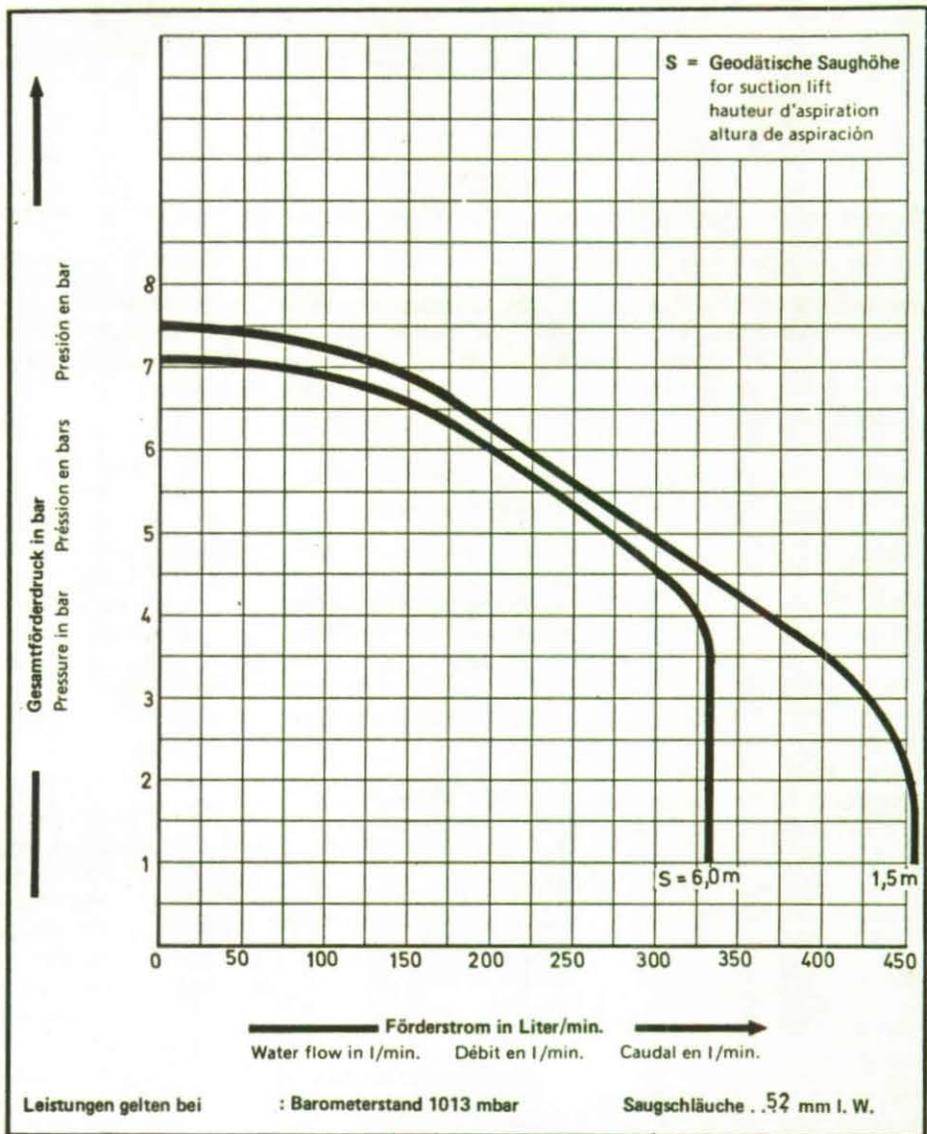
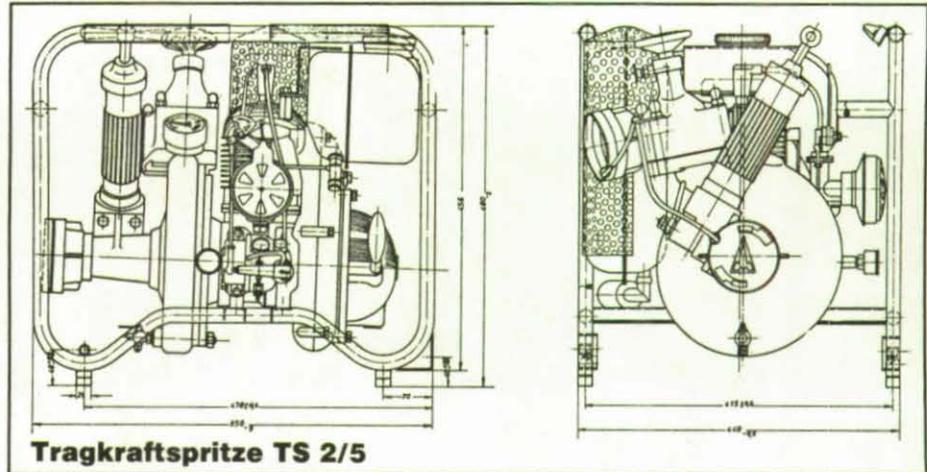
Das ZS-MAGAZIN veröffentlicht in loser Folge Beschreibungen der verschiedenen Typen von Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen, Beschreibungen, die uns freundlicherweise von der Firma Magirus Deutz AG zur Verfügung gestellt wurden. Die Redaktion kommt damit Wünschen nach, die wiederholt aus der Leserschaft an sie herangetragen worden sind.

## Tragkraftspritze TS 2/5

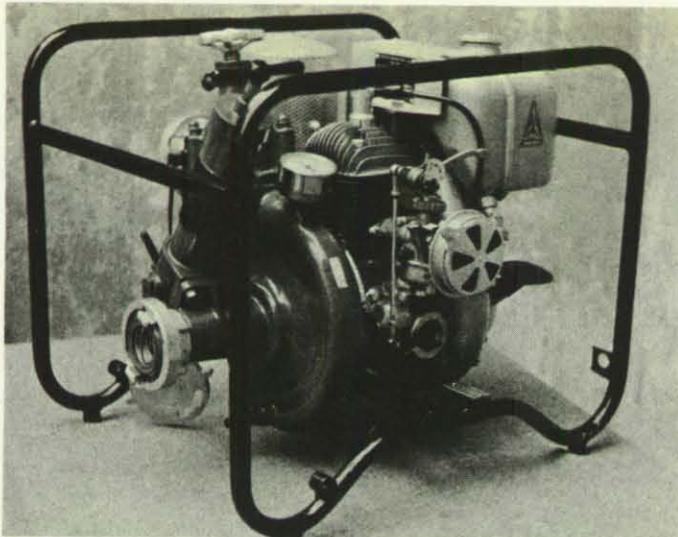
### 1. Allgemeines:

Die Tragkraftspritze TS 2/5 entspricht den Richtlinien zur Herstellung von Tragkraftspritzen DIN 14410. Sie ist von der Feuerschutztechnischen Prüf- und Versuchsstelle in Regensburg geprüft und zugelassen.

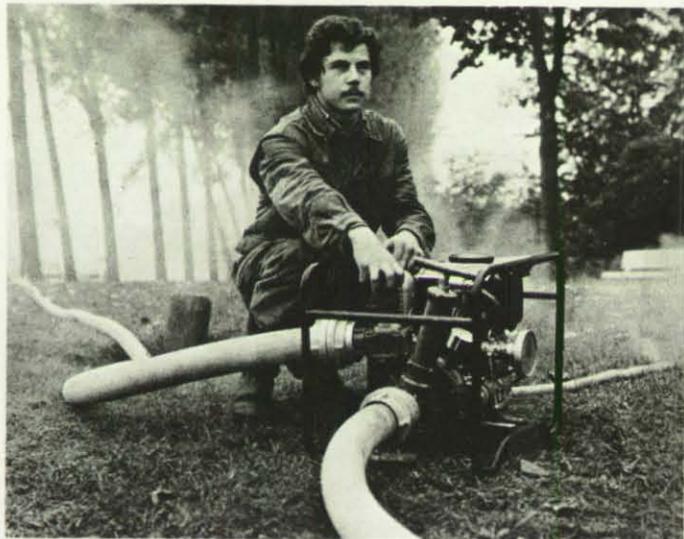
Prüfnummer: PVR 201/10/65



Kennlinien der TS 2/5.



Je nach Brandgefährdung und den betrieblichen Erfordernissen werden Tragkraftspritzen TS 2/5 häufig in kleineren Betrieben oder im Selbstschutz von Behörden eingesetzt. Das Bedienen des Geräts, d. h. das Starten und Ansaugen (Evakuieren), die Wasserentnahme aus offenen Gewässern, Behältern oder Hydranten, ist verhältnismäßig leicht zu erlernen.



Auf unserem Bilde wird die TS 2/5 zur Löschwasserförderung über lange Strecken eingesetzt. Das geschieht dann, wenn die Entfernung zwischen Wasserentnahmestelle und Brandstelle so groß ist, daß der Druck nur einer Kraftspritze zur Deckung des Verbrauchs nicht ausreicht. Es können mehrere Tragkraftspritzen zur Druckverstärkung hintereinander geschaltet werden.

Die TS 2/5 ist eine tragbare Feuerlöschpumpe, die direkt mit dem Antriebsmotor zusammengebaut ist. Das ganze Aggregat ist in einem Rohrrahmen montiert, mit dem es sicher abgestellt und leicht transportiert werden kann.

## 2. Motor:

Als Antriebsmotor dient ein luftgekühlter Einzylinder-Zweitakt-Otto-Motor Fabrikat JLO, Typ L 152 LRT Hubraum 148 cm<sup>3</sup>  
 Dauerleistung bei n = 4 500 U/min 6,0 PS  
 Kraftstoffbehälter mit ca. 4,2 Liter Fassungsvermögen.  
 Kraftstoffverbrauch ca. 2,5 Liter/h bei Nennleistung der Pumpe.  
 Schwungrad-Magnetzündler.  
 Schmierung durch Kraftstoff-Ölgemisch.  
 Drehzahlregler.  
 Anwerfen des Motors durch Reversierstarter.  
 Nahentstörung ND 10  
 Auspufftopf mit Berührungsschutz.

## 3. Feuerlösch-Kreiselpumpe FP 2/5 DIN 14420

Einstufige Ausführung.  
 Pumpengehäuse direkt am Kurbelgehäuse des Motors angeflanscht, das Laufrad sitzt auf dem Wellenstumpf der Kurbelwelle. Pumpenteile aus seewasserbeständiger Leichtmetall-Legierung. Wellenabdichtung durch Radialdichtringe in leicht auswechselbarer Hülse, mit Fettschmierung durch Staufferbüchse. Auswechselbarer Spaltwasserring aus abriebfestem Kunststoff auf der Saugseite des Laufrades.

### Mindestleistung nach DIN 14420

Geodätische Saughöhe	Förderstrom	Manom. Gesamtförderhöhe
1,5 m	200 l/min	50 m WS
1,5 m	100 l/min	60 m WS
6,0 m	100 l/min	50 m WS
<u>Erreichte Leistung:</u>	<u>Erreichte Leistung:</u>	<u>Erreichte Leistung:</u>
1,5 m	ca. 250 l/min	50 m WS

1 Saugstutzen axial mit leicht auswechselbarem Sieb und C-Festkupplung mit Blinddeckel.

1 Druckabgang mit selbstschließendem Ventil und C-Festkupplung mit Blinddeckel.

1 Überdruck-Unterdruckmeßgerät.

## 4. Entlüftungseinrichtung:

Entlüftung durch eine einfach wirkende, handbetätigte Kolbenpumpe, die Ansaugen bis 8 m geodätische Saughöhe ermöglicht. Sie ist unter Zwischenschalten eines Absperrhahnes auf dem Saugstutzen der Pumpe ca. 30° aus der Senkrechten geneigt befestigt. Diese Schrägstellung der Entlüftungspumpe erleichtert die Betätigung und verringert die Gesamtbauhöhe der Tragkraftspritze. Die Kolbenpumpe und die zugehörigen Ein- und Auslaßventile können mit wenigen Handgriffen zerlegt bzw. geöffnet werden, wodurch eine eventuell notwendig werdende Reinigung leicht durchzuführen ist.

## 5. Traggestell:

Pumpe und Motor sind in einem geschlossenen Rohrrahmen gelagert. Dieser Rohrrahmen hat eine Arretierungsvorrichtung zum Befestigen der Tragkraftspritzen im Transportfahrzeug sowie 4 Gummiklötze, die einen sicheren Stand während des Betriebs gewährleisten. Die Griffstellen zum Tragen sind mit einem Kunststoffschlauch bezogen.  
 Am Traggestell ist eine Lampe mit Schalter zur Beleuchtung der Bedienungsseite der TS angebracht.

## 6. Maße und Gewichte:

Länge: ca. 550 mm  
 Breite: ca. 440 mm  
 Höhe: ca. 480 mm  
 Gewicht betriebsbereit: ca. 37 kg.

# INVENTUR

Organisation und Aufbau des Zivil- und des Katastrophenschutzes in der Landeshauptstadt Stuttgart

## Die Organisation des Selbstschutzes

Das Stadtgebiet ist in 53 Wohnbereiche eingeteilt; sie umfassen Stadtteile in der Größenordnung von 3650 Einwohnern bis zu 22 000 Einwohnern. Für die Wohnbereiche sind Beratungs- und Leitstellen in Bezirksrathäusern und in Schulgebäuden vorgesehen. Es gelang bisher, 26 Selbstschutzberater zu bestellen. Meistenteils handelt es sich dabei um BVS-Helfer. Die Berater befinden sich in der Ausbildung.

## Der Selbstschutz bei der Stadtverwaltung

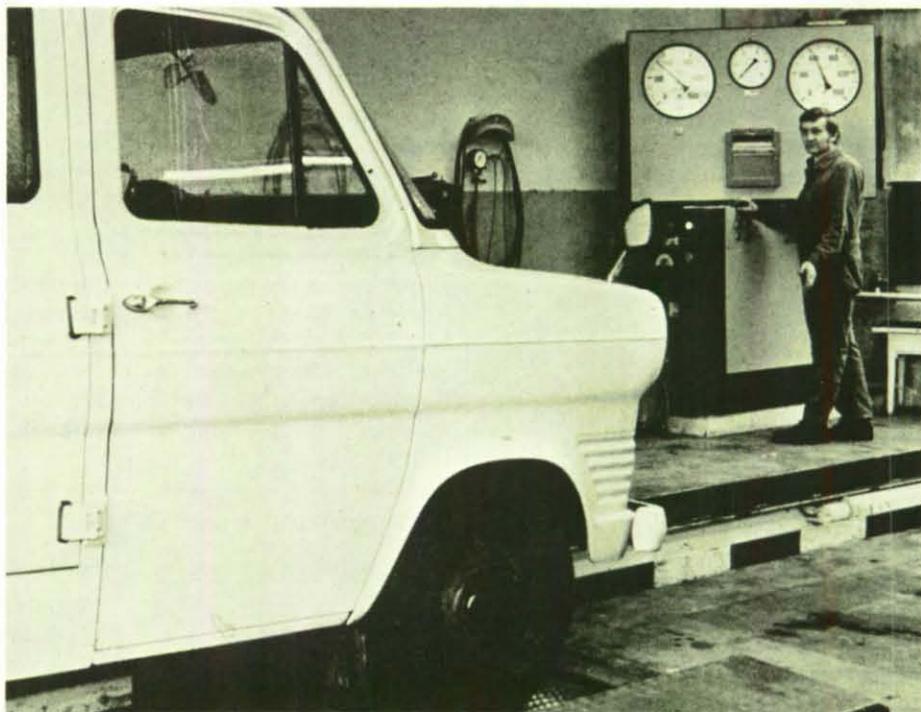
Der Behördenselbstschutz nimmt in Stuttgart breiten Raum ein. Das ZS-MAGAZIN berichtete darüber in Heft 9/77. Der Oberbürgermeister hat mit Erlässen von 1965, 1970 und 1972 die Amtsleiter angewiesen, bei den Ämtern und Einrichtungen der Stadt Stuttgart im Benehmen mit dem Amt für Zivilschutz den Selbstschutz aufzubauen und hat die Mitarbeiter zu Schutz- und Rettungsmaßnahmen im Katastrophenfall verpflichtet. Für die Ämter und Einrichtungen der Stadt sind bis jetzt 175 Selbstschutzleiter und deren Vertreter sowie zu ihrer Unterstützung 800 Einsatzkräfte bestellt und ausgebildet worden. Der Selbstschutz ist entsprechend der Ausstattungsnachweisung auf städtische Kosten voll ausgerüstet (Wert ca. 800 000 DM). Die Grundlage für Schutzmaßnahmen aller Art bilden die Selbstschutzpläne für jedes Gebäude.

Die in Betrieben mit über 20 Beschäftigten gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsbeauftragten und Betriebsleiter nehmen im Rahmen der Selbstschutz-Ausbildung am Erste-Hilfe-Lehrgang teil, die das Amt für Zivilschutz veranstaltet. Die Behördenselbstschutzleiter, die nach der Feuerchutzverordnung zugleich Feuerchutzbeauftragte der Ämter sind, werden von den Brandschutz-Einsatzkräften des Selbstschutzes unterstützt.

Die Mitarbeit im Selbstschutz der Stadtverwaltung bedeutet Schutz und



In der KatS-Zentralwerkstatt Stuttgart-Zuffenhausen werden bundeseigene KatS-Fahrzeuge, Anhänger, Aggregate und Gerätesätze periodisch überprüft, gewartet und instandgesetzt.



Auf den Armaturen des Bremsrollenprüfstandes läßt sich die Bremskraft jeder einzelnen Bremse und die Pedalkraft – gemessen in kp – ablesen.

Hilfe für die in den Ämtern, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen tätigen Mitarbeiter; sie ist auch für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Ämter im Katastrophenfall von größter Wichtigkeit.

Die Einsatzkräfte werden durch Fachlehrer des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) während der Dienstzeit kostenlos ausgebildet.

Wie in den Vorjahren wurden auch im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz, der Branddirektion, dem Personalamt sowie dem Deutschen Roten Kreuz Selbstschutzlehrgänge durchgeführt. 1977 waren dies 31 Selbstschutzlehrgänge, zehn praktische Übungen und zehn Fachliche Unterweisungen.

Insgesamt nahmen im Jahr 1977 an dieser Ausbildung 591 städtische Mitarbeiter teil.

Im gleichen Zeitraum wurden unter der Leitung des Amts für Zivilschutz in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar und dem Bundesverband für den Selbstschutz in sechs Selbstschutz-Grundlehrgängen, einem Brandschutz-Lehrgang und in einem Bergungslehrgang 165 Einsatzkräfte für den betrieblichen Katastrophenschutz der Firmen ausgebildet.

### **Der betriebliche Katastrophenschutz**

Nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes (Vwv-Selbstschutz) obliegt es dem Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde auch, den Selbstschutz in Arbeitsstätten zu fördern. Dazu gehört insbesondere die Beratung der Betriebe beim Aufbau einer Betriebskatastrophenschutzorganisation (BKO). In Stuttgart gibt es eine ganze Reihe von Objekten, bei denen ein betrieblicher Katastrophenschutz zwingend erforderlich ist. Dabei geht es sowohl um die Sicherheit des arbeitenden Menschen und um die Sorge, Betriebe und Arbeitsplätze zu erhalten, als auch um eine gewisse Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit, wenn z. B. Objekte bei Zerstörung eine besondere Gefahr für die Umgebung bilden.

Da sind z. B. die Treibstofflager im Hafen, die eine solche Gefahr heraufbeschwören könnten. Der Stuttgarter Hafen ist Endverteiler für Treibstoffe für den gesamten südwestdeutschen Raum. Es gibt hier große Treibstofflager, die von den Raffinerien in Mannheim und Karlsruhe versorgt werden.

Es befinden sich weiterhin große Chemikalienlager in unmittelbarer Nähe des Schienennetzes, aber auch der Wohnbereiche. In Stuttgart gibt es insgesamt 28 Großbetriebe mit je



Die gebräuchlichsten und wichtigsten Ersatzteile sowie das übliche Verschleißmaterial werden in der KatS-Zentralwerkstatt vorgehalten.



Die Betriebsstelle „Im Vogelsang“ ist ein vorläufiger Ersatz für ein Katastrophenschutzzentrum. Unser Bild zeigt den Teil einer großen Wagenhalle, in der Kraftfahrzeuge der Züge des erweiterten Katastrophenschutzes untergebracht sind.

mehr als 1000 Beschäftigten, Betriebe, die wegen ihrer starken Verwebung mit Wohnvierteln eine gewisse Gefahr darstellen. Außer dem Hafen der Stadt wird auch der Flughafen Stuttgart als ein Gefahrenmoment angesehen, insbesondere im Gebiet der Anflugschneisen, wo immer die Möglichkeit von Bruchlandungen besteht. Auch die unterirdische Stadtbahn (Straßenbahn) und die unterirdische S-Bahn mit ihren Verkehrsanlagen sind bei Unwettern und Überschwemmungen erhebliche Gefahrenpunkte, wie sich bereits bei den vergangenen Unwettern zeigte. In dem unterirdischen Bereich am Hauptbahnhof wurden übrigens die Kommunikationsmöglichkeiten aller Dienste mit der Polizei durch den Einbau von sog. BOS-Zentralen verbessert, wodurch vor allem die Rettungsaufgaben erleichtert werden.

Die quer durch die Stadt verlaufenden Bundesstraßen B 10, B 14 und B 27 werden zum Teil in unterirdischen Verkehrsanlagen geführt und bilden dadurch besondere Gefahrenpunkte.

Für den Ölhafen Stuttgart hat das Amt für Zivilschutz auf Kosten der Stadt eine hydraulische Ölsperre bauen lassen. Außerdem wurden für die Feuerwehr eine Schlingelanlage und ein FW-Arbeitsboot zur Bekämpfung von Ölschäden und Ölunfällen beschafft. Diese Maßnahmen sollen verhindern, daß sich ausgelaufenes Öl ausbreitet und die Umgebung der Ölverarbeitungs- und Umschlaganlagen sowie das Hafenbecken gefährdet. Es läßt sich damit ausgelaufenes Öl



In den Lagerhallen der Betriebsstelle werden persönliche Ausrüstungen und nicht verlastetes Gerät aller Fachdienste gelagert.

eingrenzen, binden und abschöpfen. Bei der hydraulischen Ölsperre wurden perforierte Schläuche, die mit Druckluft-Kompressoren verbunden sind, unter Wasser verankert. Die komprimierte Luft, die durch Löcher oder Düsen in Form von Luftblasen nach oben steigt, bildet eine Art Blasenvorhang und bewirkt auf der Wasseroberfläche eine auseinanderstrebende horizontale Strömung, die einen Sperrencharakter aufweist. Für Ölunfälle auf den Straßen steht außerdem ein Tankwagen mit 20 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen bereit.

Auf dem Sektor betrieblicher Katastrophenschutz werden in Stuttgart schon seit 1973 erhebliche Aktivitäten entwickelt. Das Amt für Zivilschutz der Stadtverwaltung, die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, die Landesstelle für Betriebsschutz, mehrere große und namhafte Firmen sowie der Bundesverband für den Selbstschutz arbeiten eng zusammen, um den betrieblichen Katastrophenschutz in Aufbau und Ausbildung zu unterstützen.

Verschiedene Großbrände im mittleren Neckarraum waren Anlaß für das Amt für Zivilschutz, alle Firmen auf die Bedeutung einer betrieblichen Katastrophenschutzorganisation sowie auf die Möglichkeit der Ausbildung von Einsatzkräften hinzuweisen. Außerdem wurde bereits in den Jahren 1974-1975 eine Fragebogenaktion durchgeführt (sie wird jetzt gerade wiederholt), um zu ermitteln, welche Hilfe im Katastrophenfall von den Betrieben geleistet bzw. auf und in welcher Weise weitere Unterstützung angefordert werden kann.

### Die Schutzbausituation

Wie überall in der Bundesrepublik ist auch in Stuttgart der Schutzraumbau immer noch unzureichend. Das betrifft sowohl den privaten als auch den öffentlichen Schutzraumbau. Doch die neuen oder instand gesetzten Schutzräume, die vom Amt für Zivilschutz unterhalten werden, können sich sehen lassen. Da sind die drei Mehrzweckanlagen, in einem Parkhaus bzw. im S-Bahn-Hauptbahnhof und an einer S-Bahn-Haltestelle gelegen. Da sind die beiden Tiefbunker in Feuerbach und Bad Cannstadt, zwei Hochbunker, ebenfalls zentral gelegen, und ein Winkelturm-Bunker in Feuerbach. Darüber hinaus gibt es eine große Reihe noch nicht instand gesetzter Schutzanlagen (Bunker und Stollen). Die Zahl der Schutzplätze in den neuen und instand ge-



Beim Amt für Zivilschutz nimmt die Selbstschutz-Ausbildung der städtischen Bediensteten (unser Bild) in Zusammenarbeit mit der Stuttgarter Dienststelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz, aber auch die Ausbildung im Betriebsselbstschutz einen breiten Raum ein. (Foto: K. Eppler)



Selbstschutz-Ausbildung im betrieblichen Katastrophenschutz. Hier erlernen die Angehörigen der Brandschutztrupps bzw. -staffeln nicht nur das Ablöschen von Bränden, sondern auch den Umgang mit Ausrüstung und Geräten.

setzten Schutzanlagen beträgt insgesamt 15 500. Die Gesamtzahl aller Schutzplätze beträgt 74 240. Im Gegensatz zu vielen anderen Stadtverwaltungen, welche die Bunker und Stollen aus dem letzten Weltkrieg nicht in ihre Verwaltung übernommen haben, hat Stuttgart alle 18 nicht instand gesetzten Tief- und Hochbunker und 14 befestigte Stollen (ehemalige Luftschutzanlagen) in die Verwaltung

übernommen und sich darüber hinaus bereit erklärt, die instand gesetzten und neugeschaffenen Schutzbauten zu übernehmen. Würden die bisher brachliegenden Schutzanlagen hergerichtet, könnten zu den 15 500 fast 60 000 weitere Schutzplätze im Sinne der gesetzlichen Vorschriften geschaffen werden. Bei einem Teil der nicht instand gesetzten Schutzanlagen sind lediglich die Be- und Entlüftungsanla-



Anhand einer technischen Zeichnung erläutert Direktor Maier (2. v. r.) und der stellvertretende Amtsleiter Börner (r.) unserem Redakteur die Raumaufteilung und die technischen Einrichtungen eines Tiefbunkers in Stuttgart Feuerbach. Links im Bild Sachbearbeiter Jakob.



In diesem instand gesetzten Tiefbunker gibt es 1137 Schutzplätze. Er ist komplett mit der für solche Anlagen vorgeschriebenen Technik versehen. Selbst eine Küche zur Herstellung einfacher warmer Mahlzeiten und Getränke aus eingelagerten Vorräten ist vorhanden.

gen defekt, die mit verhältnismäßig geringen Mitteln ersetzt werden könnten.

Zusammen mit den unterirdischen Haltestellen der S-Bahn Stuttgart sind am Hauptbahnhof und in der Stadtmitte zwei Mehrzweckanlagen errichtet worden, die in Friedenszeiten als Tiefgarage und als S-Bahn-Haltestelle, im Verteidigungsfall als Großschutzräume für je 4 500 Personen dienen. In der

Haltestelle Stadtmitte wird der Bahnsteigbereich in der S-Bahn-Ebene als Großschutzraum ausgebaut. Im V-Fall werden auf dem Bahnsteig vierstöckige Sitz-/Liege-Kombinationen aufgestellt und die Gleise mit S-Bahn-Zügen belegt, die weitere Sitzmöglichkeiten bieten. Die erforderlichen Sanitär-, Lager- und Technikräume sind vorhanden. Alle Zugänge zum Schutzraum können mit Schie-

be-Hänge-Toren verschlossen werden. In der S-Bahn-Ebene wird der Schutzraum durch vier Hub-Schwenktore vom übrigen S-Bahn-Tunnel abgetrennt.

Die Mehrzweckanlage im S-Bahn-Hauptbahnhof, in Friedenszeiten eine Tiefgarage für Fernreisende der Deutschen Bundesbahn, hat einen Schutzraum, der im V-Fall aus Sicherheitsgründen durch Tore in zwei gleich große Abschnitte unterteilt wird. Abschlußtore und Schleusen verschließen die Zu- und Ausgänge. Im V-Fall werden hier ebenfalls mehrstöckige Sitz-/Liege-Kombinationen für Schutzsuchende aufgestellt.

### **Der Schutzraumbetriebsdienst**

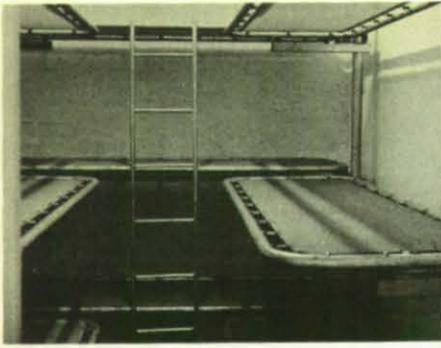
Die technischen Einrichtungen der von der Stadt Stuttgart übernommenen öffentlichen Schutzräume bedürfen einer regelmäßigen und sorgfältigen Wartung. Die Wartung dient der Erhaltung der mit erheblichen finanziellen Aufwendungen geschaffenen Sachwerte und sichert die ständige Funktionsfähigkeit der Anlagen. Die von den zuständigen Ministerien herausgegebenen „Vorläufigen Grundsätze für die Wartung der technischen Anlagen und Einrichtungen in Schutzräumen“ sehen Materialerhaltungsarbeiten vor, die dem Verschleiß eines Versorgungsartikels entgegenwirken.

Im Einvernehmen mit dem Landesinnenministerium wurde in Stuttgart für die öffentlichen Großschutzräume ein Schutzraumbetriebsdienst geschaffen. Auf Kosten der Stadt wurden zwei hauptberufliche Bunkerwarte eingestellt. Der Schutzraumbetriebsdienst setzt sich aus freiwilligen Helfern zusammen. Für den Bereich „Betriebs-technik“ sind z. Z. 26 Helfer verfügbar und für den Bereich „Schutzraum-aufsicht“ 29 Helfer. Die Helfer des Schutzraumbetriebsdienstes erhalten eine besondere Ausbildung je nach Verwendungszweck in den Bereichen Betriebstechnik oder Schutzraum-aufsicht.

Die Grundausbildung beträgt 95 und die Vollausbildung 130 Stunden.

Bei der Ausbildung im technischen Betriebsdienst werden die Helfer in die Gesamttechnik der Schutzanlagen eingewiesen und erhalten eine Einzelausbildung bis zur Bedienungssicherheit an

- den elektrischen Energieversorgungseinrichtungen und Netzersatzanlagen,
- den Be- und Entlüftungsanlagen (einschließlich ABC-Filter),



Blick in eine der Schlafkabinen mit neuen Liegen.



Zwei hauptberufliche Bunkerwarte und ein Schutzraumbetriebsdienst aus ehrenamtlichen Helfern sorgen für die regelmäßige Überprüfung und Wartung der Betriebstechnik in den Schutzbauwerken.

- der Trink- und Brauchwasserversorgung,
- den Entsorgungsanlagen,
- den Schleusenanlagen,
- den Dekontaminierungseinrichtungen.

Die Helfer im Bereich Schutzraumaufsicht erhalten eine Ausbildung bzw. Einweisung

- im Ordnungsdienst
- im Umgang mit Unterkunftseinrichtungen,
- im Fertigmachen der Küchen und Herstellen einfacher warmer Mahlzeiten und Getränke aus eingelagerten Vorräten,
- in der Behandlung von Verletzten.

Die Helfer nehmen an einer Sonderausbildung im Rahmen des Fachlehrgangs Sanitätsdienst teil sowie an der Durchführung einer Schutzraumbelegungsübung, bei der eine größere Zahl Helfer anderer Fachdienste die Schutzsuchenden darstellen.

### Planungen für den Verteidigungsfall

Der Katastropheneinsatzplan dient, wie bereits erwähnt, der allgemeinen Gefahrenabwehr und der Bekämpfung friedensmäßiger Katastrophen. Wie steht es nun um die Planungen und



Dieser Winkelturmbunker, ein Relikt aus dem Zweiten Weltkrieg, gehört auch zu den wieder instand gesetzten Schutzanlagen. Kapazität: 200 Schutzplätze.

Vorbereitungen für einen Krisen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall? Hierzu sagte uns der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Direktor Maier, der auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe Zivilschutz in der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung ist:

a) die *Zivilschutzortsbeschreibung* ist nach dem Stand vom 1. 4. 1978 fortgeschrieben worden. Sie enthält im erforderlichen Umfang bereits eine Auswertung und gilt in Fachkreisen als vorbildlich.

In der Ortsbeschreibung sind neben den überörtlichen Zusammenhängen alle für die Stadt Stuttgart wichtigen örtlichen Gegebenheiten erfaßt worden. Die Beschreibung wird durch ein umfangreiches Kartenwerk ergänzt.

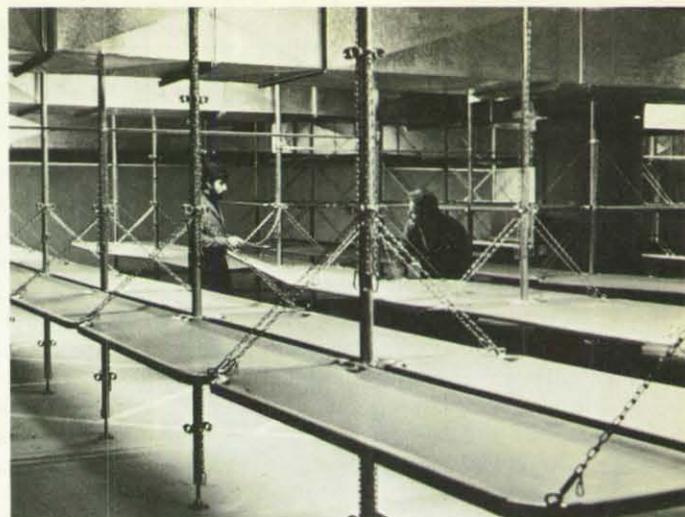
b) Es ist davon auszugehen, daß die Stadtverwaltung auch in einem Krisen- oder Spannungsfall ihre Aufgaben im Rahmen des Möglichen an ihrem jetzigen Sitz wahrnimmt. Jedoch muß die Organisation der Stadtverwaltung im V-Fall auf die sich ergebenden besonderen Erfordernisse umgestellt werden. Für diesen Fall wurde ein besonderer Verwaltungsgliederungsplan erarbeitet. Aufbauend auf diesem Plan werden entsprechende Personal- und Raumplanungen vorgesehen und durchgeführt. Der ZAP-Alarmkalender

mit den Nebenkalendarern sind im wesentlichen erstellt.

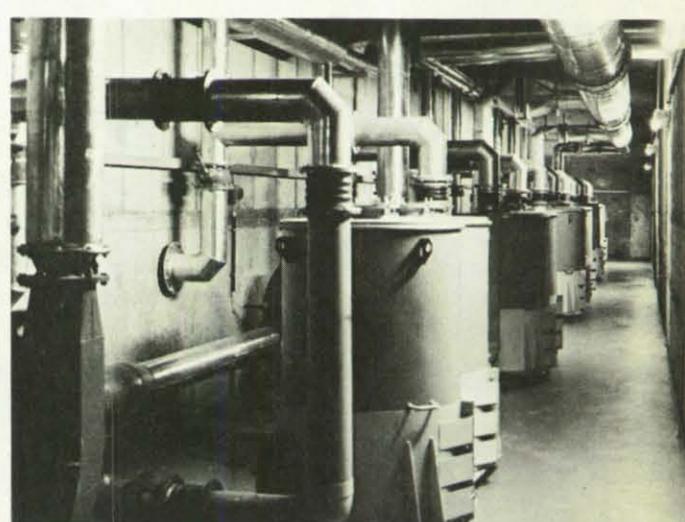
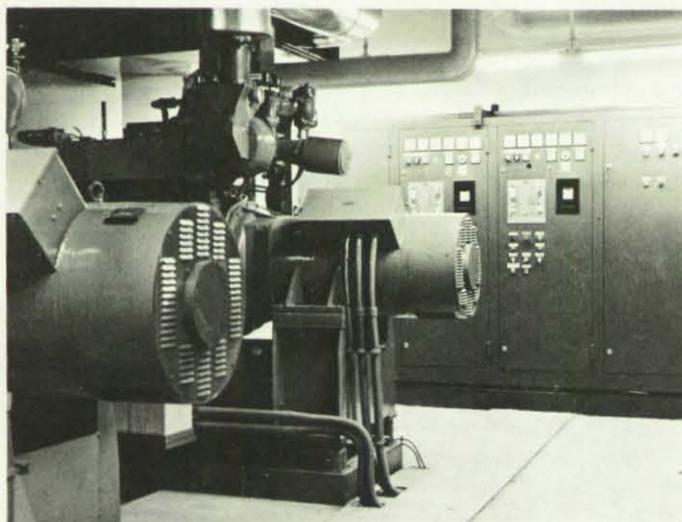
c) Der in einem Krisen-, Spannungs- oder V-Fall unter der Leitung des Oberbürgermeisters zusammentretende Zivilverteidigungsstab soll im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses untergebracht werden. Die Ausstattung und die technischen Einrichtungen sind hier bereits für den friedensmäßigen Katastrophenstab vorhanden. Als Provisorium, falls der Kleine Sitzungssaal ausfallen sollte, steht eine ausgebaute Befehlsstelle im Untergeschoß des Rathauses zur Verfügung. Auch die in Bunkern untergebrachten Abschnittsführungsstellen können dann benutzt werden. Auch hinsichtlich des Lage- und Meldezentrams, das Bestandteil des Zivilverteidigungsstabs ist, sind zur Zeit organisatorische und personelle Überlegungen im Gange.

d) Zur Sicherstellung der personellen Besetzung wurden die Führungskräfte der Katastropheneinsatzleitung und der Katastrophenschutzdienste, des Zivilverteidigungsstabs sowie des Ernährungsamts beim Kreiswehersatzamt UK-gestellt. Diese UK-Stellungen werden jährlich überprüft und auf den neuesten Stand gebracht.

Diese Führungskräfte werden auch seit Jahren im Rahmen der dienstlichen Abkömmlichkeit zu einschlägi-



Diese Mehrzweckanlage im S-Bahn-Hauptbahnhof dient in Friedenszeiten als Tiefgarage für Fernreisende der Deutschen Bundesbahn. Im Ernstfall finden hier 4500 Menschen Schutz. – Rechts: Die Mehrzweckanlage befindet sich im Endausbau. Hier werden probenhalber einmal die Liegen aufgestellt, die im Ernstfall als Schlafstätten dienen würden.



Gewaltige Aggregate sind notwendig, um die Lüftung in der ausgedehnten Mehrzweckhalle, entsprechend den geforderten erträglichen raumklimatischen Bedingungen, auch bei Daueraufenthalt zu gewährleisten. – Rechts: Blick in den Filterraum, in dem die Raumfilter ihren Platz haben. Wenn sie eingeschaltet werden, muß die von außen angesaugte Luft erst das Schwebstofffilter, anschließend das Gasfilter durchströmen.

gen Lehrgängen der Katastrophenschutzschule des Landes, der Akademie für zivile Verteidigung, des Bundesamtes für Zivilschutz und des Ernährungsministeriums Baden-Württemberg entsandt.

e) Um eine schnelle Durchführung von Alarmierungen im Bereich der Zivilverteidigung (ZAP) zu gewährleisten, wurden zwei automatische Telefonanrufer beschafft und ein sogenannter kein-Eintrag-Anschluß (der Anschluß wird im Telefonbuch nicht genannt) eingerichtet. Auch wurde über das Regierungspräsidium Stuttgart bei der Oberpostdirektion Stuttgart die Aufrechterhaltung von privaten Fernsprechan schlüssen der Führungskräfte (bei allgemeinen Abschaltungen im Katastrophen- oder Alarmfall) beantragt.

Des weiteren wurde für die Privat-Pkw der Führungskräfte bei der jeweiligen

Zulassungsstelle veranlaßt, daß diese Fahrzeuge von einer eventuellen Beordnung für die Bundeswehr freigestellt sind.

f) Die aufgrund des *Ernährungssicherstellungsgesetzes* und des *Wirtschaftssicherstellungsgesetzes* neu zu schaffenden Ämter Ernährungsamt und Wirtschaftsamt sind in diesem Verwaltungsgliederungsplan bereits vorgesehen. Der organisatorische Aufbau des E-Amtes wird durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt Baden-Württemberg vorgeschrieben. Die Planung der Unterbringung des Ernährungsamtes samt der vorgesehenen Außenstellen sowie der Kartenerstausgabe ist weitgehend abgeschlossen. Der Amtsleiter des Ernährungsamtes, die Abteilungsleiter sowie deren Stellvertreter wurden namentlich festgelegt. Sie werden in Lehrgängen des Ernäh-

rungsministeriums geschult und an den weiteren Planungen, wie der Lebensmittelkartenerstausgabe, als Mitglieder einer Arbeitsgruppe beteiligt. Die Planungen für ein *Wirtschaftsamt* und der damit zusammenhängenden Aufgaben laufen erst an. Der Amtsleiter und sein Stellvertreter sind ausgewählt. Die Ausgabe der Versorgungskarten wurde im Rahmen der Planungen für die Lebensmittelkartenausgabe bearbeitet.

g) Im Rahmen des *Wassersicherstellungsgesetzes* wurden mit Mitteln des Bundes in den Jahren 1969 bis 1978 von den Technischen Werken der Stadt Stuttgart AG unter Mitwirkung des Amtes für Zivilschutz 31 Einzelbrunnen zur Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung erbaut. Weitere Brunnen sind in Planung.

Zur Sicherstellung der Löschwasser-

vier unterirdische Löschwasserbehälter, acht ehemalige Trinkwasserbehälter der TWS sowie 13 Löschwasserentnahmestellen am Neckar instand gesetzt.

h) Auch bei den Aufgaben nach den Richtlinien zur Durchführung der Art. 18 bis 20 des IV. Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten wirkt das Amt mit. Hierbei dreht es sich vor allem um den Schutz der Zivilkrankenhäuser, die erforderliche staatliche Anerkennung, die Ermächtigung zur Anbringung des Schutzzeichens und den Schutz des Personals der Zivilkrankenhäuser. Die städtischen Krankenhausleitungen werden demnächst über die vorgesehenen und notwendigen Maßnahmen in einem Krisen- oder Spannungsfall informiert. Auch die nichtstädtischen Krankenhäuser sollen unterrichtet werden, mit der Empfehlung, entsprechend zu verfahren. Daneben wird die Einrichtung eines Zentralen Krankenbettennachweises für einen solchen Fall vorbereitet.

i) Für eventuelle Evakuierungen wurde eine Sammeldurchgangsunterkunft festgelegt. Außerdem wurden weitere Sofortaufnahmekapazitäten (Turnhallen, Saalbauten) als Durchgangs-Notunterkünfte ermittelt.

## Guter Aufbauzustand

Sowohl die Vorsorgemaßnahmen des Katastrophenschutzes als auch des Zivilschutzes sind in Stuttgart bei allen Zuständigen offensichtlich in guten Händen. Den Aufbauzustand kann man als gut bezeichnen, obwohl wir in Gesprächen mit Verantwortlichen immer wieder ein Bedauern heraushörten, daß nach ihrer Meinung der Bund und die Länder, aber auch die breite Öffentlichkeit den mit viel Idealismus durchgeführten Vorsorgemaßnahmen nicht den Stellenwert einräumen, den sie verdienen. Klage wird auch geführt über die häufigen Konzeptionsänderungen des Bundes, der einmal Prioritäten setzt, dann diese der Rezession zum Opfer fallen läßt, der den Schutzraumbau einmal groß propagiert und dann plötzlich wieder ganz klein schreibt.

In Stuttgart weiß man, daß Katastrophen gewöhnlich aus heiterem Himmel hereinbrechen, daß sie nicht zu verhindern, aber in ihrem Ausmaß zu mildern sind.

Hier weiß man auch, daß es zwischen der zivilen und militärischen Verteidigung unseres Staates eine enge Ver-

flechtung geben muß, daß Vorsorgemaßnahmen vieler Art und der Selbstschutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall die entscheidenden Voraussetzungen für das Überleben vieler Menschen sind.

Bei der geringen Raumtiefe der Bundesrepublik sowie bei der Vielfalt und dem Ausmaß neuerzeitlicher Kampfmittel können nur rechtzeitig vorbereitete Maßnahmen des Staates, der Länder und der Gemeinden sowie vorbereitete Selbstschutzmaßnahmen der Bevölkerung – im Zusammenhang mit einem baulichen Schutzprogramm – Verluste mildern und Schäden begrenzen.

Bundesregierung und die Bevölkerung unseres Staates betrachten den Frieden als das höchste Gut. Es ist Sache der Politiker, den Frieden weniger verletzlich zu machen. Dem dient u. a. die Politik des westlichen Bündnisses.

Die Partner dieses Bündnisses haben gemäß NATO-Vertrag sowohl ihr militärisches als auch ihr ziviles Verteidigungspotential im Frieden aufzubauen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Wie dies geschehen kann, hat das ZS-MAGAZIN in Stuttgart gesehen. Daß noch viel zu tun bleibt, schmälert nicht das bisher Geleistete.



In diesem Hochbunker würden nach seiner Nutzbarmachung 2200 Menschen Schutz finden. Er wird z. Z. teilweise als Beobachtungsstelle der BAMSt genutzt.

## Schüler lernten den Selbstschutz kennen

**List/Westerland.** Einer Einladung der Jugendfeuerwehr zu einem Vortragsabend über Maßnahmen des Selbst- und Katastrophenschutzes folgten in List auf der Insel Sylt – selbst an einem Sonntagabend – viele Jugendliche und deren Eltern. Das Interesse, das der Leiter der Husumer BVS-Dienststelle, Hans Green, feststellen konnte, war groß: Die Jungmänner der Freiwilligen Feuerwehr vereinbarten für die Zeit nach den Herbstferien einen Selbstschutz-Grundlehrgang.

Selbstschutz-Grundlehrgänge finden auch in Westerland statt. Dort wendet sich der BVS regelmäßig an die Abgangsklassen der Hauptschulen. Dienststellenleiter Green dankte anlässlich des Vortrages in List allen Jugendlichen für ihr reges Interesse an Fragen des Selbstschutzes und forderte gleichzeitig dazu auf, sich dem humanitären Dienst in den Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Husum.** Im Anschluß an die Feier zum 25jährigen Bestehen des BVS hat der Landrat des Kreises Nordfriesland, Petersen, an die Bürgermeister der Städte und amtsfreien Gemeinden sowie an die Amtsvorsteher im Kreis geschrieben. Zur Auswertung und zur Kenntnisnahme schickte das Landratsamt auf vielfach geäußerten Wunsch eine Rede des Kreisamtmannes Petersen, gehalten vor Gästen der BVS-Jubiläumsveranstaltung, sowie eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen zum Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein mit. Petersen faßte in dieser Rede die Grundlagen und die Verantwortlichkeit für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes sowie die Organisation des Selbstschutzes zusammen.

Helmut **Koch-Vollstedt** nimmt seit dem 1. Juni in der Dienststelle Pinneberg die Aufgaben des BVS-Dienststellenleiters wahr. Der bisher zusätzlich mit dieser Aufgabe betraute Gustav von

Gruenewaldt wird damit in seiner Tätigkeit entlastet.

Michael **Krüger** wurde bereits ab 1. März bis auf weiteres mit der vorübergehenden Wahrnehmung der Aufgaben des Leiters der BVS-Dienststelle Celle/Niedersachsen beauftragt.

Mit den Aufgaben des Fachbearbeiters II 2 (Ausbildung) in der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein wurde mit Wirkung vom 1. April Reinhold **Brunke** beauftragt.

Ebenfalls ab 1. April dieses Jahres nimmt Peter **Holtorf** die Aufgaben des BVS-Redners bei der „Fahrbaren Zivilschutzausstellung“ wahr.

Karl-Heinz **Bregas** arbeitet seit dem 15. Juni als Kraftfahrer bei der BVS-Landesstelle.

Heinz **Herberger** wurde zum 1. Juni als Verwaltungsarbeiter eingestellt.

Claus-Heinrich **von Rolbicki** nimmt seit 1. April die Aufgaben des ausgeschiedenen Reinhard Penner als Geräteverwalter und BVS-Lehrer in der Flensburger BVS-Dienststelle wahr.

**Amt Schafflund.** In einer öffentlichen Amtsausschußsitzung wurde am 12. Juli dem Amtsvorsteher des Amtes Schafflund im Landkreis Schleswig-Flensburg, Thomas Christiansen, die Ehrennadel des BVS verliehen. Wie BVS-Landesstellenleiter Beiter in seiner Ansprache vor zahlreichen Ehrengästen – unter ihnen der Kreispräsident – hervorhob, habe sich Christiansen in seiner Amtszeit im Bereich der BVS-Dienststelle Flensburg in hervorragender Weise für die Belange des Selbstschutzes eingesetzt. Eine Vielzahl von Öffentlichkeits- und Aufklärungsveranstaltungen in den zurückliegenden Jahren habe er durch sein persönliches Engagement ermöglicht.

Aufgrund schwerer Krankheit muß Horst **Schlosser**, Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Neumünster, vorzeitig ausscheiden. Wir wünschen ihm das aller-

beste für seinen zukünftigen Lebensweg.

Kurt **Tomfohrde**, Mitarbeiter im Fachgebiet Ausbildung der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, feierte sein 25jähriges Dienstjubiläum. Tomfohrde trat 1962 in die Dienste des BVS. Er war zunächst mit der Betreuung des Filmwagens der Landesstelle beauftragt. 1964 wurde er zur Ortsstelle Kiel versetzt. Seit 1968 ist er Mitarbeiter im Fachgebiet Ausbildung der Landesstelle und führt die Ausbildungs- und Lehrgerätekarteen und Gerätschaften.

## „Spiel ohne Grenzen“ mit dem BVS

**Flensburg.** Mit einer Ausstellung und verschiedenen Wettkämpfen – wie bei der bekannten Fernsehsendung „Spiel ohne Grenzen“ – beteiligte sich der BVS an den „Tagen der Begegnung“ anlässlich des Eggebeker Dorffestes. Zusammen mit der Landjugend Langstedt wurden drei Spiele vorbereitet, die auf vier 30-Meter-Bahnen auf dem Sportplatz von Eggebek gleichzeitig gestartet wurden. Acht Mannschaften, mit jeweils acht Wettkämpfern, von denen zwei Frauen sein mußten, beteiligten sich.



„Spiel ohne Grenzen“ beim Eggebeker Dorffest: Ablöschen der brennenden Puppe.

Im Spiel 1, einer Einsatzübung mit der Einstellspritze, starteten je Durchgang zwei Spieler, die mit ihren Gerätschaften über ein Hindernis zunächst bis zu einer Haltelinie gelangen mußten. Dort wurde die Spritze in den Eimer gestellt und betätigt. Dabei waren drei Flaschen in vier Metern Entfernung auf einem Brett zu treffen und „umzuspritzen“. War das Wasser zur Neige gegangen oder alle Flaschen gefallen, ging es zurück zum Start, um die nächsten beiden Spieler begannen den Lauf gegen die Zeit.

Im Spiel 2 mußte ein Verletzter auf der Krankentrage in möglichst kurzer Zeit über eine Laufstrecke mit einem Hindernis transportiert werden. Das Ablöschen einer brennenden Puppe war schließlich im dritten Spiel zu demonstrieren: über ein Hindernis zur brennenden Übungspuppe, ablöschen mit der mitgeführten Löschdecke, zurück zur Haltelinie und die Decke wieder ordnungsgemäß zusammenfallen. Das „Spiel ohne Grenzen“ gehörte zu den Höhepunkten des zweitägigen Volksfestes.

### „Der Mensch im Mittelpunkt“

**Kropp.** Im Beisein des stv. Kommandore, Fregattenkapitän Kröger, und

zahlreicher Ehrengäste und Soldaten des Marinefliegergeschwaders I eröffnete der Leiter der BVS-Dienststelle Schleswig, Kock, die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in den Räumen des Wirtschaftsgebäudes des Geschwaders.

Kock betonte, die Ausstellung solle dazu beitragen, die Zusammenhänge zwischen ziviler und militärischer Verteidigung zu verdeutlichen.

### „Projekt Zivilschutz“ im Hans-Geiger-Gymnasium

**Kiel.** Zum Schuljahresende 77/78 nahmen Schüler der Oberstufe des Kieler Hans-Geiger-Gymnasiums an drei Tagen an einem „Projekt Zivilschutz“

teil, das der BVS zusammen mit einem Lehrer der Schule veranstaltete. Nach einer Information über die Zivilverteidigung, die der Leiter der BVS-Dienststelle Kiel, Busch, gab, wurden den Schülern am zweiten Tag auf dem Übungsgelände des BVS praktische Selbstschutz-Kenntnisse vermittelt.

Am dritten Tag unterrichtete Busch die Schüler über vorbeugende Brandschutzmaßnahmen in Gebäuden. Daran anschließend suchten die Schüler in drei Gruppen in ihrem Gymnasium die Standorte von Feuerlöschern, Löschdecken und Feuerschutzeinrichtungen auf, ermittelten Fluchtwege und Notausgänge und befragten den Sicherheitsbeauftragten der Schule nach Brandverhütungsvorschriften und anderen Sicherheitsmaßnahmen.

## HAMBURG



### Sicherheitsfahrt per Fahrrad in Harburg

Können Schüler das, was sie in einem Selbstschutz-Grundlehrgang gelernt haben, auch praktisch anwenden? Die Antwort auf diese Frage sollte die Sicherheitsfahrt geben, die von der BVS-Dienststelle Hamburg-Harburg am 6. Mai für Schülerinnen und Schüler der oberen Klassen der Harburger Schulen veranstaltet wurde. Senator Günter Apel, Präses der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, hatte sich als Schirmherr zur Verfügung gestellt.

Zwar waren es nur 20 Teilnehmer, die morgens starteten, doch konnten sie mit guten Leistungen überzeugen. An den verschiedenen Stationen bewiesen sie unter anderem, daß sie über die Erstversorgung Verletzter, den Transport von Unfallopfern und das fachgerechte Ablöschen von Personen und Gegenständen gut orientiert sind.

Nicht nur die Ergebnisse, auch die Preise konnten sich sehen lassen: Eine Fahrt mit dem Zerstörer „Hamburg“ von Hamburg nach Wilhelmshaven für sich und alle seine Klassenkameraden gewann Peter Krüger vom Gymnasium Sinstorf als Träger des ersten Preises. Zweiter Platz: Thomas Rippe, Gymnasium Sinstorf, mit seiner ganzen Klasse (Flug mit einem Großraumhubschrauber der Bundeswehr nach Cuxhaven und zurück); dritter Platz: Martin Draten, Volks- und Realschule



Senator G. Apel überreicht die Siegerurkunden der Sicherheitsfahrt in Harburg.



Das war der zweite Preis: Die Klasse 10a des Gymnasiums Sinstorf flog mit dem Großraumhubschrauber nach Cuxhaven.

Hanhoopsfeld (Fahrt mit der Senatsbarke durch den Hamburger Hafen); vierter bis sechster Platz Sabine Wyczik, Humboldt-Gymnasium, Stefan Busch Hanhoopsfeld und Karen Pfeiffer, Humboldt-Gymnasium, die je einen Freiflug über Norddeutschland mit einer Sportmaschine gewannen.

Außerdem wurden den Siegern der ersten drei Plätze die Preise der Bundeshauptstelle überreicht.

Die Sonderpreise waren übrigens von Bundestagsabgeordneten Carl Damm (CDU) und dem SPD-Distriktvorsitzenden Buschmann vermittelt worden.

### BVS zeigte Ablöschen brennender Personen

Es gehört schon zur Tradition, daß sich die Hilfsorganisationen des Bezirks Bergedorf bei der Lohbrügger Fete, einem Stadtteiffest der Lohbrügger Fachgeschäfte, präsentieren. Nach voriger Absprache untereinander zeigen Helfer ihr Können und ihr Gerät: Nichts soll doppelt gezeigt werden.

So hatten die Feuerwehrmänner der Lohbrügger Freiwilligen Feuerwehr ihre Fahrzeuge aufgefahren, am Stand der DLRG demonstrierten die Rettungsschwimmer die Wiederbelebung durch Mund-zu-Mund- oder Mund-zu-Nase-Beatmung.

Der BVS zeigte das Ablöschen brennender Personen:

Zahlreiche Besucher der Lohbrügger Fete probierten es unter Anleitung von BVS-Lehrer Peter Wiese einmal selbst aus; außerdem ließen sie sich am BVS-Stand über Selbstschutz und Zivilverteidigung informieren.

## Arbeitssicherheitstage informierten über betrieblichen Katastrophenschutz

Um das Sicherheitsbewußtsein zu stärken, lud der Arbeitskreis für Arbeitssicherheit in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeaufsichtsamt Bremerhaven, den gewerblichen Berufsgenossenschaften, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, dem ADAC, dem TÜV, der Deutschen Verkehrswacht und dem BVS zu einer umfangreichen Ausstellung in der Stadthalle ein.

An der Ausstellung beteiligten sich die genannten Organisationen, um über Möglichkeiten der Arbeitssicherheit zu informieren. Der BVS erläuterte auf Schautafeln, mit welchen Ausbildungsprogrammen er die gewerblichen Unternehmen bei der Einrichtung des empfohlenen „Betrieblichen Katastrophenschutzes“ unterstützt. An einem elektronischen Fragenbeantworter konnten die Ausstellungsbesucher ihr Wissen auf dem Gebiet des Betriebselbstschutzes prüfen.

In der Eröffnungsrede erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hermann Buschfort, die Ziele der Bundesregierung in bezug auf mehr Schutz und Sicherheit am Ar-

beitsplatz: „Die Erfolge auf dem Gebiet der Humanisierung der Arbeitswelt sind kein Anlaß, die Hände in den Schoß zu legen. Noch immer haben wir zwei Millionen Arbeitsunfälle im Jahr, und das sind zwei Millionen zuviel. Während in den 60er Jahren noch jährlich rund 2,5 Millionen Unfälle registriert wurden, konnte diese Zahl seit 1970 um 25 %, bei den schweren und tödlichen Unfällen sogar um 30 %, reduziert werden.“

## Schulabgänger üben Brandbekämpfung

Schulabgänger aller sechs Klassen des Schulzentrums Helsinkistraße wurden über „vorbeugende und abwehrende Brandschutzmaßnahmen“ informiert. Die Veranstaltungen wurden auf Initiative der Schulleitung in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Bremen durchgeführt.

Nach Vortrag und Filmvorführung über Brandgefahren, Grundsätze der Brandbekämpfung, Erklärung und Handhabung von Kleinlöschgeräten übten die Jugendlichen im Freigelände praktische Brandbekämpfung. Großes Interesse fand das Ablöschen brennender Kleidung mit der Löschdecke, demonstriert an einer Übungspuppe.

## CDU-Politiker unterrichtet

Auf Einladung des Ausschusses „Justiz und Verwaltung“ der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft sprach BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer über Aufgaben, Gliederung und Auftragserfüllung des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Die Abgeordneten und Deputierten erhielten Informationen, welche organisatorischen und materiellen Vorarbeiten die Gemeinde zu leisten hat und wie die Zusammenarbeit, bezogen auf Bremen, mit dem Senator für Inneres und dem BVS durchgeführt wird.

## BVS und Freiwillige Feuerwehren

Um den Wehrmännern aller 21 Freiwilligen Feuerwehren in Bremen Informationen über Maßnahmen des Zivilschutzes, des Selbstschutzes und des Katastrophenschutzes, besonders bezogen auf die Stadtgemeinde Bremen, zu vermitteln, führt die BVS-Dienststelle Bremen zusätzlich Aufklärungsveranstaltungen durch.

Die erste Veranstaltung dieser Reihe wurde bei der Freiwilligen Feuerwehr Bremen-Osterholz erfolgreich abgeschlossen.

## „Tag der offenen Tür“ in Hannover

Unter dem Motto „Der Mensch im Mittelpunkt“ stellte sich der BVS am 25. und 26. Juli im Ausbildungszentrum in der Hans-Böckler-Allee der Bevölkerung vor.

Als Blickfang lockte der Bus der FZA die Hannoveraner von der Straße auf das Ausstellungsgelände. Die BVS-Helfer informierten im Rundzelt und an einer farbig gestalteten Litfaßsäule über Gefahren, die der Bevölkerung im täglichen Leben drohen.

Im Freigelände wurde den Besuchern die Handhabung der einzelnen Rettungsgeräte vorgeführt. Hier waren die meist jugendlichen Zuschauer besonders am Ablöschen des „Jakob“

und an der Bedienung der Einstellspritze interessiert. Nach den praktischen Vorführungen wurde als Abschluß der Film „Das Schutzbündnis“ gezeigt. Die nachfolgenden Diskussionen ließen erkennen, daß in der Bevölkerung ein reges Interesse am Selbstschutz besteht. So entschlossen sich dann auch einige Besucher, an einem am gleichen Abend durchgeführten Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen.

## Start in den Urlaub – mit dem BVS

Rechtzeitig zu Beginn der Ferienzeit startete die BVS-Dienststelle Hannover mit dem „Hannoverschen Wochenblatt“ eine gemeinsame Aktion unter dem

Motto „Auch Ausbildung im Selbstschutz ist Urlaubsvorsorge“.

An drei aufeinander folgenden Abenden sollte ein Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt werden. Die Resonanz bei der Bevölkerung war groß: 85 Damen und Herren kamen, um sich ausbilden zu lassen.

Älteste Teilnehmerin war eine Frau von 71 Jahren, jüngster Teilnehmer ein Schüler von 14 Jahren.

Das Ergebnis dieser Aktion zeigt deutlich, daß die Mitbürger auch in einer Großstadt wie Hannover bereit sind, sich ausbilden zu lassen, um auch im Urlaub sich und anderen Menschen helfen zu können.

„Erst Selbstschutz – dann Urlaub!“  
Unter dieser Überschrift wurde auch

in der „Celleschen Zeitung“ ein Artikel veröffentlicht. So sollte in die Urlaubsvorbereitung die Selbstschutz-Ausbildung einbezogen werden. Bereits am Tage nach Erscheinen des Artikels gingen als Ergebnis 36 telefonische Teilnehmermeldungen ein.

Es bestätigt sich die Erfahrung von BVS-Dienststellenleiter Krüger, daß Presseartikel, wenn sie Interesse wecken und Erfolg haben sollen, eine gewisse Aktualität haben müssen. Sie bieten dann neben der Werbung für Ausbildung auch die Möglichkeit, der Bevölkerung die Belange des Selbst-, Katastrophen- und Zivilschutzes nahezubringen und sind dadurch ein wirksamer Teil der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen des gesetzlichen Auftrages vom BVS zu erfüllen ist.

### **Erfolg bei Messen und Ausstellungen**

Es ist gar nicht so einfach, aus der Vielzahl von Ausstellern bei Messen ausgerechnet mit dem Thema „Zivilschutz“ besonders herauszuragen.

Besucher lassen sich nur schwer ansprechen, denn irgendwie hat jeder Angst, etwas kaufen zu müssen. Der Information von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – sogenannten Multiplikatoren – sollte bei der Werbung zum Besuch gerade des BVS-Standes deshalb besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der BVS-Dienststelle Braunschweig gelang dies recht gut. So konnten ständig namhafte Persönlichkeiten am BVS-Stand „Schutzraumbau“ (bei der Ausstellung „Harz und Heide“) begrüßt und informiert werden.

Ein Anschreiben mit dem Hinweis auf die Ausstellungsbeteiligung sowie der geäußerten Erwartung eines Besuchs war Grund dieses Erfolges – und natürlich die Bereitschaft zu kommen. So konnten begrüßt werden Regierungspräsident Passow, Stadtdirektor Dr. Lamberg, Oberbürgermeister Glogowski, die Mitglieder des Bundestages Dr. Jahn und Kühbacher u. a.

### **„Ratespiel für Kluge“**

Die neuntägige „Niedersachsenschau“ wurde wie vor zwei Jahren wieder von über 100 000 Besuchern aufgesucht. Auch dieses Mal war die BVS-Dienststelle Hildesheim mit einem Stand auf einer 80 qm großen Ausstellungs-

fläche im Repräsentationszelt vertreten. Tägliche Verlosungen – 35 mit insgesamt 208 Preisen – sorgten für regen Zuspruch. Bis zu 370 Zuhörer weilten für jeweils 15 bis 20 Minuten an dem Stand, um Kurzinformationen über Selbstschutz und Zivilschutz zu hören, bevor die Gewinner aus den eingegangenen Lösungszetteln ermittelt wurden. Insgesamt nahmen an der schriftlichen Beantwortung von Selbstschutzfragen („Ratespiel für Kluge“) und damit an der Verlosung 5963 Personen teil. Hinzu kamen ca. 13 000 Besucher, die sich am BVS-Stand informierten.

Als prominente Gäste sind Staatsminister Wischnewski, Bundesratsminister Hasselmann, die Bundestagsabgeordnete Rappe und de Terra, Landtagsabgeordneter Teyssen, Vertreter des Kreistages sowie der Kreis- und Stadtverwaltung zu nennen. Der frühere und der jetzt amtierende Oberbürgermeister waren Besucher des Standes und Teilnehmer an der Verlosung.

### **Informationstagung „Gesamtverteidigung“ für Hauptverwaltungsbeamte**

Der BVS, die Kreisvolkshochschule in Osnabrück, die Bundeswehr und der Regierungsbezirk Weser-Ems boten Hauptverwaltungsbeamten eine Tagung besonderer Art an. Neben den bei Zivilschutz-Informationstagungen üblichen Themen wurde diese Veranstaltung durch Referate zu Themen der militärischen Verteidigung ergänzt, auch ein Politiker kam zu Wort. Man ging auseinander in dem Bewußtsein, zukünftig als Verantwortlicher mehr als bisher tun zu müssen. Dazu trugen besonders die Referate „Der Niedersächsische Beitrag zum Verteidigungskonzept der NATO“, „Kann die NATO ihren Auftrag in Mitteleuropa erfüllen“ und „Die Gesamtverteidigung aus der Sicht einer Politikerin“ bei.

### **Niedersachsen kurz und bündig**

**Neuenhaus.** Samtgemeindedirektor Lefers wies vor zahlreichen Gästen auf die Bedeutung des Zivilschutzes hin und machte deutlich, daß Selbstschutz die Überlebenschance in jeder Gefahrensituation erhöht.

**Cuxhaven.** Ein Ratespiel mit vielen interessanten Preisen belebte die Aus-

stellung „Mensch im Mittelpunkt“ und zog viele Interessenten an. BVS-Dienststellenleiter Eversmann gewann Cuxhavener Geschäftsleute für den Selbstschutz-Gedanken, so wurden viele Preise gestiftet. Der erste Preis, ein 14-Tage-Notvorrat, war die besondere Attraktion. Gewinner war, wie konnte es anders sein, eine Frau, die alle Fragen zum Thema Selbstschutz richtig beantwortet und auch noch ein wenig Glück hatte.

### **Wollen Sie in der Redaktion ausgelacht werden?**

Die Kontakte der BVS-Dienststellen zur Presse sind überwiegend gut, aber: Es reicht nicht mehr aus, die Redaktionen um Veröffentlichung beigefügter Artikel:

„Der BVS führt am . . . um . . . eine Grundausbildung durch. Geschult wird in Lebensrettenden Sofortmaßnahmen usw.“ zu bitten. Aktuelle „Aufhänger“ sind notwendig, soll in der Zeitung geschrieben werden.

„Interessant, aktuell, mitreißend muß eine Zeitung sein“, sagt der Journalist. So festgestellt bei bisher drei Arbeitseminaren „Pressearbeit“ an der BVS-Schule Voldagsen.

Kein geringerer als der Chefredakteur der „Deister-Weser-Zeitung“, Heinz-Friedrich Müller, gab Tips.

Erkannt ist: Lebhaftige, klare, aktuelle Beiträge werden gedruckt, und, was noch viel wichtiger ist, sie werden gelesen! Erfolgreich getestet haben es inzwischen die BVS-Dienststellen Celle und Hannover.

Das unerwartet große Interesse hat alle Beteiligten überrascht.

### **Nachruf**

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 7. August der ehrenamtliche Helfer der BVS-Dienststelle Göttingen

**Ferdinand Bente**

im Alter von 65 Jahren.

Er hat dem Verband in vorbildlicher Weise viele Jahre zur Verfügung gestanden und als BVS-Lehrer daran mitgewirkt, den Selbstschutz-Gedanken in der Bevölkerung zu verbreiten.

Wir danken ihm für seine Treue und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Dank aus Lehrerkreisen

**Köln.** Die von der BVS-Dienststelle Köln veranstalteten Grundlehrgänge an den Schulen haben jetzt aus beruflichem Mund Anerkennung gefunden. Konrektor Dietmar Wilczek von der Städtischen Hauptschule am Kolkrahenweg schreibt: „Diese Arbeit hat sowohl bei den ausgebildeten Schülern als auch bei den anwesenden Lehrern eine positive Resonanz gefunden. Ich darf Ihnen – auch im Namen der übrigen Kollegen und der Schulleitung – für den engagierten Einsatz Ihrer Mitarbeiter bei der schüleradäquaten, methodisch abwechslungsreich und lebendig gehaltenen Durchführung der Se-Grundlehrgänge herzlich danken.“

Durch Wechsel der Unterrichtsformen und gezielten Medieneinsatz sowie durch sozial-integrativen Unterrichtsstil ist es den ehrenamtlichen BVS-Mitarbeitern gelungen, einen effektiven Lehrgangsverlauf zu erreichen und den Schülern so elementare Kenntnisse für ein sachgerechtes Verhalten einschließlich der notwendigen Maßnahmen der Ersten Hilfe bei den Unfällen des Alltags und bei eventuellen Katastrophen auf lebendige und anschauliche Art zu vermitteln. Der Kenntnis- und Erfahrungszuwachs aus dem Se-Grundlehrgang dient der unmittelbaren Lebensbewältigung und ist für Schüler wie Lehrer von großem praktischen Nutzen.

Hervorheben möchte ich noch, daß die aufgelockerte Form des Unterrichts und der gute Kontakt Ihrer Mitarbeiter zu den Jugendlichen in hohem Maße dazu beitragen, daß die Schüler mit großem Interesse den Lehrgängen folgen. Ich werde auch bei meinen Unterrichtsbesuchen bei Lehramtsanwärtern die Kollegen empfehlend auf Ihre Ausbildungsveranstaltungen gemäß Runderlaß des KM vom 18. 4. 1977 hinweisen.“

## Einsatz auf Campingplatz

**Essen.** Die anhaltenden Regenfälle im Juli hatten unerwartete Auswirkungen: Der Campingplatz bei „Haus Scheppen“ verwandelte sich in ein „Klein-Venedig“. Über 2000 qm Gelände standen mehrere Zentimeter hoch unter Wasser. Für die Kinder

ein großes Vergnügen, denn sie hatten jetzt einen eigenen Camping-See.

Weniger vergnüglich fanden die Zelt- und Wohnwagen-Camper die Überschwemmung. Die Leitung des Campingplatzes bat die BVS-Dienststelle Essen um Hilfe. Mit zwei Tragkraftspritzen und entsprechenden Schlauchleitungen und unter Mitwirkung der Fachleute des BVS wurde kurze Zeit später der Pumpbetrieb aufgenommen. Fast 150 cbm Wasser wurden vom Campingplatz in den nahegelegenen Baldeysee befördert und damit die Camper vor nassen Füßen bewahrt. Den Helfern vom BVS wurde ein herzliches und verdientes Dankeschön gesagt.

## „Schallmauer“ durchbrochen: 300 000 Besucher

**Bielefeld.** Zum vierten Mal beteiligte sich die BVS-Dienststelle Bielefeld mit einem Informationsstand an der „WISA“. Am Schluß zog man eine erfreuliche Bilanz. Von den 311 000 zahlenden Besuchern der Wirtschaftsausstellung in Sennestadt hielten sich ca. 300 000 kurzfristig am BVS-Stand auf, der die Bürger unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ für die Idee des Selbstschutzes gewinnen wollte. An dem von der BVS-Dienststelle veranstalteten Preisausschreiben beteiligten sich 1548 Besucher. 936 füllten den Fragebogen richtig aus. 294 machten nur einen kleinen Fehler. Interessant ist, daß am meisten die Frage nach dem Mindestvorrat von Lebensmitteln falsch beantwortet wurde. Die BVS-Mitarbeiter konnten während der Ausstellung mit etwa 3000 Besuchern Gespräche über die Notwendigkeit von Selbstschutzeinrichtungen führen. Prominentester Besucher am Eröffnungstag war Staatssekretär Dr. Hartkopf. Ein paar Tage später sah sich auch der frühere Bundesinnenminister Maihofer den BVS-Stand an.

## Gute Gelegenheit

**Essen.** In einem zweitägigen Autotur, das der Kraftwagenführerverein 1907 auf einem großen Parkplatz im Essener Stadtteil Borbeck veranstaltete, bot sich für die BVS-Dienststelle Essen

eine günstige Gelegenheit, die Bevölkerung über den Selbstschutz und über Hilfe in Katastrophenfällen aufzuklären. Mit Filmen und Vorträgen wurden die Besucher gezielt angesprochen. Die Bergung Verletzter aus Fahrzeugen und das Ablöschen brennender Kleidung mit einer Decke – das sind Kenntnisse, die heutzutage jeder Autofahrer braucht. Über mangelnde Resonanz konnte sich die Essener BVS-Dienststelle nicht beklagen.

## Friede ist nicht selbstverständlich

**Bad Aachen.** „Der Friede ist nicht selbstverständlich. Deshalb sollte jeder auf mögliche Gefahren durch Kenntnisse im Zivilschutz vorbereitet sein.“ Das erklärte Oberkreisdirektor Dr. Jansen auf einer Tagung des BVS in Kalterherberg, an der zahlreiche Vertreter aus verschiedenen Behördenbereichen teilnahmen. Nach den Worten des Oberkreisdirektors kommt es im Ernstfall vor allem darauf an, daß die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes neben Einsatzbereitschaft auch den Mut besitzen, einmal eingefahrene Gleise zu verlassen. „Der Dienst am Nächsten will gelernt sein. Guter Wille allein reicht nicht aus“, betonte der Verwaltungschef.

## Alles andere als „Luftschutzwart“

**Bad Oeynhausen.** Im Rathaus wurden zwei Männer geehrt, die sich um den Zivilschutz und damit um das Gemeinwohl verdient gemacht haben: Rektor Heinrich Busch, der nunmehr seit 22 Jahren für den BVS tätig ist und in dieser Zeit in ungezählten Veranstaltungen die Bevölkerung über Gefahren und Schutzmaßnahmen aufgeklärt hat. Bis 1963 war Busch Ausbildungsleiter in Rehme, später Sachbearbeiter für Planung und Organisation und schließlich stellvertretender Ortsbeauftragter von Bad Oeynhausen. Nur zwei Jahre weniger ist Herbert Oppermann dabei, der ebenso wie Busch vom Leiter der BVS-Dienststelle Bielefeld-Minden, Heinz Bäurich, eine Ehrenurkunde mit Ministerunterschrift überreicht bekam. Oppermann war zunächst in Neuß für den BVS tätig, seit 1975 als Beauftragter für Bad Oeynhausen. In einer

Würdigung der Verdienste erklärte Beigeordneter Dr. Heinrich Möllenhoff, ihre Arbeit sei alles andere als die des „Luftschutzwartes“ früherer Zeiten.

### In Konkurrenz zu „König Fußball“

**Siegburg.** Obwohl fast tropische Temperaturen herrschten und verschiedene Spiele der Fußball-Weltmeisterschaften auf dem Programm standen, belagerten Hunderte von Zuschauern das große Freigelände rings um den Rathausplatz von Bornheim, um Augenzeugen zahlreicher Einsatzübungen zu werden, die dort anlässlich einer zweitägigen Ausstellung „Katastrophenschutz“ stattfanden. Die Veranstaltung profitierte von einer guten Zusammenarbeit zwischen den im Katastrophenschutz tätigen Organisationen. So waren Freiwillige Feuerwehr, DRK, THW, MHD und DLRG beteiligt, selbstverständlich auch der BVS. Die Anteilnahme der Spitzen von Rat und Verwaltung trug wesentlich zur Steigerung der Attraktivität der Ausstellung bei. So kletterte 1. Beigeordneter Kurt Krämer auf eine zwanzig Meter hohe Drehleiter der Feuerwehr, um das Übungsgelände aus der Vogelperspektive unter die Lupe zu nehmen. Landrat Dr. Franz Möller und Bürgermeister Heinz Dahmann gingen ebenfalls „in die Luft!“ Und Bornheims Gemeindedirektor Friedhelm Hüppe ließ sich sogar in einem „Schleudersitz“ abseilen.

### Oberamtsrat Gröger verabschiedet

**Körtlinghausen.** Der Leiter des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost im Bundespostministerium, Oberamtsrat Günter Gröger, verabschiedete sich in einer Feierstunde vom BVS an der Schule in Schloß Körtlinghausen.

Vor 41 Lehrgangsteilnehmern dankte Gröger dem BVS für die gute Zusammenarbeit. Gröger ging kurz auf die Entwicklung des Katastrophenschutzes bei der Bundespost ein. Bisher sind 1300 Züge aufgestellt worden. Über 40 000 Helfer sind in Zusammenarbeit mit dem BVS ausgebildet worden.

Großen Anteil an dieser Ausbildung hatte dabei die BVS-Landesschule Körtlinghausen.

Für die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit in der Ausbildung der Mitarbeiter der DBP für den Katastrophenschutz dankte Schulleiter Awiszus. BVS-Landesstellenleiter Kopsieker

überbrachte Gruß und Dank des Direktors des BVS.

### Sogar Parkplätze geopfert

**Düren.** Obwohl die BVS-Dienststelle Düren zur Vorbereitung der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ nur achtzehn Tage Zeit hatte, kann sich die Bilanz, die am Schluß gezogen werden konnte, sehen lassen: Innerhalb von einer Woche haben über 9000 Bürger die Ausstellung besucht. Täglich standen drei, zeitweise sogar vier BVS-Mitarbeiter zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Daß die Veranstaltung trotz Schwierigkeiten bei der Vorbereitung doch noch so erfolgreich war, ist nicht zuletzt der Stadtverwaltung Düren zu danken, die spontan den Rathausvorplatz zur Verfügung stellte, obwohl durch diese Geste eine größere Anzahl von Parkplätzen für Besucher der Stadtverwaltung und der benachbarten Geschäfte verloren ging.

### Ausstellung im Rathaus eröffnet

**Köln.** Der Oberstadtdirektor der Stadt Köln, Kurt Rossa, übergab im Foyer des Rathauses eine Ausstellung der BVS-Dienststelle Köln der Öffentlichkeit. Vor zahlreichen Vertretern aus Politik, Industrie, Wirtschaft, Handel, Behörden und Verwaltung erklärte Rossa, daß aller finanzieller Aufwand, wie der Neubau der Hauptfeuerwache von 32 Mio. DM, und alle Bemühungen um gut ausgebildete Rettungsdienste nicht ausreichen, um jedem Mitmenschen bei jeder Gefahr, jedem Unglück und zu jeder Zeit wirksamen Schutz und Hilfe zu garantieren. Hinzu kommen müsse die Selbsthilfe des einzelnen, die den oft ausschlaggebenden Zeitverlust bis zum Eintreffen der Einsatzkräfte überbrücken könne.

Der Oberstadtdirektor sagte weiter: „Ich bin sicher, daß diese gelungene, informative Ausstellung die Besucher anspricht und dazu beiträgt, den Gedanken des Selbstschutzes in der Kölner Bürgerschaft wachzuhalten und zu vertiefen. Der Dienststelle Köln des BVS, die diese Ausstellung entworfen und hergestellt hat, danke ich herzlich.“

Der Leiter der BVS-Dienststelle, F. P. Leufgens, bedankte sich bei Rossa für das seit seiner Amtsübernahme immer wieder gezeigte Engagement und sprach die Überzeugung aus, daß sich dadurch auch die Kölner Bürger sicher noch mehr als bisher für



**Ausstellungseröffnung im Kölner Rathaus (von links): Rats Herr Gerhard Henkemeier, Oberstadtdirektor Kurt Rossa, BVS-Dienststellenleiter Franz Peter Leufgens und BVS-Abteilungsleiter Hans Hugo Umlauf.**

den Selbstschutz aufgeschlossen zeigen werden.

### Hanns Chantrain wurde 65 Jahre alt

40 Jahre im Dienste der Allgemeinheit, davon über 24 Jahre Mitarbeiter des BVS: Hanns Chantrain, Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Dienststelle Köln, wurde 65 Jahre alt und trat in den Ruhestand.

Zu seiner Verabschiedung waren gekommen: Abteilungsleiter Hans Umlauf von der BVS-Bundeshauptstelle Köln, Günther Kopsieker, BVS-Landesstellenleiter von Nordrhein-Westfalen, Beigeordneter Edmund Fey, BVS-Dienststel-



**Abteilungsleiter Umlauf überreicht Hanns Chantrain die Dankesurkunde zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst; links im Bild BVS-Landesstellenleiter Kopsieker.**

lenleiter Franz Leufgens, Vertreter der Berufsfeuerwehr Köln, des Rates der Stadt, Bezirksvorsteher Leo Amann und Friedrich Redmer, früherer Dienststellenleiter von Köln, heute BVS-Berücksichtigungsausschussbeauftragter für Arnberg.

In einem Rückblick auf das arbeitsreiche Leben wurde Chantrains vielseitiges Wirken gewürdigt. Es würde zu weit führen, alle Aktivitäten aufzuzählen, die er für den BVS und ehrenamtlich für seine Heimatstadt Köln initiiert hat. Auch nach seiner Verabschiedung will Hanns Chantrain weiter als ehrenamtlicher Mitarbeiter im BVS tätig bleiben.

## Kurgäste informieren sich

Die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ wurde in der Trinkkuranlage des Staatsbades Bad Nauheim gezeigt.

BVS-Dienststellenleiter Wagner konnte bei der Eröffnung neben dem MdL Horst Geipel die Vertreter des Magistrats, der Kurverwaltung, der Kurkliniken, der Deutschen Bundespost und anderen Behörden begrüßen.

Geschäftsführer Edmund Schmidt sprach im Namen der Kurverwaltung Begrüßungsworte und versprach, immer, wenn es sich um Belange der Bürger handele, werde die Kurverwaltung ihre Räume zur Verfügung stellen.

Landtagsabgeordneter Geipel forderte eine verstärkte Hilfeleistung des Staates zum Ausbau des Selbstschutzes, denn der einzelne sei allein nicht in der Lage, sich und seine Mitmenschen vor eventuellen Gefahren ausreichend zu schützen. Der BVS habe zwar schon viel erreicht, doch reichen die Maßnahmen bei weitem noch nicht aus, um möglichst Optimales bieten zu können.

## Ehrung für Gerhard Straube

Eine Ehrung besonderer Art wurde dem BVS-Dienststellenleiter in Darmstadt, Gerhard Straube, zuteil:

Am 30. Juni wurde er in einer Feierstunde im Beisein von zahlreichen Gästen von Behörden, Organisationen und Verbänden mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet.

Bürgermeister Seffrin überreichte die Auszeichnung des Ministerpräsidenten im Neuen Rathaus und fügte noch eine vom Magistrat vergebene Bürger-ehrengabe hinzu.

Durch seinen persönlichen Einsatz für die Gemeinschaft sei er für die Jugend Beispiel und Vorbild zugleich.

Stadtverordnetenvorsteher Pfeffermann dankte im Namen des Stadtparlamentes für die im Dienste der Bürger und zum Wohle der Stadt geleistete Arbeit.

Von 1952 bis 1955 war Straube ehrenamtlich, seit Juli 1955 hauptamtlich

im BLSV/BVS tätig, im Bezirkspersonalrat und als Vorsitzender seit 1960, im Hauptpersonalrat seit 1968, ab 1971 Vorsitzender.

Von 1954 bis heute ist Straube Beisitzer und Vorsitzender der DAG Darmstadt, von 1952 bis 1955 ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht Darmstadt, in gleicher Position von 1971 bis heute beim Arbeitsgericht Darmstadt; 1. Vorsitzender des Bezirks Süd-Hessen und Beisitzer beim Landesverband Hessen der DAG sowie Beisitzer bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg und beim Kreiskuratorium für Erwachsenenbildung.

## „Hessentag 1978“ in Hofgeismar

Der BVS hat sich auch in diesem Jahr am „Hessentag 1978“ beteiligt, der in Hofgeismar in der Zeit vom 24. Juni bis 2. Juli stattfand.

Der „Hessentag“ bot eine gute Gelegenheit, die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ einzusetzen. In Verbindung mit den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen wurden der Bevölkerung Sinn und Aufgabe des Katastrophenschutzes verdeutlicht. Der Hessische Ministerpräsident Holger Börner hat zwar bei seinem obligatorischen Rundgang am Eröffnungstag nur einen Kurzbesuch gemacht, war dann aber am Mittwoch, dem 26. Juni, längere Zeit im Rundzelt und hat mit zwei Mitgliedern des Hessischen Landtages und BVS-Dienststellenleiter Weiß über das hessische Katastrophenschutzgesetz und die Aufgaben des BVS diskutiert.

In das Gästebuch haben sich weiter vier Bundestagsabgeordnete, zwölf Landtagsabgeordnete, der Landtagsvizepräsident und der Hessische Minister des Innern eingetragen.

## Selbstschutz-Berater ernannt

Die Großgemeinde Neuhoef (Landkreis Fulda) hat für ihre Ortsteile die Selbstschutz-Berater ernannt. Bürgermeister

Heimüller hat acht Bürgern die Ernennungsurkunde ausgehändigt.

Sie sind unter Mitwirkung der Ortsbeiräte ausgewählt und vorgeschlagen worden. Heimüller sprach im Zusammenhang mit dem Selbstschutz von einem sehr ernstem Problem. Es gehe darum, zum Schutze aller Bürger Vorkehrungen für den größten Katastrophenfall, den Verteidigungsfall, zu treffen.

Nach den Worten des Leiters der BVS-Dienststelle Fulda, Ludwig, werden die Selbstschutz-Berater in Lehrgängen auf ihre künftigen Aufgaben geschult und vorbereitet. Die Einrichtung von Beratungs- und Leitstellen beinhaltet zunächst nur die Auswahl, Bestellung und Ausbildung von Selbstschutzberatern und ihrer Vertreter. Bürgermeister Heimüller wünschte den Selbstschutz-Beratern einen guten Start und sprach die Hoffnung aus, daß sie in dieser Funktion nie tätig werden müssen.

## Erfolgreiche Ausstellung

In den Rahmen der 675-Jahr-Feier der Stadt Hanau wurde der BVS mit seiner Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ einbezogen. Oberbürgermeister Hans Martin hatte die Schirmherrschaft über die größte jemals in Hanau gezeigte Ausstellung des Katastrophenschutzes übernommen.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Martin, daß der Selbstschutz der Bevölkerung eine gesellschaftliche Aufgabe sei. Selbstschutz und Selbsthilfe sollten ein Teil einer vernünftigen Lebensplanung sein. Es wäre unverantwortlich, sich nur auf die alleinige Zuständigkeit staatlicher Stellen und die Einsatzzüge der Organisationen zu verlassen. BVS-Landesstellenleiter Heldmann und Dienststellenleiter Krieger nahmen zur Eröffnung die Gelegenheit wahr, die zahlreichen Ehrengäste, an ihrer Spitze MdB Gerhard Flämig, durch die Ausstellung zu führen.

Auf dem fast 10 000 qm großen Freige-lände zeigten die Organisationen bei kleinen Übungen die Leistungsfähigkeit ihrer Geräte. In den fünf von den Organisationen aufgestellten Zelten waren vor allem Hilfeleistungen in Wort und Bild dargestellt, die sich auf lokale Unglücksfälle bezogen.

## Landesstellenleiter Buchholz ausgeschieden

Gotthold Karl Buchholz – vielen als „Peter“ Buchholz bekannt – ist nach Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst des BVS ausgeschieden. Im Rahmen einer Feierstunde der BVS-Landesstelle in Mainz, an der auch Ministerialdirigent Bohmeier vom Innenministerium Rheinland-Pfalz teilnahm, verabschiedete Abteilungsleiter Hans Umlauf, BVS-Bundeshauptstelle, Buchholz in den Ruhestand. Dabei würdigte Umlauf die Tätigkeit von Buchholz im BVS, gab einen Abriss seines Werdens und Wirkens und überreichte ihm im Namen des Präsidenten des BVS das Ehrenzeichen.

Bei näherem Hinsehen wird deutlich, wie vielfältig das Leben von „Peter“ Buchholz gewesen ist. Nach dem Arbeitsdienst in Gersfeld/Rhön begann 1934 seine Laufbahn im Luftschutz; zuerst als Schüler und später als Lehrer des Luftschutzlehrtrupps III der Reichsluftschutzbund-Landesgruppe Nordmark-Hamburg. Bis zum 2. Weltkrieg durchlief Buchholz viele Stationen des RLB, so wirkte er als Luftschutzlehrer in Sachsen, Frankfurt, Wien, Graz und Köln. Dann wurde er Leiter des Luftschutzlehrtrupps I und II. Nach einem kurzen Einsatz als Panzerjäger im Osten wurde Buchholz Lehrkraft an der Heeresluftschuttschule in Potsdam, dann bei den Wehrkreis-LS-Lehrgängen VI in Warendorf bei Münster.

Das Ende des Krieges verschlug ihn von der Insel Helgoland nach Pinneberg/Holstein. 1955 fand Buchholz den Weg zum Bundesluftschutzverband (BLSV), wurde ehrenamtlicher Helfer und kurz danach hauptamtlicher Ausbildungsleiter der BLSV-Orts- und Kreisstelle Bonn. 1959 wechselte er zur Bundeshauptstelle nach Köln als Mitarbeiter im Referat „Ausbildung“, anschließend im Referat „Öffentlichkeitsarbeit“. Den Abschluß findet seine wechselvolle Berufslaufbahn in Mainz, wo Buchholz vom 17. Oktober 1977 bis zum 30. Juni 1978 als BVS-Landesstellenleiter fungierte.

Ehrenamtliche wie hauptamtliche Mitarbeiter im Lande Rheinland-Pfalz wünschen „Peter“ Buchholz alles Gute für seinen ferneren Lebensweg.

## Mitarbeiter der Stadt Mainz erhält das BVS-Ehrenzeichen

Die letzten 15 Jahre verbinden den stellvertretenden Leiter der Abteilung Zivilschutz der Stadt Mainz, Konrad Hinderer, mit dem Katastrophen- und Selbstschutz der Landeshauptstadt. Seine Initiative beim Aufbau des Behörden-Selbstschutzes der Stadt Mainz und die Kontaktfreudigkeit zu den in Mainz ansässigen Behörden waren Schwerpunkte der guten Zusammenarbeit.

Anläßlich einer Dienstbesprechung mit den Leitern und Führern der Katastrophenschutz-Organisationen dankte der Leiter der BVS-Dienststelle Mainz, Willi Lehn, Hinderer für die jahrelange gute Zusammenarbeit und überreichte ihm im Namen des Präsidenten des BVS, Oberstadtdirektor a. D. Kuhn, die Ehrennadel des BVS.

Die Stadt Mainz hatte Hinderer schon durch Oberbürgermeister Jockel Fuchs mit dem „Mainzer Pfennig“ geehrt, als er ihn nach Erreichen der Altersgrenze aus dem städtischen Dienst verabschiedete.

## Wie sag ich's der Presse?

Wie sag ich's der Presse? In drei jeweils dreitägigen Arbeitsseminaren für Dienststellenleiter und Fachbearbeiter der BVS-Dienststellen aus den Bereichen Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Saarland an der BVS-Schule in Birkenfeld/ Nahe wurde das wichtige Thema sehr praktisch und wirklichkeitsbezogen behandelt. Nach einer Bilanz über Erfolge und Nichterfolge bisheriger Pressearbeit der Dienststellen wurden Muster-Texte gefertigt von der schlichten Einladung und Mitteilung an Zeitungsredaktionen über Bildtexte und Vorlagen, aus welchen Journalisten alles Wesentliche und Charakteristische entnehmen und damit fachlich richtiger formulieren können. Auch Interviewtraining gehörte zur Seminararbeit.

Den Schwerpunkt der Seminare bildete die Begegnung mit der Presse selbst in Gestalt eines erfahrenen Journalisten. Ihm wurden die Arbeitsergebnisse zum „Zerreißen“ vorgelegt.

Der Journalist, Chefredakteur Ignaz Keßler, Kommentator der Saarbrücker Zeitung, stellte in einem Kurzreferat die gesamte Pressearbeit in das Feld der geistigen Auseinandersetzungen, das mit der Dreieckigkeit: „Öffentliche Meinung – Veröffentlichte Meinung – Eigene Meinung“ umschrieben werden kann. Im Getümmel dieser drei Kräftefelder fallen die Entscheidungen. Hier erfährt auch die Verbandsarbeit ihre Bewertung. Ob gerecht oder ungerecht, das hängt vom Geschick und Fleiß der eigenen Bemühungen ab.

## Sicherheitswoche „Heim – Hobby – Freizeit 1978“

Im April 1978 veranstaltete die Stadt Mainz als erste Kommune der Bundesrepublik Deutschland eine Sicherheitswoche unter dem Motto „Sicherheit im Heim, beim Hobby und in der Freizeit“. Die Aufklärung der Bevölkerung über mögliche Gefahren und die Weitergabe von entsprechenden Verhaltensregeln war eines der eingeplanten Vorhaben.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Zivilschutz und dem Sicherheitsingenieur der Stadtverwaltung Mainz, Jakob Heinrich Haas, beteiligten sich die BVS-Dienststelle Mainz und die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen mit einem gemeinsamen Stand.

Im Zusammenhang mit der Darstellung des Katastrophenschutzes waren die Tafeln der Fahrbaren Zivilschutzausstellung des BVS zum Thema „Zivilschutz“ zu sehen.

An einem der Veranstaltungstage standen u. a. die Vorträge „Selbstschutz und humanitäre Hilfe für den Notfall“ sowie „Vorbeugender und abwehrender Brandschutz“ mit anschließender Diskussion und einem Filmquiz auf dem Programm.

Das rege Interesse der über 16 000 Besucher fand seinen Niederschlag: Die Informationsschriften des BVS wurden stark beachtet.

## 2. Sicherheitsfahrt – ein großer Erfolg

Unter dem Leitwort „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ stand auch die 2. Sicherheitsfahrt, die am 15. Juli von der BVS-Dienststelle Saarlouis durchgeführt wurde. Für die Aktion, die gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, dem Malteser-Hilfsdienst, dem ADAC und der Polizei geplant worden war, hatte BVS-Dienststellenleiter Helmuth Klippel eine 43 km lange Fahrtstrecke mit 12 Stationen, an denen die Teilnehmer praktische Aufgaben zu lösen hatten, festgelegt.

Auch in diesem Jahr übernahm Innenminister Wilhelm – der Stifter des Wanderpokals – die Schirmherrschaft. In



Innenminister Wilhelm schickt eines der 34 Teams auf die Strecke.

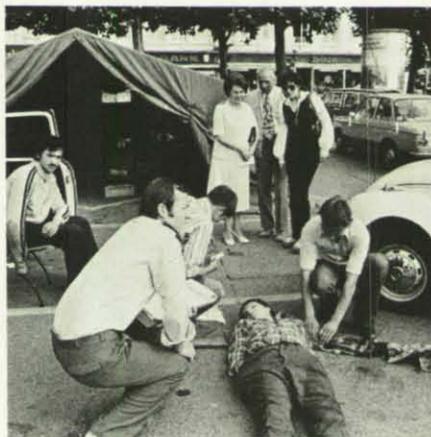
seiner kurzen Begrüßungsansprache betonte der Minister, daß die Zahl der Verkehrsunfälle, der Verkehrstoten und Verletzten durch geeignete Maßnahmen gesenkt, vor allem aber die breite Öffentlichkeit in die Lage versetzt werden müßte, richtig eingreifen zu können, wenn Menschenleben bedroht sind. Eine sehr wirkungsvolle Maßnahme seien die vom BVS durchgeführten Sicherheitswettbewerbe, mit denen in geradezu vorbildlicher Weise dieses Ziel erreicht werde. Anschließend schickten Wilhelm und der Wadgasser Bürgermeister Dr. Mouty die 34 Teams auf die Strecke.

Es kam nicht darauf an, die Strecke in möglichst kurzer Zeit zurückzulegen, sondern an den Stationen durch richtiges Verhalten ein möglichst hohes Punktergebnis zu erzielen. Dabei mußten eine Unfallstelle abgesichert, Verletzte geborgen und versorgt, ein brennendes Auto oder eine brennende Person abgelöscht, schnell und richtig

eine Unfallmeldung erstattet, die Atemspende angewandt und lebensgefährliche Blutungen zum Stillstand gebracht werden, um nur einige Aufgaben zu nennen.

Bei der Siegerehrung konnte BVS-Dienststellenleiter Klippel Ministerialrat Grundmann als Vertreter des Innenministers, Reg.-Direktor Bersien als Vertreter von Landrat Riotte, Bürgermeister Jacob, Saarlouis, und die Vertreter aller Hilfsorganisationen begrüßen.

Grundmann bedankte sich bei den Organisatoren der Fahrt und stellte heraus, daß die gezeigte Begeisterung der Teilnehmer Anlaß genug sei, die Verbände zu animieren, gleiche oder ähnliche Veranstaltungen auch zukünftig durchzuführen.



Nicht Schnelligkeit, sondern Können ist an den einzelnen Stationen der Sicherheitsfahrt gefragt.



Ministerialrat Grundmann überreicht den Siegern den Wanderpokal des Innenministers.

Reihenfolge der Sieger (maximal konnten 235 Punkte erreicht werden):

1. Rainer Müller und Guido Fontaine aus Saarlouis/Fraulautern mit 229 Punkten

2. Alfons Sängler und Michael Stroh aus Wadern/Wadrill mit 228 Punkten

3. Gebrüder Holbach aus Schmelz mit 210 Punkten.

Bestes Damenteam: Anne-Rose Götten und Monika Krichel aus Großrosseln/Völklingen mit 210 Punkten.

## BVS beteiligte sich am 1. Neunkircher Stadtfest

„Eine Stadt feiert in ihrer City“, unter diesem Motto startete die Stadt Neunkirchen in Verbindung mit dem Verkehrsverein in der Zeit vom 30. Juni bis 2. Juli ihr 1. Stadtfest.

Über 250 Plätze für Informationsstände und Aktivitäten der Vereine, Gewerkschaften, Schulen und sonstigen Verbände standen in der neuen Fußgängerzone und in den umliegenden Straßen zur Verfügung. Mehr als 2000 Mitwirkende boten den rund 120 000 Besuchern ein umfangreiches Programm.

An einem zentral gelegenen Standplatz, den die Stadtverwaltung kostenlos zur Verfügung gestellt hatte, wurden von den Helfern der BVS-Dienststelle rund 2000 Luftballons mit der Aufschrift „Bundesverband für den Selbstschutz, Neunkirchen“ verteilt. An weiteren Werbemitteln standen Broschüren und Informationsschriften zur Verfügung.

Marianne Gregorius, Anneliese Michel, Werner Raber, Walter Eisenbeis, Leodegar Wichter, Georg Klein, Herbert Bill, Lothar Scherer und Karl-Heinz Seithel konnten die Nachfrage kaum befriedigen, da mit einem derart großen Besucherstrom nicht gerechnet worden war. Der ansprechende Informationsstand, den auch BVS-Landesstellenleiter Koch und Fachgebietsleiterin Anita Darimont besichtigten, wurde vom Oberbürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden im Neunkircher Stadtrat und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgesucht. Ministerialrat Hans Grundmann vom saarländischen Innenministerium befand sich ebenfalls unter den Gästen.

## Selbstschutzberater für Stuttgart

Das Amt für Zivilschutz der Landeshauptstadt teilt mit: „Von den in der Landeshauptstadt Stuttgart vorgesehenen 53 Selbstschutzberaterstellen wurden bisher 25 Stellen besetzt. Die Berater wurden aus dem Kreis der BVS-Helfer gewonnen oder bei Lehrgängen, die vom Amt für Zivilschutz durchgeführt wurden, ausgewählt.“

Alle Berater haben an einem Grundlehrgang und einem Erste-Hilfe-Lehrgang teilgenommen; einige haben als ehemalige BVS-Helfer bereits Fachlehrgänge besucht . . .

Die Selbstschutzberater werden vom Amt für Zivilschutz laufend betreut. Sie wurden z. B. anlässlich einer zehntägigen Aufklärungsveranstaltung über die Aufgaben des Zivilschutzes zu Filmvorführungen, einer Kleinausstellung und verschiedenen Vorträgen eingeladen . . .

Außerdem zu einer Informationsfahrt mit Führung durch verschiedene öffentliche Schutzbauten in Stuttgart.“

## Bosch intensiviert die Fachausbildung der BKO

Schon vor Jahren wurde bei der Firma Bosch mit dem Aufbau der betrieblichen Katastrophenschutzorganisation (BKO) begonnen. Für alle Betriebsstätten in der Bundesrepublik sollte der Aufbau der BKO nach möglichst gleichen Richtlinien organisiert werden.

So wurde die Ausbildung in Erster Hilfe und die Sanitätsausbildung durchgeführt. In vielen Niederlassungen hatte eine schlagkräftige Werksfeuerwehr bereits den Brandschutz übernommen. Nach einer Vereinbarung zwischen der BVS-Dienststelle Ludwigsburg und dem BKO-Beauftragten von Bosch, Schramm, wurden im 1. Halbjahr 1978 drei BKO-Fachlehrgänge „Bergung“ für Mitarbeiter belegt.

Die Werksangehörigen waren von der gebotenen Ausbildung und von den Möglichkeiten, die das ideale Übungsgelände der BVS-Dienststelle Ludwigsburg bot, begeistert. Die Ausbildung wurde zur vollsten Zufriedenheit aller

Beteiligten abgeschlossen. Im 2. Halbjahr 1978 werden drei weitere Lehrgänge durchgeführt.

## Landesstellenleiter Kunde verabschiedet

Der Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Kunde, trat am 27. Juli in den Ruhestand. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des BVS, Direktor Franke, begrüßte die zur Verabschiedung erschienenen Vertreter des Innenministeriums von Baden-Württemberg, Regierungsdirektor Dr. Müller und Referent Rulofs, als Vertreter der Kollegen des Scheidenden den Landesstellenleiter von Hessen, Heldmann, und die Mitarbeiter der BVS-Landesstelle.



Aus der Hand von Direktor Franke erhält der scheidende Landesstellenleiter die Ehrennadel des BVS.

In seiner Laudatio zeigte Franke den Berufsweg von Kunde auf und dankte ihm für seine erfolgreiche Arbeit. Als äußeres Zeichen verlieh Franke die Ehrennadel des BVS. Regierungsdirektor Dr. Müller würdigte die gute Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und BVS und verlas ein persönliches Schreiben des Innenministers. Als Anerkennung überreichte er einen Bildband.

Landesstellenleiter Heldmann übergab im Namen seiner Kollegen einen von diesen signierten Silberteller. Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrats und der Vorsitzende des Personalrats der Landesstelle übergaben als Sprecher der Mitarbeiter und der ehrenamtlichen BVS-Helfer Blumengebinde und kleine Geschenke. Auch die Bereichsbeauftragten und die Fach- und Sachgebietsleiter ließen ein Blumengebinde und einen Zinnbecher überreichen.

## Zivilschutzwoche im Landespavillon

Zehn Tage lang konnten sich die Besucher des Landespavillons in Stuttgart im Rahmen von Ausstellungen, die Ministerialdirektor Bueble eröffnete, über die Aufgaben des Zivilschutzes informieren. Es wurde die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ gezeigt, daneben war die Henry-Moore-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ zu sehen. Die Werke „kleinerer Künstler“, die für einen BVS-Malwettbewerb von Schülern gezeichnet wurden, waren ebenfalls ausgestellt. Der BVS zeigte in der „Selbstschutzzecke“ Geräte und Modelle eines Schutzraumes und gab Hinweise für eine optimale Lebensmittelbevorratung.

Ministerialdirektor Bueble begrüßte es, daß die Veranstalter hier auf ein weniger bekanntes Aufgabengebiet der öffentlichen Verwaltung hinwiesen: „Nach Artikel 2 Grundgesetz hat jeder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Diese Grundrechtsbestimmung gewährt auch der Gesamtheit aller Bürger ein Recht auf Schutz durch den Staat. Die Aufklärungsveranstaltung im Landespavillon bringt sicher keine Tendenzwende, sie wird jedoch sicher ein kleiner Mosaikstein sein, der zu einer gerechteren Bewertung des Zivilschutzes beiträgt.“

In Abendveranstaltungen wurden weitere Informationen vermittelt. Die Landesstelle für Betriebsschutz e. V. Stuttgart hielt eine Aufklärungsveranstaltung über den Werkschutz ab.

Dipl.-Ing. Neckermann (BVS) sprach über den Bau von Hausschutzräumen, Ltd. Baudirektor Dr. Maske vom Bundesamt für Zivilschutz gab einen Überblick über den Stand des Warndienstes in der Bundesrepublik und Ministerialrat Dr. Stein vom Landesinnenministerium referierte über den Selbstschutz der Bevölkerung. Eine Podiumsdiskussion über Vorratshaltung bildete den Abschluß.

Die Ausstellung war gut besucht; das elektronische Frage- und Antwortspiel des BVS war auch hier wieder der „Renner“. Viele Lehrer besuchten mit ihren Klassen die Ausstellung. Ihnen wurden durch Kurzvortrag und Filme umfassende Informationen über den Zivilschutz vermittelt.

## Helfervertreter der Landesstelle Bayern

Die Helfervertreter der BVS-Dienststellen wählten am 10. Juni 1978 den bisherigen Helfervertreter der BVS-Landesstelle Bayern, Georg Heller, Landshut, erneut zum Helfervertreter. Zum 1. Stellvertreter wurde Herbert Wiesenberg, Schweinfurt, zum 2. Stellvertreter Elisabeth Brandl, Hof, gewählt.

## „Tag der offenen Tür“ in Landshut

Neben den Regie-Einheiten des Katastrophenschutzes in Landshut beteiligten sich alle Katastrophenschutzorganisationen des Stadtgebietes, darunter BRK, Freiwillige Feuerwehr, THW und BVS am „Tag der offenen Tür“ im Katastrophenschutzzentrum.

Schon am Vormittag herrschte lebhafter Betrieb. Pfarrer Schultes zelebrierte eine „Feldmesse“, die von der Feuerwehrkapelle musikalisch umrahmt wurde. Der Geistliche verwies darauf, wie wichtig es sei, in der Einstellung zum Mitmenschen ein gesundes und ausgewogenes Verhältnis zu finden. Je „perfekter“ die Welt werde, desto mehr sei der Mensch auf die Hilfe von Organisationen und Verbänden angewiesen.

Bürgermeister Holzer führte aus, der Katastrophenschutz sei zwar in erster Linie eine Angelegenheit des Bundes, doch müsse man über die Existenz solcher Verbände glücklich sein. Die zahlreichen Besucher hatten Gelegenheit, sich die Fahrzeuge und Einrichtungen der Landshuter Hilfsorganisationen anzusehen. Filmvorführungen und andere Attraktionen sorgten für die notwendige Auflockerung. Zahlreiche einflußreiche Personen besuchten die Veranstaltung.

## Ein großer Erfolg

„Allgäuer BVS-Zentrale appelliert an die Bürger“, „... lebenswichtige Informationen“, „Wüßten Sie, worauf es ankommt?“, „Erste Veranstaltung dieser Art...“, „Selbstschutz geht jeden an!“ – dies waren Schlagzeilen zum „Tag der Information“, zu dem die BVS-Dienststelle Kaufbeuren einge-



Der Oberbürgermeister von Kaufbeuren, Krause (2. v. r.) im Gespräch mit Angehörigen des BVS. Rechts im Bild BVS-Landesstellenleiter Hinderberger.

laden hatte. Ein Versuch, der sich gelohnt hat.

Nahezu 100 Ehrengäste waren zum Empfang in die neue Dienststelle gekommen. Dienststellenleiter Eibl bedauerte, daß der Selbstschutzgedanke noch immer nicht den Rang einnimmt, den er haben müßte. Der Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, Hinderberger, betonte, daß die zivile Verteidigung der militärischen gleichrangig sei.

Oberbürgermeister Rudolf Krause plädierte für eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung.

Die BVS-Dienststelle hatte zu einem besonderen „Lockmittel“ gegriffen: Sie hatte die Bevölkerung zu einer Informationsschau mit musikalischer Umrahmung – es spielte die bekannte Tänzelfest-Knabenkapelle – eingeladen.

Der Platz in der Fußgängerzone war mit den Informationsständen zum „Selbstschutz“ Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Reißenden Absatz fanden die Luftballons mit dem Hinweis auf die BVS-Dienststelle Kaufbeuren.

## Aus dem aktiven Dienst ausgeschieden

Der Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle Regensburg, Hermann Pischkale, ging am 1. Juni 1978 im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand.

Pischkale war einer der ersten „Luftschutzpioniere“ im ostbayerischen Raum und hat mit seinem persönlichen Einsatz in Niederbayern und der Oberpfalz der Bevölkerung den Selbstschutzgedanken nähergebracht.

## Behördenselbstschutzleiter tagten

Seit zwei Jahren treffen sich Behördenselbstschutzleiter, die den Selbstschutz-Grundlehrgang und den BVS-Fachlehrgang absolviert haben, zweimal jährlich zu Arbeitstagen; diesmal im Landratsamt Kelheim, wo sie von Landrat Kreitmeyr begrüßt wurden. ZS-Sachbearbeiter Reg.-Amtmann Hammer sprach über den Aufbau des Behördenselbstschutzes, seine Organisation, die materielle Bedarfsdeckung und die Mittelbereitstellung. BVS-Bereichsbeauftragter Seemann behandelte in seinem Referat besonders die Erstellung des Behördenselbstschutzplanes. Die richtige Information aller Behördenbediensteter sei die Voraussetzung zur Gewinnung von Mitarbeitern für den Behördenselbstschutz. Seemann ging dann speziell auf die Aus- und Fortbildung der Behördenselbstschutzleiter ein.

## Urkunden für langjährige Mitarbeit

Der Landshuter BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann hatte seine Mitarbeiter zu einer Arbeitstagen eingeladen. Dadurch, daß ältere ehrenamtliche Lehrkräfte ausgeschieden seien, führte er aus, sei in diesem Bereich ein Engpaß entstanden. Er bat die Helfer, in ihrem Bekanntenkreis für die Mitarbeit im BVS zu werben: „Jeder Mitbürger, der Zeit hat und rhetorische Fähigkeiten besitzt, ist uns willkommen.“

Als ein Zeichen idealer Einstellung zum Mitmenschen wertete es Seemann, daß eine ganze Reihe von ehrenamtlichen Mitarbeitern bereits seit vielen Jahren dem BVS die Treue hält. In Würdigung dieser verdienten, ehrenamtlichen Helfer und mit der Bitte um weitere Unterstützung überreichte er die Ehrenurkunde der Landesstelle Bayern an:

Alois Vohburger, Dirnau, und Jakob Zimmermann, Landshut (25 Jahre);

Alfons Stanglmeier, Münchnerau, Ludwig Karrer, Pfeffenhausen (20 Jahre);

Rudolf Großer, Landshut, Georg Maili, Furth, Andreas Seemann, Arth, Michael Roth, Thann, Xaver Maier, Essenbach, Georg Heller, Kumhausen, Max Dietl,

Landshut, Anton Aigner, Landshut, und Georg Hölzl, Vilsbiburg (15 Jahre); Josef Kolbinger, Prinkofen, Maximilian Reiser, Geisenhausen, Josef Graf von Montgelas, Gerzen, Kurt Schwake, Triendorf, Andreas Stiftner, Hasenreith, Jakob Höfelschweiger, Oberbabing (10 Jahre).

Helfervertreter Heller berichtete anschließend von einer Tagung in Nürnberg, Dienststellenleiter Seemann gab noch einen kurzen Überblick über die Arbeit im 1. Halbjahr 1978. Mit einer Einführung in den Fachlehrgang „Strahlenschutz“ und einer Filmvorführung wurde die Veranstaltung beendet.

### Arbeitskreis „Verwaltung“ tagte

Turnusmäßig tagte der Arbeitskreis „Verwaltung“ der BVS-Landesstelle Bayern diesmal in Landshut. Grüße der Stadt überbrachte Bürgermeister Mößner, der kurz auf die historische Bedeutung der Stadt einging.

BVS-Sachgebietsleiter Brockmann, München, erläuterte den Zweck der Tagung. Erfahrungen aus praxisbezogenen Fällen, Änderungsmöglichkeiten und Vereinfachungen auf dem Sektor des Formularwesens sowie die Vereinheitlichung von Rechnungsvorgängen standen im Mittelpunkt der Beratungen. Im „Beiprogramm“ gab es einige Spezialitäten aus dem Bereich der Landshuter Fürstenhochzeit, eine Besichtigung der Burg Trausnitz und einen abendlichen Rundgang durch das „mittelalterliche Landshut“. Der Abend schloß mit einem geselligen Beisammensein, an dem u. a. auch BVS-Landesstellenleiter Hinderberger und Stadtrat Krebs als Vertreter des Oberbürgermeisters teilnahmen.

### Hilfe auch im Urlaub

In Schweinfurt ist es BVS-Dienststellenleiter Pfister gelungen, die in der Stadt tätigen Hilfsorganisationen und die Polizei zur Mitwirkung bei einer vom BVS veranstalteten Informations- und Aufklärungsaktion zu gewinnen.

Die einzelnen Organisationen demonstrierten Hilfeleistungen unter dem besonderen Aspekt „Urlaub“. Atemspende, Seitenlagerung, das Stillen lebensbedrohlicher Blutungen, das Bergen von Verletzten aus einem Fahrzeug, das Ablöschen brennender Personen

und das Absichern der Unfallstelle wurden gezeigt und von vielen Besuchern geübt.

Es war ein guter Besuch zu verzeichnen; die zufriedenstellende Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Malteter-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk und der Polizei mit dem BVS muß herausgestellt werden. Der Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt, Petzold, war übrigens aufmerksamer Besucher.

### Informationstagung an der BVS-Schule

Für Führungskräfte des Allgemeinen Rettungsverbandes Deutschland (ARV) aus Bayern und Baden-Württemberg veranstaltete der BVS an der Katastrophenschutzschule Bayern (BVS-Schule) in Geretsried eine dreitägige Informationstagung. An der Tagung nahmen 26 Führungskräfte des ARV, unter ihnen Mitglieder des Präsidiums und des Generalsekretariats sowie einige hauptamtliche Kräfte, teil.

Themen waren u. a.: „Rechtsgrundlagen, Organisation und Aufgaben des Zivilschutzes“, „Die Wirkungen moderner Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten“. An die Vorträge schlossen sich jeweils rege Diskussionen an.

Überraschend bildete diese Tagung den Auftakt zum bisher größten Katastropheneinsatz von ARV-Einheiten im Ernstfall. Während der Verabschiedung der Seminarteilnehmer erreichte ARV-Generalsekretär Nußbaum die telefonische Nachricht, daß das Hochwasser im Raum Ludwigsburg-Heilbronn-Karlsruhe katastrophale Ausmaße angenommen habe. Der Generalsekretär und die Teilnehmer aus Baden-Württemberg fuhren daraufhin sofort in Richtung Überschwemmungsgebiet. Manche Erkenntnis aus dem Geretsrieder Seminar wurde bei dem nachfolgenden Einsatz schneller als erwartet in die Praxis umgesetzt.

### Wanderausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ in Bayern

Landshut. Im Regierungsgebäude von Niederbayern wurde die – bereits in vielen Städten der Bundesrepublik vorgestellte – Henry-Moore-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ gezeigt. Regierungspräsident Dr. Schmid, der

die Schirmherrschaft übernommen hatte, konnte bei der Eröffnung neben dem Landshuter Oberbürgermeister und Vertretern der Regierung viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßen. Dr. Schmid bezeichnete die Ausstellung als einen neuen Weg, das Bewußtsein der Bürger für die Gefahren des täglichen Lebens zu schärfen.

Bad Tölz. Dr. Fadinger, der neue Bürgermeister, eröffnete im historischen Rathaus die Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“. Dr. Fadinger begrüßte es, daß der BVS der Öffentlichkeit – vor allem aber der Jugend – die Schrecken des Krieges durch diese einzigartige Dokumentation vor Augen führe. Die Ausstellung wurde von vielen Kurgästen und Schulklassen besucht.

Passau. Während der „Europäischen Wochen“ wurde in Passau im Foyer der Nibelungenhalle die Henry-Moore-Ausstellung gezeigt. Unter den vielen Gästen waren auch MdB Friedrich Gerstl, Vertreter der Bundeswehr, Stadträte sowie Behörden- und Amtschefs. Bei der Eröffnung der Ausstellung sagte Oberbürgermeister Dr. Brichta: „Wir wissen, daß die Ausstellung die Wahrheit zeigt. Niemand wünscht, daß sich diese Ereignisse wiederholen.“ So werde in Passau eine Tiefgarage gebaut, die im Verteidigungsfall Sicherheit bieten soll.

Dr. Brichta forderte die Gäste auf, in ihren Behörden, Hochschulen und Anstalten dem BVS Arbeitsmöglichkeiten einzuräumen, damit breiteste Personenkreise angesprochen werden könnten. Gerade die Jugend müsse aufgeklärt werden.

Straubing-Bogen. Die Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ in der Sparkasse Bogen wurde von Landrat Weiß vor zahlreichen geladenen Gästen eröffnet. Er führte u. a. aus: „In Straubing finden fast in jedem Jahr Ausstellungen des BVS statt. Die Bevölkerung der Stadt Bogen soll mit dieser Ausstellung an die Bombenhagel des letzten Weltkrieges erinnert werden, damit sie . . . sich auch einmal darüber Gedanken macht, was in der jetzigen Zeit des Wettrüstens auf sie zukommen kann.“ Der Krieg sei ein Versagen menschlichen Handelns und somit kein Zufall.

## Einsatzübung des OV Segeberg

Der THW-OV Bad Segeberg rückte kürzlich zu einer eintägigen Einsatzübung in den Segeberger Forst aus. Die Gesamtleitung hatte OB Vollmers, unterstützt wurde er von den Zugführern Tatje und Mäkelburg. Bereitschaftsführer Strohkar (Norderstedt) beobachtete den Einsatz.

Bei dieser Übung wurden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Den etwa 35 THW-Helfern sollte eine Ausbildung in Arbeiten mit Holz vermittelt werden – gleichzeitig wurde für den Wahlstedter Jagd- und Ringreiterverein eine Jagdstrecke mit zehn Hindernissen aufgebaut. Es mußten Bäume gefällt und bearbeitet werden, die dann als feste Hindernisse im Gelände hergerichtet wurden. Teile des Fernmeldezuges hielten die Verbindung zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen aufrecht.



Mit Motor- und Handsägen werden die Baumstämme für die Parcours-Hindernisse von den THW-Helfern hergerichtet.



Die bearbeiteten Baumstämme werden zu stationären Hindernissen für einen Jagdparcours im Segeberger Forst zusammengesetzt.

OB Vollmers erklärte, daß die Einsatzleitung mit dem Verlauf der Übung sehr zufrieden gewesen sei. Die fertigen Hindernisse zeigten, daß die THW-Helfer über ein gutes Fachwissen verfügen.

J. W.



Während die THW-Helfer mit Sägen und Äxten im Wald arbeiten, bereitet der Koch eine ausgezeichnete Erbsensuppe zu.

## Gruppen-Wettbewerb im GFB Kiel

Am 3. Juni trafen sich Gruppen der THW-OV Kiel, Preetz, Plön, Eutin, Oldenburg und Neustadt i. Holst. morgens um 8 Uhr mit jeweils einem GKW und einem MKW auf dem Übungsgelände des Landesverbandes in Groß-Nordsee. In friedlichem Wettbewerb sollte ermittelt werden, welches die beste Gruppe sei. Die Anregung zu diesem Leistungsvergleich kam von THW-Helfer Peper aus Preetz; er arbeitete auch die Wettbewerbsbedingungen aus.

Normalerweise gibt es für das THW nur wenig Möglichkeiten, das den Helfern in ständiger Ausbildung und Übung vermittelte Wissen und Können anzuwenden. So wurde ein Weg gesucht, wie man einmal auch anderen zeigen kann, was man beherrscht: dies nicht nur bei dem so oft gezeigten Bau von Tonnenfähren, dem Fällen von Bäumen und dem Aufbau einer Beleuchtung oder dem Bau und Abbau von Brücken und Behelfsbrücken.

Folgende Aufgaben waren festgelegt worden, die nach Ausführung, Zeit und Einhaltung der Sicherheitsvorschriften bewertet werden sollten: Umsetzen eines Balken-Stapels und eines Bretter/Bohlen-Stapels über 30 Meter Ent-

fernung, Bohren von Sprenglöchern in Beton; Bergen und Versorgen eines „Verletzten“ und Transport auf der Trage durch unwegsames Gelände; Bergen eines in einen Graben gerutschten MKW; Verladen eines mit Wasser gefüllten Fasses auf einen Hänger (Bau eines Zweibocks) und Fällen eines Baumes gegen die Neigung.

Anlaß zu besonderer Anstrengung für die Gruppen war bei diesem Leistungsvergleich sicher auch die Anwesenheit des Direktors des THW, Dipl.-Ing. Ahrens, der es sich auf seiner Reise durch Schleswig-Holstein nicht nehmen ließ, mit dem THW-Landesbeauftragten für Schleswig-Holstein, Dipl.-Volkswirt Meier, die Veranstaltung zu besuchen und sich über den Ausbildungsstand der Helfer zu unterrichten.

Dank guter Vorbereitung durch den OV Preetz verlief der Wettbewerb reibungslos. Die teilnehmenden Gruppen, die in vorschriftsmäßiger Arbeitskleidung agieren mußten, verloren viel Schweiß, bis am frühen Nachmittag die Wertung feststand.

Sieger wurde die Gruppe des OV Eutin;  
2. Platz: Gruppe des OV Preetz;  
3. Platz: Gruppe des OV Plön;  
4. Platz: Gruppe des OV Oldenburg/H.;  
5. Platz: Gruppe des OV Kiel.

Der THW-OV Plön hatte die Verpflegung der Teilnehmer übernommen. Die Köche hatten allerdings eine ungewöhnliche Aufgabe: Sie mußten bereits fertig angeliefertes Essen aufwärmen und in Portionen aufteilen. Man wollte mit diesem Versuch prüfen, ob die Ortsverbände künftig mit leicht und ungekühlt vorzuhaltendem Essen ausgestattet werden können.

Es ist geplant, Wettbewerbe dieser Art künftig regelmäßig durchzuführen, weil der erste Versuch auf Geschäftsführerebene ein voller Erfolg war. Der Bürgervorsteher von Preetz hatte, als er von dem Wettbewerb erfuhr, spontan die Stiftung eines Ehrentellers zugesagt, wenn die Gruppe des OV Preetz einen der ersten Plätze belege. Seit dem 16. Juli hängt nun in der Unterkunft des OV Preetz der von der Stadt gestiftete Teller, der anlässlich des „Schusterfestes“ öffentlich vom Bürgervorsteher überreicht worden war.

Dre.

## Nun fährt sie doch

Vor ungefähr zwei Jahren wurde dem THW-BV Hamburg-Eimsbüttel eine 8-t-Schlauchbootfähre zugewiesen; es handelte sich dabei um ein Gerät der Bereitschaftspolizei Hamburg. Als später die Einweisung in die Bedienung des Gerätes durch die Bereitschaftspolizei erfolgte, stellte sich heraus, daß auf dem Transport von Hamburg nach Mehlum und wieder zurück Teile des Gerätes vertauscht worden waren. Wesentliche Teile paßten nicht zueinander, die Rampenteile stammten von zwei verschiedenen Überbauten.

In mühevoller Kleinarbeit wurden zunächst die Schlauchboote überholt; eine Grating mußte repariert werden, die Rechnung beglich ein Mäzen. In wochenlanger Arbeit wurde unter Lei-



**Viel Arbeit haben die THW-Helfer leisten müssen, um die 8-t-Schlauchbootfähre betriebsklar zu bekommen. Wie man sieht, ist es gelungen.**

tung des Gruppenführers Krohn die Motorenhalterung passend gemacht und die Fernsteuerung montiert. Aus zwei Motoren, die als Ersatzteilsponder dienen sollten, wurde ein dritter, brauchbarer Motor zusammengebaut, die anderen wurden in einer Fachwerkstatt durchgesehen. Auch hier half wieder eine Spende aus der Industrie.

Endlich konnte die Fähre im Oktober 1977 zu Wasser gelassen werden. Mit verkleinertem Überbau, ohne Rampen, ging es auf die Oberelbe. Bei starkem bis stürmischem Nord-West-Wind gelang es im ersten Anlauf nicht, die Fähre aus dem Seitenarm der Elbe herauszubugsieren. Erst beim zweiten Anlauf erreichte man das freie Fahrwasser. Jetzt machte sich das Fehlen der Stabilisierungsschläuche bemerkbar; es wurde sehr viel Wasser übergenommen, das natürlich die Tragfähigkeit bei Fahrbetrieb erheblich beeinflusste. Ab Windstärke fünf wird auf der Oberelbe der Übersetzbetrieb, insbesondere

mit Einsatzfahrzeugen, überhaupt zum Problem.

Während der folgenden Wintermonate wurde an der Ergänzung des Gerätes gearbeitet; für die schweren Motoren baute man Transportkarren, so daß die 75-PS-Motoren von zwei Helfern bewegt werden können. Zu Beginn des Sommers war nach langen Mühen der Zeitpunkt für die Premiere gekommen.

Die Fähre wurde auf dem Wasserübungsplatz des BGS in Laßrönne aufgerüstet, bei strahlendem Sonnenschein dann der Übersetzbetrieb über die Oberelbe durchgeführt. Hierbei zeigte es sich, daß die Motorenaufhängung noch einmal geändert werden muß. Ein Problem war auch der benötigte Transportraum. Um die komplette Fähre zu verlasten, werden zwei LKW, ein MLW und ein Langholzhänger benötigt; zum Auf- und Abrüsten sind zwei Gruppen nötig.

Abschließend ist festzustellen, daß bei der Übernahme von Gerät in Zukunft darauf geachtet werden muß, daß dieses Gerät zusammenbleibt – und nicht, wie vorstehend geschildert, mehrere Gerätesätze durcheinandergebracht werden. In einem solchen Fall haben sicherlich mehrere Ortsverbände unter den Verwechslungen zu leiden. Für das Aufrüsten der Fähre sollte ein Ufer mit weichem Untergrund ausgesucht werden, steinige Böschungen oder Slipanlagen müssen mit Bohlen abgedeckt werden, da sonst die Schlauchboote leicht beschädigt werden können. Orts- und Bezirksverbände, denen ein solches Gerät zugewiesen wird, sollten sich rechtzeitig Gedanken über den Transportraum und die Ausbildung machen, die kaum als Zweitfunktion durchgeführt werden kann, weil dann im Einsatzfall die Erfahrung beim Aufbau und Fährbetrieb fehlt.

H. Sch.

## 48 Stunden geübt

Der THW-BV Hamburg-Altona führte vom 26. bis 28. Mai eine Wochenendausbildung durch. Drei Bergungszüge, I-Zug, Jugendgruppe, Verpflegungstrupp, Materialerhaltungstrupp und die Führungsgruppe des BV Hamburg-Altona waren bei dieser 48-Stunden-Übung eingesetzt. Die Helfergruppen arbeiteten im Wechsel rund um die Uhr.

Die Einheiten kamen im Raume Altona

– Pinneberg – Nordheide zum Einsatz. Engpässe in der Nachrichtenübermittlung wurden durch Abstellung des Einsatzleitwagens des Landesverbandes und Funkfahrzeugen anderer Bezirksverbände überbrückt. Der Übungsplan umfaßte neben dem Bau eines Kfz-Unterstandes (Holzbearbeitung), dem Bau eines 50 m langen Tonnensteges und eines Bergungsturmes sowie dem Bau einer Wassertransportleitung über 1500 m, Trinkwasseraufbereitung und E-Freileitungsbau auch Kartenkunde und -Übungen im Gelände. Der Verpflegungstrupp hatte außer der Verpflegung der eingesetzten Helfer – etwa alle vier Stunden eine Mahlzeit – als Sonderaufgabe eine technische Hilfeleistung (Ausgabe von 1200 Portionen Erbsensuppe) abzuwickeln.



**Zehn Meter hoch ragt dieser Bergungsturm, den das THW Hamburg-Altona errichtete.**

Leistungs-/Zeitbänder für die einzelnen Arbeiten ermöglichten eine Ablaufkontrolle und die Überprüfung der zeitlichen Vorausschätzung. Trotz einiger nicht vorhersehbarer technischer Mängel wurden die Arbeiten in der geplanten Zeitvorgabe fertiggestellt.

Für die Helfer war diese Art des Arbeitseinsatzes zunächst ungewohnt. Die Umstellung auf eine nicht dem normalen Tagesrhythmus entsprechende Zeiteinteilung bereitete manchmal Schwierigkeiten. Das Ziel der Wochenendausbildung wurde jedoch voll erreicht. Im einzelnen ging es dabei um:

- Führung eines größeren Verbandes;
- Einsatz des Führungsmittels Sprechfunk;
- mehrtätigen Arbeitseinsatz ohne Unterbrechung bei interner Ablösung;
- Zusammenleben in einer größeren Gemeinschaft;
- Versorgung der Helfer.

Bei allen Helfern war die Befriedigung über die erbrachte Leistung zu spüren, wenn auch dem einzelnen mehr als der übliche Einsatz abverlangt worden war.

D. B.

## Vier Gründungsjubiläen in vier Wochen

Für den ersten Landesbeauftragten des THW in Niedersachsen, den kürzlich verstorbenen Marinearsenaldirektor a. D. Dipl.-Ing. Otto Fenselau, brachten die Monate Mai und Juni des Jahres 1953 einen regelrechten Ortsverbands-Gründungsboom. Durchschnittlich wurde in jeder Woche ein neuer OV gegründet – ein wahres Rekordergebnis.

25 Jahre danach feierten vier Ortsverbände ihre Gründungsjubiläen mit Ausstellungen und Festakten. Für den jetzigen Landesbeauftragten Sahlender waren die vielen Jubiläen terminlich nicht leicht abzustimmen. Der Sachgebietsleiter für die Öffentlichkeitsarbeit, Bormann, sprach von einem „Ausverkauf“ an Fahnen und Transparenten, Prospekt- und Werbematerial.

Der THW-OV **Hann.-Münden** beging seine Jubiläumsfeier am 20. Mai 1978. Durch Mitteilungen in der Presse, durch Handzettelverteilung und Plakatschläge hatte OB Rieger die Mündener Bevölkerung auf diesen Tag und die im Schloßpark stattfindende Ausstellung hingewiesen. Auch der preiswerte Verkauf von Erbsensuppe aus der Gulaschkanone war publik gemacht worden.

Die Veranstaltung wurde ein Erfolg: Trotz des regnerischen Wetters kamen rund 3000 Besucher zum Schloßpark. Sie informierten sich über Fahrzeuge und Gerät, deckten sich mit Prospekten ein und sahen den Vorführungen zu. Bratwurst, Erbsensuppe und Getränke wurden geboten. Zur Gratulation war eine ganze Reihe prominenter Gäste gekommen, unter ihnen auch der Mündener Bürgermeister Fiege und Stadtdirektor Lange. Bei Politikern, der Bevölkerung und der Presse konnte eine erfreuliche Resonanz festgestellt werden. Zahlreiche Geschenke, die zum größten Teil zur Ausschmückung der THW-Unterkunft gedacht sind, trafen ein.

Am 3. Juni 1978 beging der THW-OV **Wilhelmshaven** den 25. Jahrestag seines Bestehens. Eine Fahrzeug- und Geräteausstellung auf dem Bahnhofsvorplatz und eine Feier in der Fahrzeughalle des OV boten der Bevölke-



Übersichtlich gestaltete Fahrzeug- und Geräte-Ausstellungen waren anlässlich der Gründungsjubiläen zu sehen. Unser Bild zeigt die THW-Ausstellung in Wilhelmshaven.

rung die Möglichkeit, das THW näher kennenzulernen.

Eine große Zahl von Besuchern interessierte sich für die Fahrzeuge und Gerätschaften, die dem THW-Ortsverband zur Verfügung stehen. Freundliche Helfer gaben bereitwillig Auskunft; die vorbereiteten 400 Portionen Erbsensuppe waren schnell „vergriffen“. Am Abend konnte OB Herbold eine große Zahl von Gratulanten begrüßen. Zahlreiche Ehrungen wurden durch den stv. Landesbeauftragten Rohwedder vorgenommen. Ein gemütliches Beisammensein – bei Klängen der Diskothek des Jugendrotkreuzes – beschloß die Jubiläumsfeier.

OB Seim und seine Helferschaft hatten sich zur Feier des 25. Gründungstages des OV **Helmstedt** am 9. und 10. Juni 1978 einiges einfallen lassen. Im Sitzungssaal des Rathauses fand – weil die eigenen Unterkunftsräume des THW dazu nicht geeignet waren – eine Feierstunden statt. Landrat Evers, Bürgermeister Kieschke, Stadtdirektor Schultz und viele andere Gäste waren anwesend, als die stetige Aufwärtsentwicklung des OV Helmstedt gewürdigt wurde. Mit einigen Ehrungen durch den THW-Landesbeauftragten Sahlender und dem Versprechen der anwesenden Politiker, sich für eine neue THW-Unterkunft einzusetzen, ging der Festakt zu Ende.

Die Helferinnen und Helfer, die mit ihren Angehörigen am Sonnabend den Festball im „Quellenhof“ besuchten, stellten sich am Vormittag mit ihren Fahrzeugen und Geräten auf dem Holzberg der Bevölkerung vor. Die Klänge der Helmstedter Fanfarenzuges und die Ausgabe von Erbsensuppe lockten auch hier viele Besucher an. Anlässlich der Ausstellung war ein Postamt eingerichtet worden, auf dem die an diesem Tage frankierten Briefe mit einem THW-Werbestempel versehen wurden. Große Nachfrage gab es nach den Briefumschlägen, die der OV Helmstedt hatte drucken lassen.

Die Jubiläumsfeier des THW-OV **Nordenham** fand am 16. Juni 1978 statt. Der Ortsverband hatte in den „Kaiserhof“ nach Schweetwarden eingeladen. Vor Beginn der Festveranstaltung konnten auf dem Parkplatz die Einsatzfahrzeuge besichtigt werden. Musikalische Unterhaltung bot der Spielmannszug Seefeld.

Nach der Begrüßung durch OB Eilers sprachen Landrat Gröneveld, Oberkreisdirektor Bernhardt und der stv. Bürgermeister Ede zu den Gästen. Der stv. Landesbeauftragte Rohwedder ehrte einige Jubilare.

Mit einem Tag der offenen Tür im Juli – genau vier Wochen nach dem Gründungstag – schloß der OV Nordenham die Reihe seiner Veranstaltungen ab.

## Ehrung für Ltd. Senatsrat Friedrich-Wilhelm Grunst

Am 19. Juli überreichte der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, dem Leiter der Abteilung III (Sicherheit und Ordnung) beim Senator des Inneren von Berlin, Ltd. Senatsrat Friedrich-Wilhelm Grunst, das ihm vom Bundesminister des Inneren verliehene THW-Ehrenzeichen in Silber.

Die Zusammenarbeit zwischen dem THW und dem Senat und der Berliner Feuerwehr ist vorbildlich. In fairer, sachlicher und menschlich freundlicher Atmosphäre wurden Grundlagen und



Mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber würdigte THW-Direktor Dipl.-Ing. Ahrens die Verdienste von Ltd. Senatsrat Grunst um die gute Zusammenarbeit im Berliner Katastrophenschutz.

Arbeitsbedingungen geschaffen, die dem Berliner THW den Freiraum der selbständig arbeitenden Katastrophenschutzorganisation gaben, andererseits eine optimale Einbindung in den Katastrophenhilfsdienst mit gesetzlich verankerter Mitwirkung auch in friedensmäßigem Einsatz regeln.

Auf dieser Basis aufbauend konnte das Berliner THW eine Entwicklung nehmen, die allen Seiten gerecht wurde. Dabei hat der Senat als „redlicher Makler“, auch gegenüber seiner eigenen Einrichtung, der Berliner Feuerwehr, die Entwicklung und die Einsatzstärke des THW immer im Auge gehabt und gefördert. Daß dies gut und richtig war, zeigt sich heute im praktischen Einsatz. Das THW in Berlin ist auch im friedensmäßigen Katastrophenschutz nicht mehr wegzudenken. Daß dieser Zustand reibungslos und für alle Seiten nutzbringend

erreicht werden konnte, ist im wesentlichen das Verdienst von Ltd. Senatsrat Grunst. Er schuf auch die Voraussetzungen in seiner Abteilung und darüber hinaus, die schließlich zu solchen Erfolgen führen mußten.

Das Berliner THW gratuliert deshalb sehr herzlich zu dieser hohen Auszeichnung und freut sich, daß die gute Zusammenarbeit auch in dieser äußerlichen Form gewürdigt wurde. G. B.

## Mit Rias in die Ferien!

Zum dritten Male fand unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Carstens das Riesenvolksfest vor dem Reichstagsgebäude in Berlin statt. Bei herrlichem Sonnenschein freuten sich rund 150 000 Berliner an einem sechsstündigen Non-Stop-Programm für alt und jung. Viele bekannte Orchester, Bands und Künstler sorgten für Unterhaltung. An mehreren Stellen konnte auch aktiv mitgemacht werden, insbesondere waren die Tanzflächen voll besetzt.

Feuerwehr, Polizei und THW beteiligten sich wiederum mit einer gemeinsamen Fahrzeug- und Geräteschau und brachten auf der Vorführfläche abwechselnd Ausschnitte aus ihrer Arbeit. Die Hauptaufgabe des THW lag aber wiederum im organisatorischen Bereich. Wichtiger Punkt war die Stromversorgung auf dem Festplatz, wobei sowohl die Übertragungswagen des Rias versorgt werden mußten, als auch an die Würstchenbrater oder an die Aufheizung eines Schwimmbeckens gedacht werden mußte. Insgesamt waren ca. 30 Stromabnehmer zu bedienen. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Funk- und Fernmeldebereich. Wie auch in den Vorjahren konnte mit Sondergenehmigung der Landespostdirektion die Funkaustattung des THW benutzt und die Gesamteinsatzleitung im Funkleitwagen des THW installiert werden.

Viel Prominenz, an der Spitze der Bundestagspräsident und der Regierende Bürgermeister, war zu dem Volksfest erschienen. Welch Wunder, daß allgemein der Wunsch geäußert wurde, daß dieses Fest auch im kommenden Jahr stattfinden soll.

Am 18. Juli 1979 wird es deshalb wieder heißen „Mit Rias in die Ferien“!

G. B.

## Schnelle Hilfe – glückliche Kinder!

Spontan kam am Ausbildungsabend die Zusage von zehn Bergungshelfern, am Wochenende im Spastiker-Zentrum des ev. Waldkrankenhauses in Spandau behinderten Kindern ein Therapie-Spielzeug zu errichten. Das Gerät ähnelt dem THW-Hängesteg und dient den Kindern zur Wiedererlangung des Gleichgewichtssinnes sowie zur Überwindung von Hemmungen.



Eine Art Hängesteg bauten die THW-Bergungshelfer als Therapie-Spielzeug für das Spastiker-Zentrum des Waldkrankenhauses in Spandau.

Es galt, zwei Portale im völlig verwurzelten Waldboden zu errichten, und zwar zentimetergenau. Die Präzision spielt bei diesem Gerät eine außerordentlich große Rolle, da Zwischenräume im perlenförmig aufgezogenen Belag schwerwiegende Verletzungsgefahren in sich bergen. Die Helfer, unter der Leitung ihres erfahrenen Zugführers G. Schulz, waren mit ganzem Herzen bei der Sache, zumal sie zum Teil selbst Familienväter sind.

Die Heimleiterin war voll des Lobes, als die Helfer noch eine Stunde länger blieben, um einen unfallsicheren Zu- und Abgang zu konstruieren. Per Handschlag versicherten die Helfer der Leiterin, in ihrer Freizeit ein Netz zu knüpfen, das zum Schutze der Kinder noch angebracht wird. Eine interessante Aufgabe, mit Überlegung gelöst; dazu begeisterte Kinder: ein schöner Lohn für alle Beteiligten.

H. S.



## Führungswechsel und Helferehrung beim OV Kleve

Im Rahmen einer Helferversammlung des THW-OV Kleve wurde der bisherige Ortsbeauftragte Simon verabschiedet. Sein Nachfolger, der bisherige Stellvertreter Reuther, überreichte dem scheidenden OB als Dank für die geleistete Arbeit im Namen aller Helfer als Erinnerung einen Wandteller mit THW-Emblem.



Der scheidende Ortsbeauftragte des THW-OV Kleve, Simon, mit dem Abschiedsgeschenk der Helfer, einem Wandteller.



Das goldene Helferzeichen mit Kranz erhielten die Gruppenführer Wolters und Kraft (v. l.); rechts THW-Kreisbeauftragter Fischer.

In dieser Veranstaltung wurden gleichzeitig die Gruppenführer Wolters und Kraft, die beide inzwischen 20 Jahre im Ortsverband Kleve tätig sind, für ihre langjährige und beispielhafte Mitarbeit vom Kreisbeauftragten Fischer mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz geehrt.

P. F.

## Gemeinsame Übung mit 412 Helfern

Ausgezeichneter Ausbildungsstand, vorbildliche Einsatzbereitschaft, sehr gute Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen sowie bürgerschaftlicher Geist, der bereits über ein Viertel-

jahrhundert hinweg fort dauert, wurden in der Zeit vom 9. bis 11. Juni 1978 erneut deutlich unter Beweis gestellt.

Dies war das Fazit einer großangelegten Katastrophenschutzübung des THW, die zum 25jährigen Bestehen des THW-OV im Raum Petershagen durchgeführt wurde. Für die Organisation und Durchführung dieser bisher größten Übung des Ortsverbandes zeichnete der Ortsbeauftragte Dr. Otto Peter Happel verantwortlich. Zum Einsatz kamen 412 Helfer und über 80 Fahrzeuge.

Am Samstagmittag hatte sich eine große Anzahl prominenter Gäste bei der Katastropheneinsatzleitung in der Grundschule Petershagen eingefunden, um sich an Ort und Stelle einen Einblick in das Übungsgeschehen zu verschaffen und um sich an den Übungsschwerpunkten von dem disziplinierten und kameradschaftlichen Einsatz der Helfer zu überzeugen. So sah man an der Spitze u. a. die beiden heimischen Bundestagsabgeordneten Martin Horstmeier und Lothar Ibrügger, Oberkreisdirektor Dr. Rolf Momburg, den stv. Bürgermeister der Stadt Minden, Walter Ems, und die Repräsentanten der Feuerwehr, des DRK, der DLRG und weiterer Organisationen und Verbände.

Die Übungsleitung war nach dem Muster einer Katastrophenabwehrleitung zusammengesetzt, wobei die einzelnen Funktionen von Führungskräften der mitwirkenden THW-Ortsverbände wahrgenommen wurden.

Der Mindener OB Dr. Happel und der als Einsatzleiter fungierende THW-Kreisbeauftragte von Gütersloh, Dieter Flöttmann, erläuterten den Gästen die Lage, die als Ausgangspunkt große Überschwemmungen im Bereich der Weser bei Jössen vorsah.

Es wurde angenommen, daß die „Jössener Insel“ mit ihren 2000 Einwohnern samt dem Campingplatz völlig von der Außenwelt abgeschnitten sei. Den Einsatzkräften stellte sich die Aufgabe, Versorgungsleitungen instandzusetzen, Übergänge über Weser und Kanal wieder herzustellen, Behelfsübergänge zu schaffen, Fernmeldeverbindungen aufzubauen und ein Behelfslager mit Wasser-, Strom- und Abwasserleitungen einzurichten. Daneben mußten Uferbefestigungen durchgeführt und andere Bergungsaufgaben verschiedenster Art bewältigt werden.

Erstmals war bei der Großübung den anrückenden Helfern lediglich die allge-

meine Lage bekannt; nähere Einzelheiten erfuhren sie erst nach Eintreffen im Bereitschaftsraum. Man wollte die Übung so realistisch wie möglich gestalten. So sahen sich die Führungskräfte vor die Situation gestellt, selbständig Entscheidungen treffen zu müssen, diese aber gleichzeitig untereinander abzustimmen. Sonderaufgaben stellten weitere Anforderungen an das fachliche Können und das Improvisationsvermögen.

Die Einsatzleitung war ehrlich genug einzugestehen, daß nicht alles völlig nach Wunsch und ohne Fehler ablief: „Aus Fehlern kann man nur lernen, und wir sind immer bereit hinzuzulernen.“ Hervorgehoben wurde jedoch die ausgezeichnete Kameradschaft aller Einsatzkräfte untereinander. Anerkennung fand auch die Zusammenarbeit mit dem DRK Minden, den Freiwilligen Feuerwehren Petershagen und Stemwede, dem Fernmeldezug des OKD Minden, der Ortsgruppe Minden der DLRG und der Jugendfeuerwehr der Stadt Petershagen.

Zusammen mit THW-Helfern aus Bielefeld, Bünde, Detmold, Gütersloh, Halle, Herford, Höxter, Kalletal, Lübbecke, Minden, Öhringen, Paderborn und Vlotho wurden die Mindener Helfer an insgesamt 31 verschiedenen Einsatzorten aktiv. Die Gäste hatten anschließend Gelegenheit, sich an der Weser davon zu überzeugen, daß die Helfer sich auch von dem inzwischen aufgekommenen Regen nicht von der Erfüllung ihrer Übungsaufgaben abbringen ließen.

Besonderes Interesse zeigte man am Bau einer Bailey-Brücke, die zum ersten Male im Mindener Raum zu sehen war und deren Aufbau im gemeinsamen Einsatz der THW-Ortsverbände Öhringen (Baden-Württemberg) und Minden demonstriert wurde. Bei dieser Brücke wird das Übergangsbauwerk auf dem Lande zusammengesetzt und dann abschnittsweise über das Wasser vorgeschoben. Ebenso kamen auch Fähren, Schaluppen, Notstromaggregate, Trinkwasseraufbereitungsanlagen, Atemschutzgeräte und viele andere Ausstattungsgegenstände zum Einsatz. Drei Feldküchen sorgten für das leibliche Wohl.

Den offiziellen Beobachtern, vor allem den Politikern, hat die Übung sicherlich gezeigt, daß es notwendig ist, diese Arbeit noch mehr als bisher zu unterstützen.

U. J.



## Erfolgreiche THW-Funkübung

Funksprecher und Kraftfahrer aus rheinlandpfälzischen THW-Ortsverbänden trafen sich zu einer überregionalen Funkübung in Frankenthal. Dieser relativ kleine Ortsverband mit 57 aktiven Helfern hatte schon seit Wochen an der Vorbereitung gearbeitet. Es galt, lohnende Ziele für die Erkundungsfahrt der Einsatzfahrzeuge zu ermitteln, hunderte von Koordinaten zu bestimmen, funktechnische Probleme zu lösen, die Übungsgenehmigung von den zuständigen Behörden zu erhalten und nicht zuletzt für die Verpflegung der über 70 Übungsteilnehmer zu sorgen.

Als gegen 7 Uhr die ersten Einsatzfahrzeuge nach zum Teil langer Fahrt – den weitesten Weg hatte der OV Wittlich mit 140 km – eintrafen und die Helfer ein kleines Frühstück einnahmen, blickte der Koch mit stolzen, jedoch etwas übermüdeten Augen auf die 150 Brötchen, die er während der Nacht vorbereitet hatte.

Die Funküberwachungsstelle war in einem MKW durch THW-Helfer der FM-Zentrale HVB der Stadt Kaiserslautern eingerichtet worden. In der Funkleitzentrale überprüften Männer des FM-Zuges des OV Bad Kreuznach bereits das einwandfreie Funktionieren der Funk- und Aufzeichnungsgeräte. Pünktlich um 8.30 Uhr wurde die Übung durch den Frankenthaler OB Christian Anders und den stv. Landesbeauftragten Wolfgang Lux eröffnet.

Zunächst wurde der Übungsablauf erläutert. Für die Besatzungen der 18 Einsatzfahrzeuge ging es darum, nacheinander je 15 nur durch Koordinaten angegebene Punkte in dem für die meisten Teilnehmer unbekanntem Gelände anzufahren, dort leichte Erkundungsaufgaben zu lösen und die Ergebnisse der Funkleitzentrale per Funk mitzuteilen. Dort überprüfte man die Richtigkeit der Erkundungsergebnisse und gab die Koordinaten des nächsten Zielpunktes durch. Keine leichte Aufgabe für viele Übungsteilnehmer, da nur wenige Helfer an derartigen Übungen, vor allem auch in dieser Größenordnung, teilgenommen hatten.

Bei der Funkleitstelle hatte man alle Hände voll zu tun. Pausenlos waren eingehende Funksprüche auszuwerten und neue Anweisungen zu geben. Gegen 16 Uhr erreichten alle Fahrzeuge wieder das Unterkunftsgelände des



**Auftakt zur großen Funkübung: Einweisung an der Karte.**



**Ständig überwacht, zeigte es sich im Verlauf der Übung, daß die Funkdisziplin strikt eingehalten wurde.**

OV Frankenthal. In einer kurzen Schlußbesprechung wurde das Fazit gezogen. Dabei hob der stv. Landesbeauftragte Lux den guten Ausbildungsstand und den Übungseifer der Helfer hervor. Besonders zufrieden zeigte er sich über die hervorragende Organisation durch den OV Frankenthal und das strikte Einhalten der Funkdisziplin während der gesamten Übung. Da der Funkverkehr nur auf einem Brand- und Katastrophenkanal über Relais abgewickelt werden mußte, waren Funkdisziplin und korrektes Absetzen der Einzelgespräche unerlässlich. T. S.

## Vielseitige Öffentlichkeitsarbeit des OV Trier

Dreimal innerhalb von fünf Wochen trat der OV Trier mit Ausstellungen und Vorführungen sowie mit einem Vergleichswettkampf an die Öffentlichkeit. Gerade dadurch, daß die Veranstaltungen so kurz hintereinander, aber unter verschiedenen Leitgedanken von verschiedenen Trägern durchgeführt wurden – wobei das THW jeweils mit nicht zu übersehendem Informationsangebot teilnahm – demonstrierte man überzeugend die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft des THW.

Den Anfang machte die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“. Diese Wanderausstellung, mit der der BVS einerseits die Bürger auf die staatlichen Aufgaben und Leistungen hinweisen, andererseits aber als unabdingbares Gegenstück die Bedeutung und Notwendigkeit privater Mitarbeit und Vorsorge herausstellen wollte, war das Kernstück für Geräteausstellungen und Vorführungen der neun Hilfsorganisationen, die sich durch das humanitäre Prinzip verbunden fühlen. An je einem der neun Ausstellungstage war eine der Organisationen tätig.

Es war sicherlich nicht nur der für eine solche Veranstaltung günstige Sonntag, an dem das THW an der Reihe war, der eine große Besucherzahl auf den Ausstellungsplatz lockte. Das große Aufgebot an Fahrzeugen und Geräten und die Demonstration der verschiedenen Techniken, insbesondere auf dem Gebiet der Bergung, fanden viele interessierte Zuschauer.

Vier Wochen später wiesen blaue Fahrzeuge in dem bunten Gewimmel auf dem Hauptmarkt darauf hin, daß auch das THW seinen Beitrag zum „Tag der Umwelt“ beizusteuern hatte. Zwischen den von TÜV, Stadtverwaltung, Stadtwerken, Zweckverband Abfallbeseitigung, Feuerwehr sowie anderen Dienststellen und Organisationen aufgestellten Ständen mit Informationsmaterial, Meßgeräten, Schautafeln, Filmvorführungen etc. demonstrierte das THW mit der Trinkwasseraufbereitungsanlage, daß auch in Katastrophen- und anderen kritischen Situationen die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Einen umfassenden Einblick in die Leistungsfähigkeit des THW-Ortsverbandes gab der Vergleichswettkampf, der eine Woche später stattfand. Diese Veranstaltung, die eine Überprüfung von Kenntnissen und Können bedeutete, fand auch das Interesse vieler Bürger der Stadt. Wenn die Besucher auch nicht die zu Beginn in der Unterkunft durchgeführte schriftliche Prüfung des theoretischen Wissens verfolgen konnten, hatten sie doch Gelegenheit, an verschiedenen Plätzen der Stadt und der nächsten Umgebung die praktischen Übungen zu beobachten. Im Durchschnitt wurden übrigens gute Leistungen erzielt; die Siegergruppe erreichte 91 % der möglichen Punkte.

## 20 Jahre THW Völklingen

Unter dem Motto „Helfen wollen ist gut, helfen können ist besser, helfen will gelernt sein“ feierte der THW-OV Völklingen seinen 20. „Geburtstag“. Dazu hatten die Helfer in wochenlanger Vorarbeit die Voraussetzungen geschaffen, an den Veranstaltungstagen, einem Wochenende, die Unterkunft und die dazugehörigen Einrichtungen in einer vorbildlichen Art vorzustellen.

Während im Erdgeschoß der Unterkunft in einer Fotoausstellung die Arbeit des OV Völklingen dokumentiert wurde, waren im angrenzenden Übungsgelände alle Fahrzeuge und Geräte des Bergungs- und Wasserdienstes zu sehen. Der neuerrichtete Bergungsturm mit einer Höhe von 15 m, eine 16-t-Behelfsbrücke, ein 60 m langer Hängesteg sowie ein Derrick und andere Übungselemente gaben ein Spiegelbild des vielseitigen Könnens der Helfer des OV Völklingen, die auch schon in Indien, Tunesien, Mauretanien sowie Zaire eingesetzt waren. Auch die Trinkwasseraufbereitungsanlage, betrieben von Helfern des OV Ludweiler, beeindruckte die Besucher sehr.

Groß war der Andrang bereits am ersten Tag, denn der Ortsverband hatte alle Abschlußklassen der Haupt- und Realschulen eingeladen; viele Lehrer nutzten mit ihren Schülern die Gelegenheit, Gemeinschaftskunde „am Objekt“ durchzuführen.

Die Festveranstaltung am Abend war ebenso gelungen wie die gesamte Veranstaltung, die trotz des relativ schlechten Wetters sehr gut besucht war.

Eigens für den Festkommers war die neuerrichtete Kfz-Garage geschmückt worden. Der stv. OB Hecht begrüßte neben den Helfern Minister Dr. Wicklmayr, Vertreter der Städte Saarbrücken und Püttlingen, des BZS, der Bundeswehr, der Stadtratsfraktionen, Polizei, Stadtwerke, Saarbergwerke, Stahlwerke Röchling-Burbach, der Forstverwaltung sowie Vertreter von Feuerwehr und Abordnungen aller sieben Ortsverbände des Geschäftsführerbereichs Saarbrücken.

Nach der Festrede von OB Specht, der die Geschichte des OV Völklingen in den vergangenen 20 Jahren schilderte, hielt Minister Dr. Wicklmayr eine beeindruckende Rede. Dr. Wicklmayr hat als Völklinger Bürger die Entwicklung des THW mit erstaunlicher Detail-



Blick in die Fotoausstellung des THW-Ortsverbandes Völklingen.

kenntnis mitverfolgt. Hauptsachgebietsleiter Schillo, der die Grüße des in Urlaub weilenden Landesbeauftragten Reimann überbrachte, hob in seinen Ausführungen die Verdienste der Helfer dieses überdurchschnittlich aktiven OV hervor und zeichnete im Auftrag des THW-Direktors verdiente Helfer aus. Nach weiteren Ansprachen und der Überreichung von Geschenken klang der Festkommers mit einem gemüthlichen Zusammensein aus. G. F.

### Einsatz nach schwerem Verkehrsunfall

Lebensgefährlich verletzt war ein Pkw-Fahrer in seinem Fahrzeug eingeklemmt, nachdem er auf der Landstraße am Ortsausgang von Walhausen, Richtung Wolfersweiler, mit einem anderen Pkw zusammengestoßen war. Versuche von Feuerwehr und DRK, ihn zu befreien und der ärztlichen Versorgung zuzuführen, blieben ohne Erfolg.

Deshalb alarmierte die Polizeidienststelle Nohfelden in Türkismühle den Zugführer des B-Zuges Nohfelden, Perzborn, der mit einem Trupp von sechs Helfern und dem Verkehrshilfsdienst-Kombi herbeieilte. Mit Hilfe von zwei hydraulischen Rettungsscheren gelang es in einstündiger Arbeit, die wegen ärztlicher Sofortmaßnahmen am Unfallort mehrmals unterbrochen werden mußte, den Schwerverletzten zu bergen. Der Transport in eine Unfallklinik erfolgte mit einem Rettungshubschrauber. G. F.

### Übung des OV St. Ingbert

Um Ausbildungsstand und Einsatzbereitschaft der Helfer des THW-OV St. Ingbert zu überprüfen, hatte OB Thiel in einem Waldgelände bei Lautzkirchen eine Übung angesetzt, an der über 40 Helfer – ein kompletter I-Zug sowie eine B-Gruppe – teilnahmen. Übungsannahme war die Verschüttung



Eine der Übungsaufgaben: Einsatz von Bohrwerkzeugen.

von Spaziergängern durch einen Felsrutsch, ferner die Zerstörung von Versorgungsleitungen zu einem höhergelegenen Aussiedlerhof.

Aufgabe der Helfer unter der Leitung von Zugführer Klein war, zunächst die Verletzten, auch unter Einsatz von Hydropressen und Bohr- sowie Spaltwerkzeugen, zu bergen. Der Einsatz des I-Zuges erstreckte sich von der Versorgung des Aussiedlerhofes mit elektrischer Energie über einen Notstromerzeuger, die Herstellung der Fernmeldeverbindung, das Niederbringen einer Brauchwasser-Tiefbohrung zur Versorgung der Tiere im Aussiedlerhof bis zur Ausleuchtung der Schadensstelle.

Kritische Beobachter der gelungenen Übung, die den guten Ausbildungsstand der Helfer des OV St. Ingbert zeigte, waren neben HSGL Faß und OB Thiel auch Vertreter der Revierförsterei Bierbach. G. F.

### Nachruf

Der THW-Ortsverband St. Wendel trauert um seinen Ortsbeauftragten  
**Günther Roth**

Er verstarb am 18. März 1978 an den Folgen einer langen, schweren Erkrankung im Alter von nur 45 Jahren. Roth gehört seit 1959 dem THW und dem Ortsverband St. Wendel an. Nach seiner Tätigkeit als Fahrer, Schirrmeister und Gerätewart sowie Zugführer des Bergungszuges St. Wendel wurde er zum Ortsbeauftragten des OV St. Wendel ernannt.

1975 wurde ihm für seine besonderen Verdienste um das THW vom Bundesminister des Innern das Ehrenzeichen des Technischen Hilfswerkes in Silber verliehen.

Sein Andenken und sein Name wird auch in Zukunft noch oft im Helferkreis anklungen.

Die Helfer des OV St. Wendel



## THW und Kirche

„Menschen behüten – Leben gewinnen“, unter diesem Motto stand ein Abendgottesdienst der ev. Kirchengemeinde Wächtersbach am „Tage des Straßenverkehrs“, zu dem neben dem THW das DRK und die Feuerwehr eingeladen waren. Der Gottesdienst sollte nicht nur Mahnung sein, sich dieses Motto immer wieder zu Herzen zu nehmen; es sollte auch daran erinnert werden, daß es trotz des immer mehr um sich greifenden Egoismus auch noch Vorbilder in bezug auf den Einsatz für den Mitmenschen in unserer Gesellschaft gibt.

Die Gesellschaft wie die Kirche brauchen solche Leitbilder gerade heute, so führte der Prediger aus. Das Zusammenleben, besonders im Straßenverkehr, kann nicht mit Gesetzen allein geregelt werden. Die drei Einrichtungen THW, DRK und Feuerwehr gehen der Frage praktisch nach: „Wo kann ich meines Bruders Hüter sein?“ (die sogenannte Haftfrage). Jeder will mehr als der andere sein. Das Selbstbewußtsein leidet, wenn ein anderer vor ihm ist, eine verhängnisvolle Einstellung im dichten Straßenverkehr. Im freiwilligen Vereinsleben – gerade der human eingestellten Betätigung – werden Rücksichtnahme, Solidarität und Opferbereitschaft geübt.

Die jüngsten Verkehrsteilnehmer, näm-

lich die Kinder des Kindergartens und die Konfirmanden, führten im Rahmen des Gottesdienstes Singspiele und Wortillustrationen auf, die das Bibelwort auslegten: „Handelt selbst so, wie ihr es von anderen euch gegenüber erwartet.“ Der Gottesdienst brachte zum Ausdruck, daß der Glaube im Alltag sich verwirklichen muß und daß christliche Einstellungen nicht nur in der Kirche selbst, sondern auch in weltlichen Institutionen praktiziert werden.

Eine Woche später half der THW-OV Wächtersbach mit Unterstützung des Nachbar-OV Steinau bei der Ausrichtung eines Gottesdienstes im Freien. Die Kirchengemeinde versuchte, den Wunsch der Gemeindeglieder nach mehr Abwechslung im Gottesdienst zu erfüllen. Die Grenzenlosigkeit, die für die Kirche typisch sein sollte, fand ihren äußeren Ausdruck im Raumgefühl. Große alte Bäume des Schloßparks, ausgedehnte Rasenflächen und das blaue Firmament – von warmer Sonne durchstrahlt – bildeten diesmal das Kirchenschiff.

Die Mitwirkung von Spielmanns- und Fanfarenzug, Gesangverein und THW nahm der Prediger zum Anlaß, über das Zusammenspiel im menschlichen Leben zu sprechen. Große und wichtige Dinge gelingen nur, wenn jeder seinen Beitrag einfügen läßt und nicht als Spieler der ersten Geige den anderen überbönen will. Ein bißchen weniger ICH

und mehr WIR macht das Zusammenleben nicht nur erträglich, sondern auch schön. Das, was Rettungsdienste und Vereine praktizieren, ist eine Frucht gelebten christlichen Daseins. Darum stellten die mitwirkenden Vereine und das THW selbst ein Stück der Predigt dar.

Unter Einsatz eines THW-Feldkochherdes ab 6.30 Uhr morgens gelang es, über 300 Besucher mit einer köstlichen Erbsensuppe und Würstchen zu erfreuen. Für die Kleinen gab es lustige Spiele und viel Kurzweil. Es war schon ein kleines Volksfest, und alle Mitwirkenden hörten gern das Lob: „So sollte es bald wieder geschehen.“ G. G.

## Nachruf

Der THW-Ortsverband Kassel trauert um seinen Kameraden

### Uwe Günther

Der Helfer verstarb am 21. August 1978 im Alter von 21 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit. Seit 1975 gehörte Günther dem Ortsverband Kassel an.

Durch sein kameradschaftliches Verhalten war er bei allen Mitarbeitern beliebt und geachtet. Die THW-Kameraden werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Kassel

# BADEN-WÜRTTEMBERG



## Wirbelsturm verursachte Millionenschäden

Am 3. August, gegen 16 Uhr, fegte über Utzstetten, das nahegelegene Gehöft Striethof und Birkhof sowie über die Gemeinde Schechingen bei Schwäb. Gmünd im Ostalbkreis ein schwerer Wirbelsturm hinweg. Der Sturm hinterließ – obwohl er in wenigen Minuten über das Gebiet hinwegzog – eine etwa 10 km lange und über 200 m breite Schneise der Verwüstung. Ganze Waldstücke wurden niedergemäht, landwirtschaftliche Gebäude zum Teil dem Erdboden gleichgemacht, mindestens 60 Häuser abgedeckt und schwer beschädigt, Strom- und Telefonleitungen zerstört, Gärten verwüstet, Autos und Wohnwagen beschädigt, Straßen durch entwurzelte Bäume unpassierbar ge-

macht, Kühe auf der Weide umhergeschleudert und zum Teil so schwer verletzt, daß sie notgeschlachtet werden mußten.

Nach Bekanntwerden des Schadensmaßes löste die Kreisverwaltung Katastrophenalarm aus.

THW-Ortsbeauftragter Kurt Domhan veranlaßte daraufhin die Alarmierung der Helfer des OV Schab. Gmünd und des Stützpunktes Wißgoldingen. Gegen 18 Uhr rückten die ersten Gruppen mit ihren Fahrzeugen ab. Zwischenzeitlich wurde auch der OV Aalen unterrichtet und zur Katastrophenstelle beordert.

Vom Ort des Geschehens zur Unterkunft des OV Schwäb. Gmünd wurde eine Telefonverbindung hergestellt. So konnten die Anforderungen des inzwischen gebildeten Einsatzstabes

entgegengenommen werden. Weitere Einsatzfahrzeuge mit Mannschaften und angeforderten Planen und Abdichtmaterialien rückten aus in Richtung Schechingen. Insgesamt waren sechs Einsatzfahrzeuge und 60 Helfer vom OV Schwäb. Gmünd und deren Stützpunkt Wißgoldingen sowie 50 Helfer des OV Aalen im Einsatz.

Zwei Einsatzleitungen wurden gebildet; eine in Aalen beim Landratsamt unter Führung von Ltd. Regierungsdirektor Ulrich Stückle, die andere vor Ort, gebildet aus den Führungskräften der im Einsatz befindlichen Hilfskräfte. Beim THW hatten OB K. Domhan vom OV Schwäb. Gmünd und H. Hartel vom OV Aalen, bei der Freiwilligen Feuerwehr Kreisbrandmeister Englert und E. Pflieger, bei der örtlichen Feuerwehr E. Schmied die Koordination. Bei der

Polizei zeichneten Helmut Martin und Gerhard Wassermann, für die Hilfskräfte der US-Truppen Oberstleutnant Louzon verantwortlich.

Die Helfer, die zum Einsatzort Striethof beordert wurden, mußten zunächst die Straße von entwurzeltten Bäumen freimachen. Den Männern bot sich ein Bild des Schreckens. Ein solches Ausmaß an Zerstörung hatte man sich nicht vorzustellen gewagt. Wie durch ein Wunder waren keine Toten zu beklagen. Einige leichtverletzte Personen mußten vom Roten Kreuz behandelt werden. Am Einsatzort begann, in Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren, dem Roten Kreuz, dem Überlandwerk UJAG, der Polizei und den Armeeingehörigen der amerikanischen Streitkräfte die Beseitigung der größten Schäden. Man beschränkte sich vorwiegend auf das notdürftige Reparieren und Abdichten der Dächer mit Planen und anderem Abdeckmaterial sowie die Beseitigung von Trümmern und umherliegenden Bäumen. Somit war wenigstens die Gewähr gegeben, daß die stark in Mit-

leidenschaft gezogenen Häuser nicht auch noch dem Regen der heraufziehenden Gewitterwolken ausgesetzt waren.

Gegen 21 Uhr waren fast alle beschädigten Häuser mit Planen notdürftig abgedeckt. Somit konnte man sich verstärkt den Aufräumarbeiten widmen. Etwa gegen 23.30 Uhr war die nötigste Arbeit geschafft. Das Rote Kreuz hatte zwischenzeitlich zwei Feldküchen aufgebaut und den über 300 Helfern ein Essen zubereitet und dazu Tee mit Rum gereicht.

Am folgenden Tag wurden die Aufräumarbeiten fortgesetzt. Das THW, die Feuerwehren aus dem Umkreis und die US-Armee halfen.

Kreisbrandmeister Englert dankte für die gute Teamarbeit: In einem echten Miteinander habe man die Arbeit bewältigt. Bei dieser Aufgabe habe es sich gezeigt, welche Bedeutung dem Funk zukomme, da bei Katastrophen, und so auch in Schechingen und Umgebung, oftmals die Telefonleitungen unterbrochen würden.

Landrat Gustav Wabro bedankte sich bei allen Helfern und meinte, in einem gewaltigen und großartigen Einsatz hätten die angeforderten und benachrichtigten Hilfsorganisationen die notwendigen und erforderlichen Hilfeleistungen durchgeführt.

## Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

### Klaus Dieter Kirgis

Helfer der 1. Bergungsgruppe des 1. Bergungszuges Ortenaukreis. Der Helfer wurde im Alter von nahezu 25 Jahren durch einen tragischen Verkehrsunfall aus dem Leben gerissen.

Kirgis gehörte dem Ortsverband Achern seit zwei Jahren an. Er war ein williger, hilfsbereiter Kamerad.

Sein Idealismus und sein rastloser Einsatz verpflichten uns zu großer Dankbarkeit.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk  
Ortsverband Achern

# Bayern



## Baumriesen fachmännisch gefällt

Im Rahmen einer Übung hat der THW-OV Kulmbach am Samstag, dem 18. März, in Kulmbach zwei 25 Meter hohe Linden gefällt und in Veitlahm am Friedhof die weit über die Straßen hängenden Kronen der Akazien gesäubert. An dem Einsatz waren rund 50 Helfer beteiligt, um wieder einmal ihre Einsatzbereitschaft unter Beweis zu stellen.

Das THW Kulmbach versteht sich nicht als bloße Hilfsorganisation für den Not- oder Katastrophenfall, sondern ist stets bereit, dort technische Hilfe zu leisten, wo sie benötigt wird. So auch auf dem Gelände der „Limmer's Mühle“ am Grünwehr, wo zwei 25 Meter hohe Linden, die ziemlich krumm gewachsen waren, ein in unmittelbarer Nähe stehendes Wohnhaus gefährdeten. Es war keine leichte Aufgabe für die Männer des THW, diese beiden Baumriesen so umzulegen, daß nichts beschädigt wurde. Doch mit Hilfe der ausgesprochen guten Ausrüstung und dank der guten Ausbildung der Helfer gelang dies bestens. Der Einsatz wurde von OB Horst Schwark geleitet.

Während der eine Teil der Helfer in

Kulmbach arbeitete, war der andere bereits unter Leitung von Zugführer Stenglein in Veitlahm am Werk, wo auch mehrere Ortsbewohner kräftig mit anpackten. Eine Firma hatte dankenswerterweise einen Großkran zur Verfügung gestellt. Nachdem die Bäume „ausgeputzt“ waren, wurde das entfernte Holz gleich an Ort und Stelle in „handliche“ Form gebracht und von Ortsbewohnern per Traktoren abtransportiert.

## Verabschiedung des Ortsbeauftragten in Augsburg

Nach 20jähriger Tätigkeit übergab Ortsbeauftragter Donat Müller dieses Amt am 21. Juli in Anwesenheit vieler prominenter Persönlichkeiten an seinen Nachfolger, Norbert Rother, um selbst künftig „nur“ noch als Helfer mit Rat und Tat beim THW-OV Augsburg mitzuwirken.

Nach herzlicher Begrüßung schilderte der scheidende OB in einem Rückblick die Entstehung und die Höhepunkte des OV Augsburg sowie seiner eigenen, über 20 Jahre eng damit verknüpften Tätigkeit. Besonders erwähnte Müller die anfangs sehr bescheidene Geräte-

und Materialausstattung und die völlig unzureichende Unterbringung.

Durch Beharrlichkeit in ihren Ausbildungs- und Aufbaubemühungen gelang es den THW-Helfern – als welcher auch Müller in erster Linie gesehen werden möchte – diese Schwierigkeiten Zug um Zug zu beseitigen. Hierfür bedankte er sich bei allen Beteiligten, ebenso für den aufopfernden persönlichen Einsatz der Helfer bei den vielen Katastropheneinsätzen im In- und Ausland sowie den kaum zählbaren Einsätzen und Ausbildungsübungen.

In Vertretung des THW-Landesbeauftragten für Bayern unterstrich Herr Leikam die großen Verdienste des scheidenden OB. Im Namen des Direktors der Bundesanstalt THW händigte er das Ehrenzeichen in Silber für besondere Verdienste an Müller aus. Dem neuen OB Rother wünschte er Erfolg und Ausdauer zur Ausübung dieses sicherlich nicht leichten Ehrenamtes. Abschließend zeichnete Leikam drei Helfer des OV mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz für besondere Leistungen aus.

In seiner Antrittsrede als neuer OB brachte Rother seinen festen Willen zum Ausdruck, alles zu tun, um den OV Augsburg weiter zu entwickeln und

die Interessen des THW bestmöglich zu vertreten.

Der Augsburger Oberbürgermeister Hans Breuer dankte in seiner Rede dem scheidenden OB im Namen der Stadt Augsburg für die Unterstützung und Hilfe des THW in den vergangenen Jahren.

### THW schlug Brücke über den Mörnbach

Großübung des THW: Bau einer Notbrücke über den Mörnbach. Das war



Naß bis auf die Haut, fahren die Helfer die Brücke über den Mörnbach ein.

für die Mitglieder des THW-OV Alt-Neuötting eine ideale Übung, und die Stadt Altötting hat nun ihren dringend benötigten Ersatz für die einsturzgefährdete Mörnbachbrücke bei der Bruchmayer-Mühle.

Unter schwersten Bedingungen wurden am Freitagabend Zelte aufgebaut. Naß bis auf die Haut wurden insbesondere die mit dem Bau der Notbrücke über den Mörnbach beauftragten THW-Männer, die sich am Samstagmorgen um 7 Uhr an die Arbeit machten. THW-OB Goebel aus Passau, unter dessen Leitung das THW im Bereich Passau bereits elf Brücken gebaut hat, wies die zum Brückenbau abgestellten Mitglieder des THW-OV Alt-Neuötting zunächst in ihre Arbeit ein. Anhand eines Films erklärte Goebel, worauf es beim Brückenbau besonders ankommt.

Danach klappte auch alles wie am Schnürchen. Trupps von sechs bis acht Mann schleppten die Fertigteile aus Stahl heran und bauten sie zusammen. Das schwerste Teil der 21 Meter langen Brücke wiegt übrigens 256 Kilo. Laut militärischer Lastenklasse trägt die Brücke 30 Tonnen.

OB Goebel äußerte sich über den Verlauf der Übung sehr zufrieden. Die beim Brückenbau eingesetzten 45 Mann hätten außergewöhnlich viel technisches Verständnis und Feingefühl gezeigt. „Gerade beim Brückenbau kommt es

oft auf kleine Kniffe an“, stellte Goebel fest. Der Brückenbau sei eine spezielle Aufgabe des THW. Es verfüge über die Fachkräfte beim Bau von Schwimmbrücken, Fähren, Holzbrücken etc.

Die Brücke stand dann auch in wenigen Stunden. Den staunenden Zuschauern erklärte Goebel: „Der Bau so einer Brücke darf nicht länger als sechs Stunden beanspruchen. Im Katastrophenfall muß das ja auch klappen!“ Der Bau der Mörnbachbrücke hatte nicht einmal sechs Stunden beansprucht! Gegen 12 Uhr waren die THW-Helfer mit ihrer Arbeit fertig.

Der Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks, Dipl.-Ing. Simon Schwarz, sprach sich lobend über den Leistungsstand des Ortsverbandes aus. Bürgermeister Karl Lutz dankte dem THW, das der Stadt mit der Montage der Brücke einen unschätzbaren Dienst erwiesen habe.

### Enge Zusammenarbeit in Friedberg

Der THW-OV Friedberg bemüht sich seit Jahren um die Zusammenarbeit der am Ort tätigen Hilfsorganisationen. So wurde bereits im vergangenen Herbst eine Gemeinschaftsübung abgehalten, an der neben dem THW die Feuerwehren und das Bayerische Rote Kreuz des Landkreises Aichach-Friedberg beteiligt waren.

Besonders erfreulich war die Tatsache, daß das BRK bei der diesjährigen Wochenendübung, die der THW-OV Friedberg auf dem Übungsgelände der Katastrophenschutzschule Bayern (KSL) in Geretsried durchführte, die Gelegenheit wahrnahm, die Bergungsmethoden kennenzulernen, um dadurch die Zusammenarbeit mit dem THW zu verbessern. Der Schminktrupp des MHD trug durch seine gelungenen „Masken“ sehr zum Gelingen der Übung bei.

Rechtzeitig trafen die 26 Führungskräfte des BRK unter der Leitung von Kreiskolonnenführer Erich Menhart auf dem Übungsgelände ein. Herr Ostermeier von der KSL begrüßte die Vertreter des BRK und erläuterte das Vorgehen der Bergungsmannschaft nach der „Fünf-Phasen-Taktik“. Bei einem Rundgang durch das Übungsgelände wurden die dort dargestellten Erscheinungsformen der Schäden, die bei großen Katastrophen an Gebäuden auftreten können, und die bestehenden Simulationsmöglichkeiten erklärt.

Ostermeier hob dabei hervor, daß die

Bergung mit dem Transport der Verletzten und Verschlütteten zum Sammelplatz, der möglichst nahe am Schadensobjekt liegen soll, beendet werde und das Rote Kreuz dort die weitere Versorgung der Verunglückten übernehmen müsse. Die Grenzen der Zusammenarbeit würden jedoch nicht starr gezogen. So werde im Ernstfall während der Bergungsaktion in besonders schwierigen Situationen vom Roten Kreuz ein Arzt oder ein Sanitäter angefordert, der bei Vorliegen mehrerer Bergungsmöglichkeiten vor Ort entscheiden kann, welche zur Bergung anzuwenden sei.



Die Bergung von Verletzten aus Höhen demonstrierten die THW-Helfer mit dem Leiterhebel.

Inzwischen lief die Übung auf Hochtouren. Es war eine Gasexplosion angehtommen worden, die mehrere Gebäude teilweise und eine Reihenhäuseranlage total zerstörte. So konnten die Führungskräfte des Roten Kreuzes das Bergen der Verletzten und Verschlütteten aus Höhen und Tiefen sowie den Transport der Verunglückten aus nächster Nähe beobachten. Die Rettung mit Hilfe von Leiterhebeln konnte dabei ebenso verfolgt werden wie das senkrechte Ablassen von Verletzten nach der bekannten Zwei- und Vier-Mann-Methode und das Bergen Schwervergeschütteter aus einem Trümmerkegel. Besonderes Interesse fand die Durchführung der Erste-Hilfe-Maßnahmen durch Bergungshelfer.

Nach Beendigung der Übung nahmen die Vertreter des BRK zusammen mit den Helfern des THW an einem Mittagessen teil, das vom Verpflegungstrupp des THW-OV Friedberg zubereitet worden war.

M. M.

## Frühjahrsübung „NATEX 78“ im Warnggebiet VII

Ende April fand im Rahmen einer nationalen Übung des Warndienstes im Warnggebiet VII eine zusätzliche Verfahrens- und Meldeübung der ABC-Dienste, der Städte und Gemeinden sowie der Landräte bzw. Oberbürgermeister des Saarlandes statt. In dieser Übung waren der Austausch von Informationen über mögliche ABC-Einsätze, die Arbeitsverfahren und Meldeformen zwischen den zivilen Dienststellen des Saarlandes und den Warndienststellen des Warnggebietes VII sowie die Meldewege auf Kreis- und Landesebene zu erproben.

Von seiten des Warndienstes war das Warnamt VII mit seinen WD-Leitmeßstellen 71, 72, 73, 74 und 75 und die WD-Verbindungsstelle 72 sowie die Beobachtungs- und ABC-Meßstellen mit ihrem hauptamtlichen Personal und Helfern im Zwei-Schichten-Betrieb beteiligt. Als Ausgangslage wurde angenommen, daß sich in den Tagen vorher politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den Orange- und Gelb-Staaten verstärkt hatten und diese nicht ausgeräumt werden konnten. In der Folge kam es am 22. April in den Grenzgebieten zu Kampfhandlungen mit Grenzüberschreitungen, die Abwehrmaßnahmen erforderlich machten.

Um 8.00 Uhr wurden die gegnerische Luftwaffe sowie Raketeneinheiten zum Angriff auf das Hinterland eingesetzt. Zunächst erfolgten diese Angriffe im Bereich der vorderen Kampfzone. Das Gebiet des Saarlandes war ab 10.30 Uhr in die Kampfhandlungen mit einbezogen. Es erfolgten Flugzeug-Angriffe mit chemischen Kampfstoffen. Da die Abwehr des Verteidigungsbündnisses gegen Flugzeuge sehr erfolgreich war, stellte der Gegner gegen Mittag die Flugtätigkeit ein, setzte aber die Kampfhandlungen mit Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengkörpern als Luftdetonationen, später als Bodendetonationen fort.

Mit dieser Ausgangslage war gegeben, daß die beteiligten Dienststellen des Saarlandes, aber auch die Dienststellen des Warndienstes den Stand ihrer Aus-

bildung erproben konnten. Im System des Warndienstes wurde bei dieser Übung erstmalig auch das Warnnetz mit den Warnstellendurchsagen mit vollem Erfolg eingesetzt.

Bei drohenden Angriffen auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist zunächst Aufgabe des Warndienstes, die Bevölkerung so rasch wie möglich zu warnen. Dies geschieht mit Hilfe der aufgebauten Sirenen und über den Rundfunk mit entsprechenden Warnmeldungen. Diese öffentliche Warnung genügt jedoch nicht für Behörden, Betriebe und Einrichtungen, die vor, während oder nach Luftangriffen, ferner bei Gefahren durch radioaktiven Niederschlag, durch biologische oder chemische Kampfmittel besondere Schutzmaßnahmen zu treffen haben. Letzteres gilt vor allem für Führungsstellen auf allen Ebenen, die allgemeine Schutz-, Hilfe- und Rettungsmaßnahmen zu veranlassen haben, ebenso für Betriebe, die in ihrem Bereich besondere Maßnahmen treffen müssen, wie z. B. Verkehrsbetriebe, Elektrizitätswerke und Versorgungsunternehmen der verschiedensten Art. Hierzu sind auch Krankenhäuser zu zählen, die gegebenenfalls über eine Verlegung von Kranken zu entscheiden haben, ebenso Kaufhäuser, Schulen und ähnliche Einrichtungen, die bei Gefahr für den Verbleib der anwesenden Personen sorgen müssen.

Alle diese vorgenannten Stellen müssen daher unabhängig von der öffentlichen Warnung laufend über die Gefahrenlage unterrichtet werden, damit sie die in ihrem Bereich erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig und der gemeldeten Lage entsprechend treffen können. Sie sind mit einer besonderen Fernmeldeeinrichtung, d. h. mit einer Warnstelle, an das zuständige Warnamt angeschlossen und erhalten auf diesem Wege ständig Durchsagen über die Gefahrenlage. Allein aus der Tatsache, daß dieses Nachrichtenmittel erstmals im vollen Umfang bei einer Übung eingesetzt werden konnte, ist es zuzuschreiben, daß die Fernmeldewege erheblich entlastet werden konnten

und den Befehlsstellen auf Stadt- und Kreisebene ein umfangreicheres Bild einer angenommenen Gefahrenlage schnellstens übermittelt werden konnte.

Die zur Beobachtung der Übung an verschiedensten Übungsstellen des Saarlandes anwesenden Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesamtes für Zivildschutz, der Katastrophenschutzschule des Bundes und der Landesregierung des Saarlandes konnten sich überzeugen, daß die Übung durch den Einsatz dieses Informationsmittels wesentlich reibungsloser verlief als vorhergegangene Übungen; auch mit der zusätzlichen Folge, daß die an der Übung beteiligten hauptamtlichen Kräfte und Helfer an allen Stellen mit Engagement an die gestellte Aufgabenerfüllung herangingen. Allerdings mußte erneut festgestellt werden, daß Arbeitsstätten und materielle Ausstattung von AMASTen und BAMSTen der weiteren Verbesserung bedürfen und die Ausbildung der Helfer in verschiedenen Bereichen noch intensiviert werden muß. Nach der Übungslage waren von den nachfolgenden Dienststellen und Einrichtungen folgende Aufgaben zu erfüllen:

### Beobachtungs- und ABC-Meßstelle (BAMST):

- Erstellen von Beobachtermeldungen nach einem Einsatz von chemischen oder atomaren Kampfmitteln und deren Übermittlung an die WD-Leitmeßstelle bzw. die ABC-Auswertestelle (AMAST des Kreises).
- Erstellen und Übermittlung von Wetterhilfsmeldungen.
- Erstellen und Übermittlung von Verstrahlungswerten anhand vorgegebener Meßwerte und deren Übermittlung an die WD-Leitmeßstellen und die ABC-Melde- und Auswertestelle des Kreises.
- Umgehendes Melden von örtlich erkannten Waffeneinwirkungen an die Hauptverwaltungsbeamten.

### ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST):

- Aufnahme und Auswertung der von den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen eingehenden Formmeldungen NBC 1 und NBC 4 und Erarbeitung der ABC-Lage sowie Darstellung auf Karten gemäß der eingegangenen Meldungen.

- Erstellen von vereinfachten Niederschlagsvorhersagen beim Einsatz atomarer Kampfmittel.
- Austausch der Meldungen und Auswertergebnisse mit der WD-Leitmeßstelle und Nachbar-ABC-Melde- und Auswertstellen.
- Bestimmung des Stabilitätsgrades der Luft aufgrund eingegangener Wetterhilfsmeldungen.
- Abhören und Auswerten der Warnstellendurchsage zur Luft- und ABC-Lage.
- Abgabe von Lageberichten an die Hauptverwaltungsbeamten.

#### Beteiligte Stäbe der Städte und Gemeinden:

- Abhören und Auswerten der Warnstellendurchsagen.
- Erkennen von Gefahrenlagen, die sich aus den Übungseinlagen und Durchsagen ergaben.
- Übungsmäßiges Warnen über Fern- tastgeräte bei örtlich erkannten Waffeneinsätzen, wenn das Warnamt VII dazu nicht bereits aufgefordert hatte.
- Erstellen von Lageberichten und Meldungen über besondere Vorkommnisse und Weiterleiten an die Befehlsstelle der Landesregierung.
- Einleiten von Schutz- und Abwehrmaßnahmen einschließlich Hilfezusagen.

#### Die WD-Leitmeßstelle:

- Aufnahme und Vorauswertung der von den BAMSten und AMASSten eingegangenen Meldungen.
- Weitergabe der erfaßten Daten an das Warnamt.
- Abhören und Auswerten der Warnstellendurchsagen.
- Auswerten und Darstellen der ABC- und Luftlage für den eigenen Leitmeßbezirk.

#### Das Warnamt:

- Erfassen und Auswerten aller Meldungen.
- Verbreitung der ausgewerteten Daten über das Warn- bzw. Verständigungsnetz des Warndienstes.
- Warnung der Bevölkerung vor drohenden Gefahren beim Einsatz von Luftkampfmitteln, vor Auswirkungen beim Einsatz atomarer oder chemischer Kampfmittel.

- Laufende Unterrichtung der Inhaber der Warnstellen über die Gefahrenlage.
- Unterrichtung der Befehlsstelle der Bundesregierung und der Warndienste benachbarter NATO-Mitgliedstaaten über die Gefahrenlage und die vom Warnamt getroffenen Maßnahmen.
- Entwarnung nach beendeter Gefahr.

In der Zusammenfassung der gezeigten Ergebnisse der Übung kann die Aussage getroffen werden, daß für alle an der Übung beteiligten Stellen das Übungsziel als erreicht angesehen werden kann.

#### Warnamt VI gewinnt Pokal des BZS

Den wohl größten Erfolg seit Gründung im Jahre 1969 errang die Fußballmannschaft der Betriebssportgemeinschaft des Warnamtes VI: Im sechsten Anlauf wurde der Turniersieg beim Kampf um den Wanderpokal des Präsidenten Dr. Kolb errungen. Am 6. Mai pünktlich um 8.45 Uhr begannen die Spiele der Vorrunde in zwei Gruppen mit je vier Mannschaften. In der Gruppe I versuchten sich die Mannschaften des BZS, des Presse- und Informationszentrums, des THW Euskirchen und der Beschaffungsstelle für das Endspiel zu qualifizieren. In der Gruppe II bewarben sich die Teams der Außenstelle Marienthal, der SG Niederbachem, des Bundesministeriums für Forschung

und Technik sowie des Warnamtes VI um den Einzug ins Finale.

Durch die Anwesenheit des Warnamtsleiters Lütkemeyer entsprechend motiviert, von Coach und Spielführer Einsatzleiter Kopf taktisch klug eingestellt, wurde die Vorrunde ohne Niederlage beendet und somit das Endspiel erreicht. In der Gruppe I tat sich die favorisierte Mannschaft des BZS im entscheidenden Spiel gegen die Beschaffungsstelle erstaunlich schwer, erreichte nur ein Unentschieden und mußte nach Elfmeterschießen den Gegner ins Finale einziehen lassen. Im Spiel um den 3. Platz zwischen dem BZS und der SG Niederbachem behielt schließlich die Sportgemeinschaft aus Niederbachem die Oberhand.

Im Endspiel war die Elf aus Usingen das tonangebende Team; lediglich der starken Leistung des gegnerischen Keepers war es zuzuschreiben, daß der 1:0-Sieg nicht höher ausfiel. Gegner und Experten waren sich einig, daß die technisch reifste Mannschaft das Turnier gewonnen hatte.

Bei der Siegerehrung überreichte Präsident Dr. Kolb den Wanderpokal und Siegespreis. Er äußerte mit Genugtuung, daß mit dem Warnamt VI eine Mannschaft aus dem eigenen Geschäftsbereich gewonnen habe und somit der Pokal doch in den eigenen Reihen verbleibe. Warnamtsleiter Lütkemeyer beglückwünschte sein siegreiches Team und hoffte, daß der Pokal im kommenden Jahr erfolgreich verteidigt werde.



Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, überreicht Wanderpokal und Siegespreis an den Spielführer der erfolgreichen Mannschaft des Warnamtes VI, Einsatzleiter Kopf.

ASB-Geschäftsbericht für 1977:

## 341 000 Einsätze im Rettungsdienst

Über 7,7 Millionen Kilometer legten die ASB-Fahrzeuge zurück

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat 1977 erneut seine Leistungen im Krankentransport und Rettungswesen kräftig verstärkt, nachdem sich in den letzten Jahren ein Null-Wachstum abgezeichnet hatte.

Geringere Leistungsentwicklungen in verschiedenen Großstädten konnten durch verstärkte Bemühungen und Leistungsverbesserungen in kleineren und mittleren Ortsverbänden ausgeglichen werden.

Die Leistungen des ASB-Rettungsdienstes betragen 1977:

340 995 Transporte (+ 4,94 % gegenüber 1976)

davon

52 775 Notfälle (+ 6,3 % gegenüber 1976)

Seit 1970 haben sich die Leistungen des ASB-Rettungsdienstes fast verdreifacht:

### Soll/Ist-Vergleich „Rettungswesen“

An der Weiterentwicklung des Rettungswesens ist der ASB im Bund/Länder-Ausschuß „Rettungswesen“ beteiligt. Im Rahmen des Unfallverhütungsberichts Straßenverkehr wurde ein Soll/Ist-Vergleich „Rettungswesen“ veröffentlicht:

„... Nach heutiger Auffassung ist der Rettungsdienst innerhalb der Vielzahl der Gemeinschaftsaufgaben der Gesellschaft dem Bereich der Daseinsvor- und Daseinsfürsorge zuzuordnen und als öffentliche Aufgabe zu erfüllen. Damit hat der Staat die Aufgabe, die organisatorischen und gesetzlichen Grundlagen für den Rettungsdienst zu schaffen. Die Bundesländer – die für die Erfüllung dieser Aufgabe nach dem Grundgesetz (Artikel 30, 70, 83 GG) zuständig sind – bemühen sich laufend, ein bedarfsgerechtes Gesamtsystem ei-

Ländern gemeinsam erarbeiteten – Musters für ein Landesgesetz über den Rettungsdienst. Dieses System wird durch ‚Grundsätze zur Verbesserung des Rettungswesens‘ ergänzt.

Diese Grundlagen enthalten die sachlichen Anforderungen an ein modernes Rettungssystem und zugleich die Zielvorstellungen für ein möglichst gleich hohes Leistungsniveau im gesamten Bundesgebiet. Das Gesetz über den Beruf des Rettungs-sanitäters konnte im Bundestag noch nicht abschließend behandelt werden.

Da in mehreren Bundesländern laufend Rettungssanitäter ausgebildet werden, erschien es im Interesse der Einheitlichkeit der Ausbildung geboten, für die Übergangszeit ‚Grundsätze für die Ausbildung von Rettungssanitätern‘ in Zusammenarbeit mit den Sanitätsorganisationen aufzustellen, die die Mindestanforderungen für eine solche Ausbildung enthalten. Diese Grundsätze werden zur Zeit in der Praxis in den Bundesländern erprobt.“

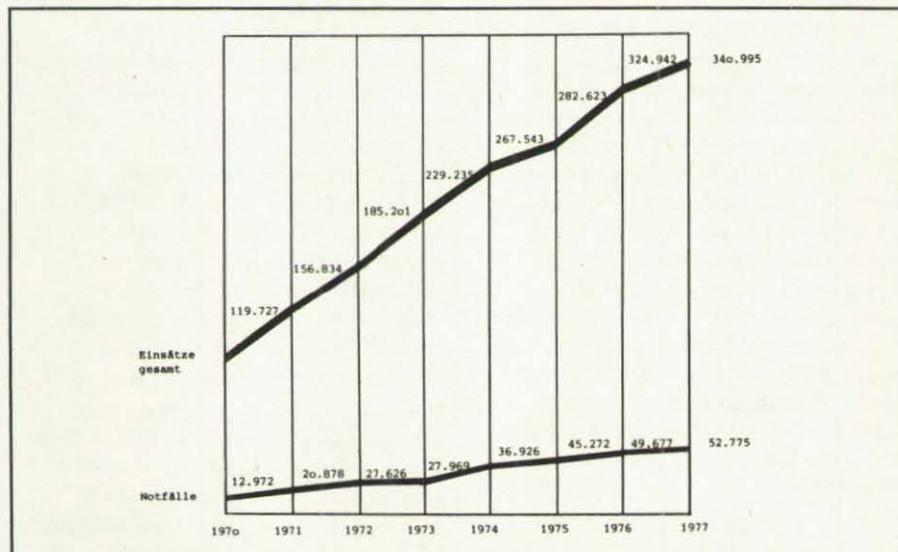
### Ausbildung von Rettungs-sanitätern

Am Zustandekommen der Grundsätze für die Ausbildung der Rettungssanitäter hatten alle Organisationen entscheidenden Anteil. Der ASB brachte dabei seine Argumente ganz aus der Sicht eines den Einsatz von ehrenamtlichen Helfern verteidigenden Verbandes vor. Die „Grundsätze“ sowie der begleitende Lernzielkatalog sehen nun insgesamt eine Gesamtausbildungsdauer von 520 Stunden vor. Die zeitliche Aufgliederung der Ausbildung ist dabei wie folgt:

- Lehrgang 160 Stunden
- Klinikausbildung 160 Stunden
- Ausbildung in der Rettungswache 160 Stunden
- Abschluß mit Abschlußprüfung 40 Stunden

### Probleme im Rettungswesen

Die Rettungsgesetze der Länder wurden sogar von staatlicher Seite als überaus positiv bewertet, trotzdem muß der ASB auf Nachteile hinweisen, die den weiteren Ausbau des ASB-Rettungswesens stark einschränken. So Dieter Blum, der



Es ist ersichtlich, daß der ASB seit 1970 seine Bemühungen im Rettungswesen stetig erweitert hat. Insgesamt nimmt der ASB im Rettungswesen unter den Hilfsorganisationen ständig die zweitstärkste Position ein.

nes ständig einsatzbereiten und leistungsfähigen Rettungsdienstes zu schaffen. Dieses im Ausbau begriffene System entwickelt sich innerhalb der Länder und im Verhältnis der Bundesländer zueinander auf der Grundlage eines – von Bund und

Technische Leiter des ASB, bei der ASB-Ärztikonferenz:

„Durch die Anerkennung des Rettungswesens als öffentliche Aufgabe tritt die öffentliche Verwaltung stärker in Erscheinung. Nicht immer werden dabei die traditionellen Rettungsorganisationen entsprechend mit der Durchführung des Rettungswesens beauftragt. Verschiedene Städte haben zwar mit der Organisation Vereinbarungen getroffen. Wer diese Vereinbarungen kennt, wird bestätigen, daß von einer Eigenständigkeit der Organisation dort keine Rede mehr sein kann. Auch ist der Einsatz von ehrenamtlichen Helfern und Zivildienstleistenden in einigen Bundesländern erheblich erschwert. Schwierigkeiten ergeben sich im Rettungswesen aber auch dort, wo im Zuge der Kostendämpfung im Gesundheitswesen, die Ärzte von den Kassenärztlichen Vereinigungen und teilweise auch direkt von den Kostenträgern aufgefordert werden, für die noch sitzfähigen Patienten in Zukunft Taxen und Mietwagen einzusetzen. Dies hat einen Rückgang der Rettungseinsätze, weniger Auslastung der vorhandenen Kapazitäten und damit letztendlich eine ungewollte Verteuerung des Rettungswesens zur Folge.“

Wie wichtig der ASB-Bundesvorstand die Frage des zunehmenden unqualifizierten Einsatzes von Taxis und Mietwagen nimmt, geht aus einer Presseerklärung hervor (vgl. auch ZS-MAGAZIN 5/78, Seite 4):

„Auf die zunehmende Gefährdung von Unfallpatienten durch den Transport in Mietwagen verwies der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB).

Es mehrten sich Fälle, wo selbst Herzinfarkt-Patienten, frisch Operierte und Kranke mit dem Verdacht auf Cholera in Taxis befördert worden seien.

Aus diesem Anlaß warnt der ASB erneut davor, die Gesundheit der Unfallopfer leichtfertig aufs Spiel zu setzen: Droschken sind keine Rettungsfahrzeuge! . . .“

### **Qualifizierung der Einsatzmittel**

Die umfangreichen Investitionen des ASB im Bereich der Qualifizierung der Einsatzmittel passen gut in die zusammenfassende Bewertung des Rettungswesens im Soll/Ist-Vergleich der Bundesregierung:

„... Das Rettungswesen steht heute einer veränderten Bedürfnislage gegenüber.“

Treten einerseits die ‚klassischen Krankentransporte‘ in den Hintergrund, findet sich bei steigender Zahl von Notfalleinsätzen dort eine Aufgabenverbreiterung, in der neben dem Verkehrsunfall und dem Arbeits-Betriebsunfall in steigendem Maße Einsatzanlässe aus dem privaten Bereich wie Sport-Unfälle, akute Erkrankungen und Suicide sowie Verbrechen zu verzeichnen sind.

Staatliche Stellen wie Rettungsorganisationen haben diesen Veränderungen nicht nur Rechnung getragen, sondern darüber hinaus das Rettungswesen auf einen IST-Stand gebracht, der sich gesetzlich definierten SOLL-Werten beachtlich angeglichen hat.

Dies wurde vorrangig durch Vermehrung qualitativer Rettungsmittel, Vermehrung qualifiziert ausgebildeten Rettungspersonals und entsprechende organisatorische Maßnahmen in den Bereichen ‚Meldesysteme‘, ‚Standortplanung‘ und ‚Einsatzorganisation‘ erreicht.“

Beim ASB sind ständig im Einsatz:

- 297 Krankentransportwagen (+ 5,7 %)
- 57 Rettungswagen (+ 11,7 %)
- 16 Notarztwagen
- 7 Wasserrettungsboote
- 1 Hubschrauber (Bundeseigentum)

Die Rettungs- und Notarztwagen sind an folgenden Orten eingesetzt:

Heilbronn, Karlsruhe, Lauffen, Rheinstetten, Mannheim, Ludwigsburg, Merklingen, Orsenhausen, Singen, Ulm, Mittelstadt, Auerbach, Coburg, Erlangen, Gräfenberg, Lauf, München, Neustadt, Nürnberg, Schweinfurt, Bremen, Breckenheim, Kassel, Niedernhausen, Obere Aar, Darmstadt, Offenbach, Rheingau, Bad Vilbel, Wiesbaden, Seelze, Wedemark, Garbsen, Barsinghausen, Hann. Münden, Bielefeld, Burscheid, Düsseldorf, Hürth, Köln, Menden, Witten, Wuppertal, Grünstadt, Kaiserslautern, Mainz, Ludwigshafen, Worms, Saarbrücken, Pirmasens, Schönberg, Stormarn.

### **80 ständig besetzte Rettungswachen**

Diese Fahrzeuge sind an 130 Rettungswachen (+ 7,4 %) und 80 (+ 3,8 %) rund um die Uhr besetzten Rettungswachen stationiert.

### **7,7 Mio. Kilometer**

Nicht unerwähnt bleiben darf die Leistung der ehrenamtlichen, hauptamtlichen und zivildienstleistenden Helfer im ASB-Rettungsdienst. Sie waren 1977 bei 2 291 490 Stunden im Einsatz. Dabei wurden 7 759 101 km zurückgelegt.

### **Hubschrauberrettung**

In der Hubschrauberrettung wirkt der ASB seit 1973 mit. Mehr als 100 Menschen verdanken dem Rettungshubschrauber „Christoph 6“, der in Bremen stationiert ist, ihr Leben. An Bord der Maschine ist dank der intensiven Versorgung und der kurzen Flugzeit noch niemand gestorben.

Insgesamt verzeichnet die Einsatzstatistik 1977:

- 816 Einsätze
- 274 Primärtransporte
- 282 Primäreinsätze-Versorgungsflüge
- 54 Sekundärtransporte
- 7 Blutkonserven- und Medikamententransporte
- 333 Transportierte Patienten insgesamt
- 325 Versorgte Patienten ohne Transport
- 200 Fehleinsätze

Die Rettungssanitäter des ASB leisteten dabei 4622 Dienststunden.

### **Wasserrettung**

Der ASB-Wasserrettungsdienst wird in Berlin durchgeführt. Die 7 Motorrettungsboote waren an 75 Tagen eingesetzt, wobei der Dienst auf 7 Landstationen von 20 Samaritern, 22 Bootsführern, 7 Sprechfunkerinnen und 15 Rettungsschwimmern der DLRG durchgeführt wurde. Auf den Stationen und Booten wurde in 258 Fällen Erste Hilfe geleistet und 42 Personen zur ärztlichen Versorgung ins Krankenhaus gebracht.

Die Rettungsboote führten 17 Patiententransporte durch. 119 gekenterte Motor-, Ruder-, Schlauch-, Paddel- und Segelboote verschiedener Größen wurden geborgen, ihre 162 Insassen gerettet, davon 3 vor dem sicheren Tod durch Ertrinken.

Die Bootsführer und Sprechfunkerinnen leisteten 10 946 Stunden Rettungsdienst. Die auf den Stationen eingesetzten Sanitätshelfer waren 4300 Stunden für den Sanitätsdienst tätig.

An der JUH-Landesschule Münster:

## 110 Stunden hartes „Büffeln“

Ausbildung zur Schwesternhelferin –  
ein Lehrgang, der die ganze Frau erfordert

**Münster.** Es sieht nach Arbeit aus im großen Lehrsaal der Johanniter-Unfall-Hilfe. Bücher und Schreibzeug liegen auf den weißen Tischen, medizinische Werkzeuge aller Art reihen sich entlang der hinteren Wand. Nur für kurze Zeit während der Pause bleibt es still, dann füllen 33 Mädchen und Frauen den Raum. Es geht weiter. Zwei Wochen, Samstag und Sonntag eingeschlossen, dauert die theoretische Ausbildung zur Schwesternhelferin. In diesem Jahr wird diese Ausbildung sechsmal an der JUH-Landesschule NRW in Münster durchgeführt. Absolviert wird sie von 17- wie von 55jährigen, die aus allen Berufsschichten kommen. Sie wollen in der Regel mit ihren Kenntnissen in Krankenhäusern und Altersheimen arbeiten. Doch davor sind 110 Stunden harten „Büffels“ gesetzt.

Um die acht bis neun Stunden am Tag zeitlich bewältigen zu können, geht es gleich um 8 Uhr los. Das Frühstück war bereits eine halbe Stunde

zuvor und wurde in der Weißenburgkaserne, Domizil der münsterschen Johanniter und der Landesschule, serviert. Bis kurz vor 12 Uhr wird gelernt, nach der Mittagspause noch einmal von 15.15 bis 16.50 oder auch einmal bis 18.15 Uhr – je nach Erfordernis. Nicht ganz leicht, vor allem für die Nicht-Schülerinnen, findet Lehrgangssprecherin Mechthild Schönau von der JUH Köln, denn die sind an das Lernen und Merken gar nicht mehr gewöhnt und der „Kurs ist sehr gerafft“. Doch überfordert wird niemand: „Wer logisch denken kann, schafft es auch“, sagt Mechthild Schönau.

Sie bestätigt damit die Auffassung der Ausbilderin, Schwester Erika Margarete Schipper von der Evangelischen Schwesternschaft, die das umfangreiche Lehrprogramm kurz, knapp und mit einer gesunden Mischung aus Ernst und Humor vermittelt. Zweifellos müßten die Teilnehmerinnen viel aufnehmen und „es ist erst ein Anfang, will ich

mal sagen“, doch „wenn die Teilnehmerinnen sich geschickt anstellen und verantwortungsbewußt sind, sind sie später eine gute Hilfe und können die Stationsschwester entlasten“, erläutert Schwester Erika. Es habe Zeiten gegeben, als die Schwesternhelferinnen sehr notwendig gewesen seien. Auch jetzt gebe es noch Bedarf.

Tatsächlich ist das Krankenhaus das Ziel der meisten Teilnehmerinnen. Aus verschiedenen Gründen: „Manche wollen in Krankenhäuser hereinschnuppern, um dann eventuell eine Schwesternausbildung zu beginnen“, hat Joachim Schmidt, Bezirksbeauftragter der JUH Münster, erfahren. Andere würden sich ausbilden lassen, um eine Erwerbsquelle zu haben, fügt Schwester Erika hinzu, zum Beispiel Studentinnen, die dann in den Semesterferien arbeiten könnten. Sie hat allerdings auch schon viele ältere Hausfrauen registriert, die noch einmal die harte Schulbank drücken, um sich auf das Größerwerden ihrer Kinder vorzubereiten. Um auch nach Wegfall der Erziehungsarbeit noch ausgelastet zu sein, gehen sie in Krankenhäuser und Altersheime. Andere erwerben diese Kenntnisse aber auch für Zuhause, um die praktischen Erfahrungen zu ergänzen.

Wenn den Frauen das theoretische



Trotz harten „Büffels“ hatten die 33 Frauen und Mädchen bei der 110stündigen Ausbildung zur Schwesternhelferin auch oftmals ihr Vergnügen.



Praktische Handgriffe, wie sie später im Krankenhaus verlangt werden, gehören zum Übungsprogramm.

Lernen vielleicht auch nicht mehr so leicht fällt, „bringen sie schon Praxis mit von den Kindern“, deutet Schwester Erika auf einen Vorteil hin. Die Hausfrauen gehören damit zu den wenigen, die bereits eine Vorbildung haben. Notwendig ist sie nicht, nicht einmal ein Erste-Hilfe-Kurs wird verlangt. Zwischen 17 und 55 Jahre und gesund, lauten die Teilnahmebedingungen.

Dann kann gleich der theoretische Unterricht beginnen, dem sich noch ein 14tägiges Praktikum im Krankenhaus anschließt. Beginnen – mit der Organisation eines Krankenhauses nämlich. Weiter stehen zum Beispiel Hygiene, Körperpflege und die Mithilfe bei ärztlichen Verordnungen auf dem Lehrplan. Die Schwesternhelferinnen, die im Krankenhaus in der Grundpflege eingesetzt werden, müssen Patienten waschen und betten können, sie müssen dafür sorgen, daß die Betten angewärmt sind, wenn der Patient aus dem Operationssaal kommt, Lagerungsentlastungen kennen oder wie eine Schiene angewickelt wird, um nur einige Beispiele zu nennen.

Außer der Erläuterungen der Ausbildungsschwester stehen dafür zum Teil recht umfangreiche Bücher zur Verfügung. So die „Krankenpflegehilfe“, laut Schwester Erika „kurzgefaßt“, aber immer noch rund 600 Seiten um-

fassend. Außerdem halten Ärzte Vorträge. Von den insgesamt 110 Stunden werden 60 bis 70 für die Krankenpflege verwendet, der Rest steht für Mediziner und Erste Hilfe zur Verfügung.

Insgesamt aber bestehen 14 Tage aus 336 Stunden. Da die Teilnehmerinnen aus ganz Nordrhein-Westfalen kommen, sind sie in der Weißenburgkaserne untergebracht, die trotz des abschreckenden Namens „Kaserne“ von den münsterschen Johannitern gemütlich eingerichtet ist. Das Essen wird von JUH-Helfern selbst gekocht, und abends bieten Aufenthaltsräume Möglichkeiten zu langen Diskussionen, Gesellschaftsspielen, Kennenlernen und Ausspannen.

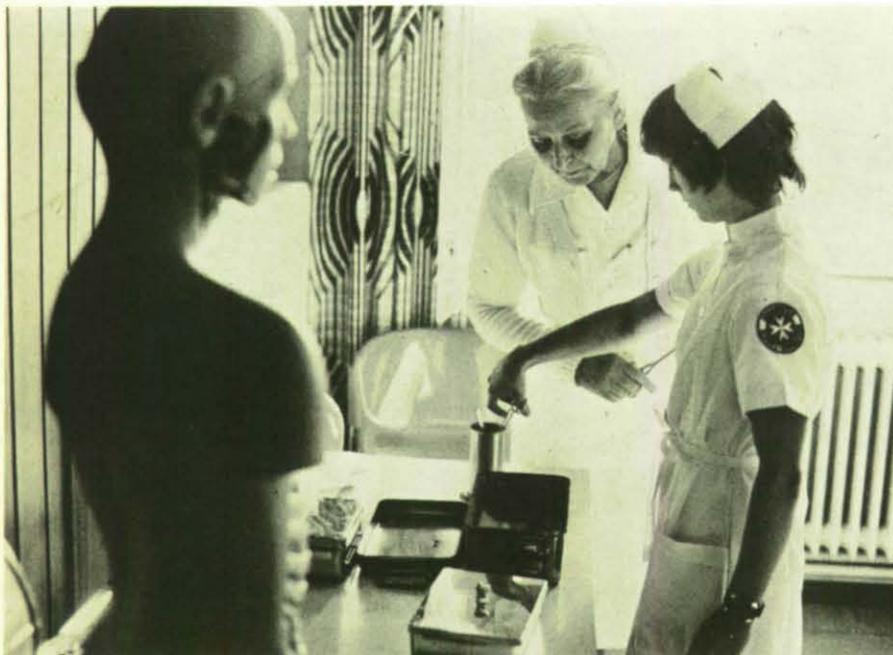
Freundschaften bilden sich in den 14 Tagen, vielleicht manchmal auch aus den Sorgen, die mit der 14tägigen Abwesenheit von Zuhause verbunden sind. Mechthild Schönau vermißt vor allem ihren sechsjährigen Sohn Eric, das große Bild des neun Monate alten Patrick auf dem Tisch ihrer Zimmergenossin Bärbel zeugt von ähnlichen Problemen. Doch trotzdem und trotz der harten Arbeit sind sie alle zufrieden, wie Mechthild Schönau bestätigt.

Die Zeit bis zur Prüfung vergeht schnell. Zum Abschluß gibt es dann noch eine Fahrt nach Bad Oeyenhausen zu den Johanniter-Ordenshäusern,

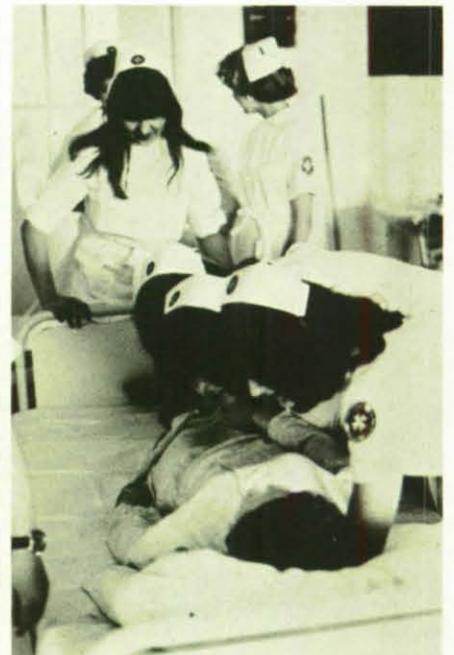
wo Chefarzt Dr. von Bock und der Leiter, Herr von der Chevallerie, die angehenden Schwesternhelferinnen mit den Aufgaben in Krankenhäusern und Altersheimen vertraut macht. Kaum eines der Mädchen und Frauen hatte dabei zuvor etwas mit der Johanniter-Unfall-Hilfe zu tun, nur drei im letzten Lehrgang waren JUH-Mitglieder. Einige finden aber durch den Kurs zu den Johannitern, andere werden anschließend durch das Diakonische Werk eingesetzt.

Überhaupt beteiligt sich das Diakonische Werk nicht nur an der Suche nach einer weiteren sinnvollen Verwendung, es engagiert sich auch finanziell. Die Teilnehmerinnen zahlen nichts, 50 Prozent der Bund, einen großen Teil der verbleibenden Hälfte das Diakonische Werk, und der Rest wird aus Spenden bestritten.

Das Geld ist gut angelegt, denn in dem festen Willen gekommen, etwas zu lernen, wird hart gearbeitet und in den meisten Fällen die Prüfung geschafft. Grund genug zu einer Abschiedsfeier, die allerdings nicht ganz ungetrübt abläuft. Dafür haben sich zu viele Freundschaften gebildet, die anschließend unter weiten Entfernungen leiden. Ein Wiedersehen soll es jedoch im kommenden Jahr bei einem Wochenendkurs geben, der der Fortbildung dienen soll.



Unter erfahrener Aufsicht stellen sich die Lehrgangsteilnehmerinnen geschickt an.



Das Betten einer Patientin – Alltagsaufgabe einer Schwesternhelferin.

Großalarm im Kanzleramt

## Helmut Schmidt erlebte die „Rettungskette“ praxisnah

Freiwillige Feuerwehr Stommeln und MHD arbeiten seit Jahren bestens zusammen

Großalarm im Bonner Kanzleramt – so konnten zahlreiche Passanten am 2. März gegen 12.30 Uhr vermuten. Mit Blaulicht rollten 15 Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Stommeln von der Rheinuferpromenade der Bundeshauptstadt in Richtung Bundeskanzleramt, verfolgt von den Objektiven der Fotografen und Kameraleute. Mit lauten Rotorengeräuschen schwebte über den Baumwipfeln der Rettungshubschrauber „Christoph 3“ mit der Sanitäts-Besatzung des Malteser-Hilfsdienstes und wartete auf die Erlaubnis zur Landung im Park des Bundeskanzleramtes durch die MHD-Einsatzleitstelle „Johannes Köln“.

Das Großaufgebot an Feuerwehr- und Rettungseinheiten galt glücklicherweise weder dem „Roten Hahn“, noch waren

Verletzte zu beklagen. Die Freiwillige Feuerwehr Stommeln (Gemeinde Pulheim/Erftkreis) war zusammen mit dem Malteser-Hilfsdienst bei Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einer Großübung angetreten, um dem Kanzler ihre Schlagkraft zu demonstrieren. Das hatte seinen ganz besonderen Grund:

Die Stommelner Wehr hatte den Kanzler zu ihrem „Ehrenbrandmeister“ ernannt, eine Ehre, die zuvor schon dem Kölner Erzbischof Kardinal Höffner, DSB-Präsident Willy Weyer, dem Ministerpräsidenten von NRW Heinz Kühn, MHD-Generalsekretär Georg von Truszczyński, MdB Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und anderen Persönlichkeiten zuteil geworden war. Kein Wunder, daß der Bundeskanzler „seine“ Wehr einmal im Einsatz erleben wollte.

Helmut Schmidt und seine Frau Loli sollten möglichst wirklichkeitsnah erleben, was die Arbeit der Feuerwehr ausmacht; löschen, bergen, retten. Für den realistisch inszenierten Übungsablauf hatte sich Stommelns Feuerwehrchef, Hauptbrandmeister Jakob Dünwald, mit seinen Brandmeistern und dem MHD Abteilungsleiter Günter Hupperich, der selbst Bürger von Stommeln ist, zusammengetan. Während einige Feuerwehrleute damit beschäftigt waren, eine Schlauchleitung bis zum Rhein zu verlegen, die Jugendgruppe der Feuerwehr eine Wasserwand aus 15 Strahlrohren „schoß“, erlebte „Ehrenbrandmeister“ Helmut Schmidt, wie reibungslos eine Rettungskette abläuft – von der Alarmierung bis zur Versorgung der Verletzten durch Rettungssanitäter und Notärzte.

Die Notfallsituation: Ein PKW hat sich frontal in einen Baumstamm gebohrt, die beiden Insassen sind eingeklemmt und haben schwerste Verletzungen davongetragen. Von einem Tieflader war das präparierte Fahrzeug vor den Augen des Kanzlers und vieler Schaulustiger zuvor abgeladen worden. Rettungssanitäter der Feuerwehr und des MHD sowie die Malteser-Notärzte von NAW und RTH kümmerten sich um



Hand in Hand arbeiteten die Freiwillige Feuerwehr Stommeln und der MHD bei der Demonstrationsübung im Park des Bundeskanzleramtes: Kanzler Helmut Schmidt ließ sich die einzelnen Stationen der Rettungskette genauestens erläutern.

die primäre ärztliche Versorgung der eingeklemmten Verletzten. Das Legen von Venenkathetern und Anlegen von Infusionen, Intubation und Beatmung, der Einsatz eines Herzschrittmachers – diese Aktionen, unter den Augen des Bundeskanzlers und der zahlreichen Pressevertreter vorgeführt, waren nicht vorher geübt worden. Sie waren abgeleitet aus der täglichen Arbeit des Rettungspersonals: lebensrettende Routine.

Währenddessen arbeitete ein Bergungstrupp der Feuerwehr, ebenso gekonnt wie umsichtig, an der Bergung der Unfallopfer. Mit Spezialwerkzeugen wie pneumatischen Hydraulikkissen und Hebelwerkzeugen bogen die Wehrmänner die Lenksäule und den eingekleiteten Baumstamm, unter denen die Verletzten lagen, weg und machten den Weg frei zur Rettung und Versorgung der Unfallopfer. Bundeskanzler Helmut Schmidt wollte alles ganz genau wissen. Gemeindebrandmeister Jakob Dünwald mußte die Maßnahmen seiner Feuerwehrleute exakt beschreiben. Die Rettungsmaßnahmen erläuterte der Leiter des MHD-Rettungshubschraubers, der Malteser-Arzt Dr. med. Christoph Biesing. Helmut Schmidt zeigte sich von der Hand-in-Hand-Ak-

tion zwischen Feuerwehr und MHD-Rettlern sehr beeindruckt. Das große Interesse des Kanzlers brachte sogar das Protokoll in Bedrängnis – der Bundeskanzler ließ sich jedes Feuerwehrfahrzeug und den Rettungshubschrauber „Christoph 3“ genauestens erklären, wodurch die Übung über die vorgesehene Zeit hinaus ging.

Für die Malteser-Helfer war die Teilnahme an der Feuerwehrübung im Bonner Kanzleramt ein vorläufiger Höhepunkt in der Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Stommeln, einer Zusammenarbeit, die einmal nicht auf dienstlicher Ebene gewachsen ist, sondern ausschließlich auf privaten Kontakten beruht. In Stommeln unterhält der Malteser-Hilfsdienst nicht einmal eine Ortsgruppe. Der Privatinitiative ist es zu verdanken, daß Feuerwehr und MHD immer wieder gegenseitig voneinander profitiert haben. Auf Anregung von Mario Nowak, dem heutigen Abteilungsleiter im Generalsekretariat des MHD, begann der MHD im Jahre 1964 mit der Erste-Hilfe- und Sanitätsausbildung der Feuerwehrmänner. Diese Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Feuerwehrleuten, die Nowak in den Abendstunden durchführte, wurde

schon bald danach auf Keisebene ausgedehnt, so daß der Erftkreis – früher Landkreis Köln – schon sehr früh über eine im Rettungsdienst gut geschulte Mannschaft verfügte. Ab 1974/75 begann der auch im Generalsekretariat des MHD als Abteilungsleiter tätige Günter Hupperich mit der Ausbildung der Feuerwehrleute aus Stommeln sowie aus dem Erftkreis zu Rettungssanitätern; seit 1974 wurden über 140 Wehrleute zu Rettungssanitätern ausgebildet. Andererseits konnte die Freiwillige Feuerwehr Stommeln dem MHD schon aus einer Verlegenheit helfen: Als der MHD-Auslandsdienst in Äthiopien Fahrzeuge des Typs „Unimog“ einsetzte, trainierten die Wehrmänner die MHD-Fahrer mit einem Spezialfahrzeug in den Feldern und Fluren beim Dorf.

Ob der Kanzler, den die Stommelner Feuerwehr wegen „Berufung, Gespür, Leistung, Feuer, Wärme, Willen, Wissen, Können, Vertrauen und Vernunft“ für einen „ausgezeichneten Brandmeister“ hält, wohl erfahren hat, daß ihm zwei Hilfsorganisationen diese gelungene Demonstration beim Kanzleramt gezeigt haben, die ohne große bürokratische „Umwege“ miteinander arbeiten?



Venenkatheter, Infusion, Intubation, Beatmung – lebensrettende Routine, die die Notärzte des MHD realistisch demonstrieren.

## O.R.B.I.T. – das Feuerwehrfahrzeug der 80er Jahre?

Bundesforschungsministerium und Städtetag stellen Planungen vor



Diese Seiten  
erscheinen in  
Verantwortung des  
Deutschen  
Feuerwehrverbandes

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 21. August 1978 im Entwicklungszentrum der Firma Porsche in Weissach stellten Bundesforschungsminister Dr. Volker Hauff und der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Rommel, eine Grundlagenuntersuchung für die Entwicklung zukünftiger Feuerwehreinsatzfahrzeuge der Öffentlichkeit vor. Im Auftrage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hat das Porsche-Entwicklungszentrum diese Aufgabe durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchung, an deren Ausarbeitung die WIBERA Wirtschaftsberatungs AG, zahlreiche Feuerwehren, deren Verbände und Arbeitsgemeinschaften mitgewirkt haben, sollen nun in einer umfassenden Diskussion kritisch geprüft werden.

Bei der Vorstellung der Ergebnisse äußerte sich Minister Hauff besorgt über die Zahl von etwa tausend Menschen, die jährlich allein in der Bundesrepublik an den Folgen von Brandunfällen ihr Leben verlieren. Auch die steigenden Verluste an materiellen Gütern bezeichnete Hauff als „alarmierend“ hoch. Der reale Gesamtschaden werde für das Jahr 1976 auf 3,35 Mrd. DM geschätzt.

Nach Auffassung Hauffs könnten die Ergebnisse der in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag vom Bundesforschungsministerium mit rd. 2 Mio. DM geförderten Studie zu einer Erhöhung der Wirksamkeit der Feuerwehr insgesamt beitragen. So schlägt die Studie neue Verfahren vor, um den Bedarf der Feuerwehr zutreffender zu ermitteln, sie empfiehlt eine Reorganisation des taktischen Löschzuges und enthält schließlich das Konzept einer darauf ausgerichteten neuen Fahrzeugfamilie einschließlich der zugehörigen Ausrüstung.

Wie Minister Hauff erklärte, spiele bei der beginnenden Diskussion das Votum der sachverständigen Feuerwehren eine ganz entscheidende Rolle. Wörtlich erklärte er: „Sie wissen, worauf es ankommt, und kennen den Bedarf.“

Vor einer weiteren Förderung durch das BMFT gelte es, diesen Bedarf exakt zu erfassen. „Wir dürfen und wollen in dieser Sache keine Zeit verlieren, aber wir sollten auch nicht auf die Chance verzichten, auch die Ergebnisse dieser Optimierungsstudie noch durch eine sachliche Erörterung selbst zu optimieren“, fügte Hauff hinzu.

In der Presseerklärung des Forschungsministeriums lautet es wörtlich:

„... Zu viele Bürger unseres Landes sterben noch immer in Brandunglücken und an deren Folgen. Jährlich sind es allein in der Bundesrepublik schätzungsweise tausend Menschen, die so ihr Leben verlieren. Hinzu kommen viele, die ernste und nicht wieder zu behobende Schäden davontragen.

Die Verluste an materiellen Gütern sind enorm.

Viele dieser Unglücke sind zu vermeiden, viele ihrer schlimmen Folgen könnten gemildert werden. Leider läuft die tatsächliche Entwicklung in die umgekehrte Richtung. Die Brandschäden nehmen zu. 1960 mußten die Sachversicherer zur Deckung dieser Schäden 356 Mio. DM aufbringen, 1976 war diese Summe auf mehr als das Sechsfache, auf 2,27 Mrd. DM, angestiegen. Der reale Gesamtschaden im selben Jahr wird sogar auf 3,35 Mrd. DM geschätzt.

Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Es ist daher dringend notwendig, über bloße Appelle, aber auch über unkoordinierte Einzelmaßnahmen



Bundesforschungsminister Dr. Volker Hauff (rechts) und der Präsident des Deutschen Städtetages, Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel, stellten am 21. August in einer Pressekonferenz die Modelle des Systems O.R.B.I.T. vor.

hinaus systematisch nach Wegen zu suchen, wie Brandschäden vermieden, zumindest aber vermindert und wie auch die übrigen Aufgaben der Feuerwehr besser als bisher erfüllt werden können. In diesen Rahmen gehört die Studie, deren Ergebnisse heute der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Diese Studie wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte-tag vom Bundesministerium für Forschung und Technologie beim Entwicklungszentrum Weissach der Porsche AG im Oktober 1976 in Auftrag gegeben. An der Ausarbeitung war die WILBERA Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf, beteiligt. An ihrem Zustandekommen haben zahlreiche Feuerwehren, ihre Verbände, Arbeitsgemeinschaften und Vereinigungen mitgewirkt. Der Gesamtaufwand für die Studie lag bei 2 Mio. DM.

Das Ziel der nun vorliegenden Untersuchungen war es, nicht nur den Weg für eine bessere technische Ausrüstung der Feuerwehr vorzubereiten, sondern darüber hinaus Maßnahmen aufzuzeigen, mit denen die Wirksamkeit der Feuerwehr im ganzen noch weiter gesteigert und damit dem neuen Gerät eine höhere Effizienz verliehen werden könnte.

Der Ansatzpunkt war also nicht die Ausschöpfung des Entwicklungspotentials der einzelnen Fahrzeuge, Werkzeuge und Geräte, sondern zunächst der Versuch einer systematischen Optimierung des Einsatzes der Feuerwehr aus dem heutigen Verständnis ihrer Gesamtaufgabe her, erst daraus abgeleitet, die Festlegung der zweckmäßigsten Organisation und der technisch notwendigen Entwicklungsschritte für Fahrzeug, Werkzeug und Gerät. Im Mittelpunkt standen dabei einerseits der taktische Löschzug und andererseits das Fahrzeug oder, um korrekt zu sein: die Fahrzeugfamilie und deren Ausrüstung.

Die Vorschläge, die aus diesem Ansatz hervorgegangen sind, mögen in mancher Hinsicht revolutionär erscheinen. Sie sollen Diskussionen auslösen und werden sicher in Einzelheiten verbesserungsbedürftig, vielleicht sogar unhaltbar sein. Ihr Ziel aber sollte unbestritten bleiben: die Verbesserung des Wirkungsgrades der Feuerwehr unter Beachtung vernünftiger wirtschaftlicher Randbedingungen. Dieses Ziel kann nicht nur durch bessere Technik, aber auch nicht allein durch bessere Organisation, sondern nur durch eine auf die bessere Technik abgestimmte bessere Organisation erreicht werden.



Die Basis-Einheit des O.R.B.I.T.-Einsatzfahrzeugsystems.



Basis-Einheit und Ergänzungs-Einheit des Systems O.R.B.I.T.



Basis-Einheit und Hubrettungs-Ergänzeinheit.

Die Studie will Hilfen dafür geben, sich diesem angestrebten Optimum mit größerer Sicherheit als bisher zu nähern. Sie schlägt dafür quantitative Bewertungsmethoden und neue Rechenverfahren vor. Damit soll der Bedarf für die Dienste der Feuerwehr zutreffender ermittelt werden als dies noch heute geschieht. Sie empfiehlt eine Reorganisation des taktischen Löschzuges. Sie enthält schließlich das Konzept einer darauf ausgerichteten neuen Fahrzeugfamilie mitsamt der zugehörigen Ausrüstung.

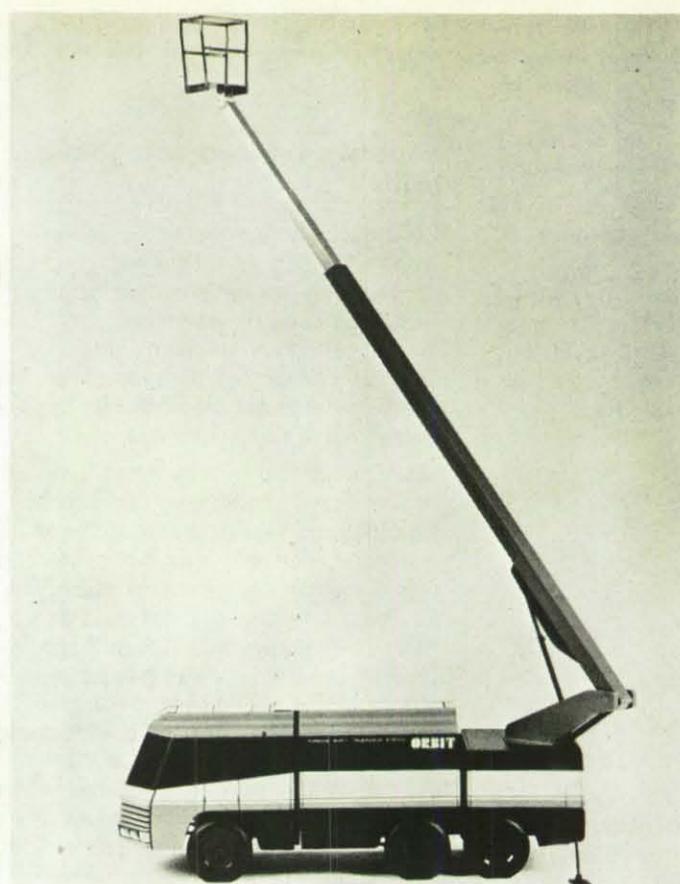
In der Brandbekämpfung und im Rettungswesen soll mit diesen aufeinander abgestimmten Elementen die Eingriffzeit verringert, die Effizienz am Einsatzort erhöht, das Kosten-Wirksamkeits-Verhältnis verbessert und der Gesamtaufwand gleichwohl in vertretbaren Grenzen gehalten werden.

Die erste Reaktion auf die Ergebnisse der Studie im Sachverständigenkreis Sicherheit und Brandbekämpfung war ermutigend. Der Ausschuß hat empfohlen, mit der eigentlichen Entwicklung des vorgeschlagenen Geräts möglichst umgehend zu beginnen. Ich bin im Grundsatz hierzu bereit. Um aber sicherzustellen, daß hierbei die Ergebnisse einer möglichst umfassenden und kritischen Diskussion der neuen Vorschläge berücksichtigt werden, bitte ich darum, daß diese Diskussion unverzüglich geführt wird. Dabei spielt das Votum der Feuerwehr für mich eine ganz entscheidende Rolle. Sie wissen, worauf es ankommt, und kennen den Bedarf. Und vor einer weiteren Förderung durch den BMFT müssen wir diesen Bedarf genau kennen.

Die heutige Veröffentlichung ist der Beginn einer hoffentlich intensiven Diskussion auch innerhalb der Feuerwehren. Wir dürfen und wollen in dieser Sache keine Zeit verlieren, aber wir sollten auch nicht auf die Chance verzichten, auch die Ergebnisse dieser Optimierungsstudie noch durch eine sachliche Erörterung selber zu optimieren . . ."

In der Presseerklärung der Firma Porsche heißt es:

„Brandschäden von mehr als drei Milliarden Mark pro Jahr, 1 000 Brandtote und ein nicht abschätzbarer Schaden in Milliardenhöhe durch technische Unfälle bewegen den Bundesminister für Forschung und Technologie zu einem Studienauftrag an Porsche: Das Entwicklungszentrum von Porsche in Weissach sollte unter Berücksichtigung verbesserter Fahrzeugtechnologien erforschen, wie der Einsatz von Feuerwehren optimiert werden kann.



Hubrettungs-Ergänzungseinheit in Einsatzstellung.

Die Ergebnisse dieser Studie, in deren Mittelpunkt die Rettung von Menschenleben stand, wurden jetzt in Weissach bekanntgegeben. Porsche schlägt als Feuerwehrsysteem der Zukunft ein Modulkonzept vor, das auf vorhandenen Serienteilen und neu zu entwickelnden Komponenten mit speziellem Leistungsprofil aufgebaut und nach umfangreichen Einsatzanalysen optimiert worden ist.

### **O.R.B.I.T.-Feuerwehrsysteem: ein flexibles Baukastensystem**

Die Komponenten des O.R.B.I.T.-Feuerwehrsystems sind eine Grundeinheit, bestehend aus Fahrgestell, Fahrerhaus und Aufbau mit Löschausrüstung und Werkzeug sowie eine Vielzahl von baugleichen, aber verschiedenen bestückten Ergänzungseinheiten. Die Komponenten können im Baukastensystem getauscht oder ergänzt werden. Das Fahrgestell dient vor allem als Energieträger mit Antriebsmotor, Generator, Winde und Löschwasserpumpe. Der Aufbau trägt die feuerwehrtechnische Ausrüstung für Brandeinsätze und technische Hilfeleistung für etwa 71 Prozent aller vorkommenden Einsatzfälle. Durch Addition mehrerer Aufbauten mit Fahrgestellen sowie durch die (erstmalig starre)

Ankoppelung von Ergänzungseinheiten lassen sich die restlichen 29 Prozent möglicher Einsatzaufgaben lösen.

Aufgrund der technischen Ausstattung der Fahrzeuge und der Trennung in Basis- und Ergänzungseinheit läßt sich in Minutenschnelle jede erforderliche Kombination von Personal und Technik einsetzen oder wieder abziehen.

Die Modultechnik erlaubt eine echte Dreiteilung des heute bekannten Normlöschzuges. Bei gleichem Potential können deshalb mehrere Fälle parallel bearbeitet werden. Dies vermindert das Schadensrisiko.

Die Modultechnik erlaubt bei gleichen Kosten eine Verdoppelung des Bestandes neuer Hubrettungsgeräte. Dadurch kann die Anmarschzeit für erste Rettungsmaßnahmen um durchschnittlich 2,5 bis 3,0 Minuten verkürzt werden. Das entspricht im Mittel einem Zeitgewinn um das 1,4fache gegenüber dem heutigen Standard und läßt zusammen mit dem günstigen Fahrverhalten, den Fahrleistungen und der Wendigkeit des Systems erwarten, daß hierdurch bundesweit jährlich 43 Menschenleben mehr als bisher gerettet werden könnten.

Und auch die Kostenanalyse spricht für das O.R.B.I.T.-Feuerwehrsysteem: Am Beispiel einer Stadt mit 300 000 Einwohnern hat Porsche errechnet,

daß die Investitionen für eine Feuerwehrausrüstung bisheriger konventioneller Bauart 11,6 Mio. DM ausmachen, bei Verwendung des neuen O.R.B.I.T.-Feuerwehrsystems jedoch trotz sogar größerer Risikoabdeckung nur 9,4 Mio. DM.

Eine rund 20prozentige Kostenersparnis ließe hier also einen Gewinn an Menschenleben und Sachwerten erwarten. Das O.R.B.I.T.-Feuerwehrsystem entspricht dem heutigen und zukünftigen Einsatzspektrum, das sich gegenüber früher stark verändert hat. Es ist ein System, das speziell und universell zugleich ist und in seiner Stärke, auf den Einsatz angepaßt, beliebig addierbar ist."

### Differenzierter und komplizierter

Oberbürgermeister Rommel erklärte in der Pressekonferenz am 21. August in Weissach:

„Ich darf mich, Herr Bundesminister, im Namen des Deutschen Städtetages sehr herzlich bedanken für dieses Projekt. Dieses Projekt gehört zu denen, die nicht allein durch die Kräfte der freien Wirtschaft verwirklicht würden, wenn nicht die öffentliche Hand, in diesem Falle das Bundesforschungsministerium, Mittel zur Verfügung stellte und die Initiative ergriffe . . . Wir haben im Bundesgebiet 67 Berufsfeuerwehren mit 20 000 Feuerwehrmännern. Und wir haben natürlich die größte Bürgerinitiative, wie ich sagen möchte, die Freiwillige Feuerwehr mit insgesamt 900 000 Mitgliedern. Ich habe gesagt, daß die Aufgabe der Feuerwehr außerordentlich wichtig ist. Das wird jeder merken, der tatsächlich das Unglück hatte, ihre Dienste in Anspruch nehmen zu müssen; das Glück hatte, daß sie rasch gekommen ist, was sie im allgemeinen tut. Aber nichts ist so wichtig, daß es nicht durch Rationalisierung verbessert werden sollte. Und dazu, glaube ich, werden hier entscheidende Denkanstöße gegeben. Die Aufgabe wird, wie alles bei uns, immer differenzierter und komplizierter. Es gibt immer neuere Formen der Brände, es ist nicht immer die gleiche Hütte wie früher, da war es noch verhältnismäßig einfach. Es sind komplizierte technische Probleme zu lösen; die Frage des Zuges usw. Das bedeutet natürlich auch eine große Differenzierung der Ausrüstung und sie einigermaßen kostengünstig zu beschaffen und so bereitzustellen, daß sie relativ rasch am

gewünschten Ort zur Verfügung steht; das ist ein ganz wichtiges Anliegen . . ."

### Feuerwehren werden genau prüfen

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, gehört dem Arbeitskreis für Brandschutz und Sicherheit beim Bundesministerium für Forschung an. In einem Rundschreiben an die Mitgliedsverbände des DFV hat er auf diesen Forschungsauftrag hingewiesen und u. a. betont:

„Zur Durchführung dieses vom Bundesminister für Forschung und Technologie getragenen Forschungsauftrages wurde ein Arbeitskreis für Brandschutz und Sicherheit beim Bundesminister für Forschung gebildet, der das Projekt des Feuerwehrsystems O.R.B.I.T. begleitete. Diesem Forschungskreis gehören als Mitglieder Vertreter der Feuerwehren, der Feuerwehrgeräte-Industrie, der Versicherungswirtschaft und der Länder an. Dieser Arbeitskreis hat am 17. August im Forschungszentrum der Firma Porsche in Weissach von der Forschungsarbeit Kenntnis erhalten. Es wurde diesem Arbeitskreis der abschließende Bericht über die Grundlagenuntersuchung für die Entwicklung verbesserter Feuerwehrfahrzeuge zur Optimierung der Leistungsfähigkeit bei der Brandbekämpfung und anderen Einsätzen vorgelegt.

Ausgangsbasis für diese Definitionsstudie war der Bericht der WIBERA über die Effektivität der deutschen Berufsfeuerwehren. Dieser eigentlich ausschließlich über die Berufsfeuerwehren erstellte WIBERA-Bericht wurde erweitert durch Untersuchungen, die bei zehn Freiwilligen Feuerwehren mit hauptberuflichen Kräften durchgeführt wurden. Die Definitionsstudie weicht

von der bisherigen Auffassung über die Struktur, Ausbildung und Ausrüstung der Feuerwehren vollständig ab. Vor allen Dingen ist seitens des Deutschen Feuerwehrverbandes zu beanstanden, daß die Definitionsstudie nur einseitig von den Voraussetzungen der Berufsfeuerwehren ausgeht und den großen Bereich der Feuerwehren in den Flächenstaaten und im ländlichen Raum unberücksichtigt läßt.

Es wurde deutlich gemacht, wo nach Meinung der Mitglieder des Arbeitskreises Verbesserungen in der Definitionsstudie angebracht werden sollen. Es wurde vor allen Dingen eine neue Markierung gesetzt hinsichtlich der notwendigen technischen Angaben der Fahrzeuge. Ich habe vorgetragen, daß der Deutsche Feuerwehrverband für den Bereich Freiwillige Feuerwehren mit dieser Studie nicht einiggehen könne und daß auf jeden Fall im weiteren Verlauf eine gleiche Definitionsstudie für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren in Flächenstaaten und in ländlichem Raum erstellt werden muß, da die in der jetzigen Studie für diesen Bereich enthaltenen Aussagen zum Teil unrichtig sind.

Der Arbeitskreis beschloß, den Bundesminister für Forschung und Technologie zu bitten, nunmehr anhand dieses Feuerwehrsystems O.R.B.I.T. zwei Prototypen von je einem Basisfahrzeug und von je einer Ergänzungseinheit auszuführen und diese Prototypen vorzustellen und zu erproben.

Abschließend muß festgehalten werden, daß zunächst einmal die Entwicklung der Prototypen und ihre spätere Erprobung abzuwarten ist, bis über eine weitere Anwendung dieses neuen Feuerwehrsystems eine Entscheidung getroffen werden kann. Diese Entscheidung dürfte frühestens in etwa drei bis vier Jahren heranreifen."



O.R.B.I.T. auf einen Blick: Basisfahrzeug, Ergänzungseinheit (vorn) und Hubrettungseinheit.



## DLRG-Landesrat Hessen tagte

**Mainz.** Landesverbandsleiter Günter Walter konnte den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes Hessen, Herbert Dröse, sowie Regierungsdirektor vom Hessischen Innenministerium W. Käppel als Gäste begrüßen. Der Vorstand sei glücklich darüber, daß es zu einer engen Verbindung zwischen DLRG und DRK in Hessen gekommen ist. Wir sind stolz darauf, daß wir über so viele Mitglieder verfügen, die sich ehrenamtlich beiden Organisationen zur Verfügung stellen. Es wäre schlecht um die Arbeit in den Hilfsorganisationen bestellt, wenn die Aktivitäten durch eigenes Prestigedenken beeinflusst würden.

Weil Anschaffungen wie Krankentransportwagen und Rettungsboote sowie Einrichtungen dieser Art, die heute notwendig sind, um unsere Organisationen aufrechtzuerhalten, von den Mitgliedsbeiträgen und diversen Spendern und Gönnern einfach nicht mehr aufgebracht werden können, sei es notwendig, daß hier der Staat eingreift, um aus Steuermitteln diese enormen Anschaffungen zu ermöglichen. Müßte man heute die bestehenden Hilfsorganisationen, die nicht mehr wegzudenken sind, aus Staatsmitteln einrichten, würde dies den Steuerzahler zusätzliche Millionen Mark kosten.

Mit einem Dankeschön für die bisher geleistete gute Arbeit und dem Wunsch auf eine enge und gute Zusammenarbeit bis in die Basis verabschiedete sich DRK-Präsident Herbert Dröse.

Regierungsdirektor W. Käppel überbrachte die Grüße des Hessischen Innenministers Ekkehard Gries und lobte die überaus gute Zusammenarbeit zwischen dem Hessischen Innenministerium und dem DLRG-Landesverband Hessen. Käppel erläuterte den Unterschied zwischen dem friedensmäßigen und erweiterten Katastrophenschutz, wobei die DLRG in die Wasserrettung voll integriert ist.

Nach zweijähriger Amtszeit wurde der bisherige stellv. LV-Leiter und Geschäftsführer Jürgen Illing verabschiedet. Illing, der das Amt des Bundesvorsitzenden der DLRG-Jugend übernahm, war stets bemüht, seine Aufgabe innerhalb des LV-Vorstandes

zu erfüllen und hat durch Anregungen und Ideen mit dazu beigetragen, daß der LV Hessen heute wieder beträchtliche Fortschritte macht.

## DLRG-Bezirk Bonn: Neue Wachstation und weiteres Boot

**Bonn.** Wer die Bootshalle, in der nun die zentrale Einsatzleitung Posten bezogen hat, vor der Renovierung als ein recht unansehnliches Gebäude gegenüber dem Bundeshaus am Beueler Rheinufer kannte, wird sie heute kaum mehr wiedererkennen. Wo früher triste Farblosigkeit herrschte, bietet sich nun das erfreulichere Bild einer ebenso zweckmäßigen wie ansehnlichen Wachstation mit eigener Slipanlage, Rampe und einem Anlegesteg.

Doch sind die Veränderungen keineswegs allein äußerlicher Art. Die Halle beherbergt nicht mehr nur die Funkleitstelle und die altgedienten Rettungsboote, sondern auch das mit Sehnsucht erwartete neue Boot, ein Fletcher Alowbolt 21, 228 PS stark und besonders schnell, wird es mit Plätzen für neun Rettungstaucher und -schwimmer und einer Möglichkeit zum liegenden Transport von Geretteten die „Schlagkraft“ des Rheinrettungsdienstes erheblich erhöhen – nicht zuletzt im Interesse aller Wassersportbegeisterten im über 25 Stromkilometer langen Einsatzgebiet auf dem Rhein.

Mitfinanziert wurde das 6,80 m lange Boot aus städt. Mitteln. Die Stadt Bonn war es auch, die durch Übernahme der bisher in Privatbesitz befindlichen Bootshalle die in Eigenleistung durchgeführte Renovierung erst ermöglichte. Die Halle steht nun der DLRG zunächst für zehn Jahre zur Verfügung. „Aber es muß nicht so lange dauern, bis es zu einer noch besseren Lösung kommt“, so Bonns Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels (DLRG-Lehrscheininhaber) bei der Übergabe des Schlüssels. Die Taufe des Rettungsbootes wurde im Anschluß von Stadtdechant Jansen und Superintendent Schießmann vorgenommen – bezeichnenderweise auf den Namen „Stadt Bonn“.

Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle wünschte dem Rheinrettungsdienst „stets eine Handbreit Wasser unter dem Kiel“. Von seiten der DLRG sprachen als frischgebakener Hausherr der Bonner Bezirksleiter Hermann Wirz und der Leiter des LV Nordrhein und Vizepräsident Jan Schmitz Dank und Anerkennung für die Hilfe der Stadt Bonn sowie den unermüdlichen Einsatz der Mitarbeiter der zentralen Dienste aus. Eine besondere Ehrung wurde dem Ehepaar Klaus und Adelheid Ladenthin zuteil. Sie hatten maßgeblich an der Renovierungsaktion mitgewirkt. Eine Probefahrt mit der „Stadt Bonn“ war für alle Beteiligten eine gerne geübte Pflicht.

Die Bonner DLRG ist nun, nach einer organisatorischen Neuordnung und Indienstellung von Wachstation und neuem Boot, besser gerüstet als je zuvor.

Gerd Eckstein

## Zwölf Rettungstaucher bei Nachtübung

**Schwerte.** Ein reichhaltiges Programm hatte Tauchwart Wilhelm Wagner für seine Schützlinge zusammengestellt, die in einer Nachtübung in der Ruhr ihren Ausbildungsstand erweitern sollten. Im Dunkel der Nacht und bei Hochwasser führender Ruhr sollten Orientierungstauchen, Einsatz vom Rettungsboot, Hindernistauchen in verschiedenen Tiefen, Bergung von Material und Mensch sowie die Suche nach einem Ertrunkenen durchgeführt werden. Zwischendurch standen auf dem Übungsplan technische Überprüfung der Tauchgeräte und Ausbildung am Kompressor.

Gegen 15 Uhr war man in die Ruhr gestiegen, um sich, wie die Taucher es nennen, einzuschwimmen. Schon hier zeigten sich die ersten Schwierigkeiten. Da durch das Hochwasser die Ruhr eine enorme Strömung aufwies und durch zeitweilige Sturmböen ein regelrechter Wellengang herrschte, hatten die Rettungstaucher Mühe, sich gegen die Naturgewalten durchzusetzen. So konnte, aus Sicherheitsgründen, auch nur ein Teil des vorgesehenen Programms durchgeführt werden. Tauchwart Wagner, der selbst

an der Übung teilnahm, erklärte: „Die Sicherheit der Rettungstaucher bei dieser Strömung ist, vor allem in der Nacht, nicht mehr zu gewährleisten.

Leichtsinn ist kein Mut, das ist eines der Gebote der Taucher.“ Immerhin absolvierten die Rettungstaucher der DLRG Schwerte (LV Westfalen) einige Übungen bis 24 Uhr. Nach ca. drei Stunden Pause ging es am frühen Morgen noch einmal in die Ruhr, damit die Nachtübung, im wahrsten Sinne des Wortes, nicht ganz ins Wasser fiel.

Wie gefährlich ein Einsatz werden kann und wie nötig das ständige Training und eine gute Ausrüstung sind, wurde bei dieser Nachtübung der Rettungstaucher nur bestätigt. Diesmal hatte sich die Ruhr als stärker erwiesen. (A. Sch.)

### Neues Rettungsgerät

Ein neues Rettungsgerät stellte der Lehrwart des Schleswig-Holsteinischen Kanu-Verbandes, Jürgen Pietsch, in der Husumer Schwimmhalle an der Wasserrettung Interessierten vor. Das von den Lehrwarten des Kanu-Verbandes ursprünglich für die Wildwasser-Rettung entwickelte Gerät besteht aus einem signalroten Säckchen mit roter, schwimmbarer Leine und einem Rettungsgurt mit Schnellverschluß.

Zur Hilfeleistung hält man den Rettungsgurt in der einen Hand und wirft mit der anderen das Säckchen dem Verunglückten zu. Die 25-Meter-Leine zieht sich durch die Schwungkraft selbsttätig aus dem Sack. Der Verunglückte kann entweder die Leine oder aber das Säckchen greifen und sich dann vom Helfer aus dem Wasser ziehen lassen. Zur Erhöhung des Wurfgewichtes bei Würfen gegen den Wind oder über größere Entfernungen kann man das Säckchen mit Wasser füllen.

Das Gerät ermöglicht aber auch eine weitere Rettungsart: die Leinenrettung. Hier wird dem Retter der mit einem Schnellverschluß versehene Rettungsgurt umgelegt. Retter und Verunglückter werden dann nach dem bekannten Verfahren der Leinenrettung mit der Leine aus dem Wasser gezogen.

Das komplette Gerät, beim Kanu-Verband erhältlich, vereinigt in sich Rettungsgurt mit Leine und Rettungsball.

Gegenüber dem Rettungsball hat es den Vorteil des größeren Gewichtes und damit der größeren Wurfreichweite, insbesondere bei Wind.

(jed.)

### Rettungstaucher gut gerüstet

**Euskirchen.** Ein Domizil bei der Freiwilligen Feuerwehr Euskirchen fanden die Rettungstaucher des Bezirks Euskirchen. Geräteraum und Einrichtung wurden jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt, dabei erklärten Bezirksstauchwart W. Thelen und sein Stellvertreter Jo Schmidt den Besuchern die Funktion der Ausrüstungsgegenstände.

Feuerwehr und Rettungstaucher der DLRG werden in Zukunft bei Wasserunfällen gemeinsam zum Einsatz kommen. Bezirksleiter Willi Eckstein begrüßte die Repräsentanten der Stadt und Feuerwehr sowie die interessierten Besucher, darunter auch die Vertreter des THW. Eckstein unterstrich das Bemühen, in Blankenheim und Schleiden weitere Rettungstaucherguppen aufzubauen. Sein Dank galt der Stadt Euskirchen, welche neben dem Geräteraum auch noch zwei Schulungsräume stellte, sowie der Feuerwehr, welche die Rettungstaucher kameradschaftlich bei sich aufgenommen hatte. Einmalig in NRW dürfte die Ausstattung sein, welche hier zur Verfügung steht: Angefangen von einer Kompressorstation, Preßluftflaschen, Trocken- und Naßtauchanzügen, UW-Telefon, UW-Lampen, Aquazepps, den Booten haben die Taucher hier eine kostbare Ausrüstung, für den Einsatz ist alles vorhanden.

### Neue Rettungsmethode in Hessen erprobt

Auf der Präsidial-Ärztetagung wurde den anwesenden Ärzten aus den DLRG-Landesverbänden eine Atemspende demonstriert, wie sie bei der Wasserrettung in Bulgarien im Schwarzen Meer gepflegt wird.

Der Sinn dieser Methode beruht auf möglichst frühzeitiger Anwendung der Atemspende. Diese mir bisher noch unbekannt Methode habe ich sofort in der OG Bruchköbel (Bezirk Hanau) unter Aufsicht des TL Schäfer testen lassen. Der Erfolg dieses Tests

berechtigt mich, diese Methode sofort weiterzuempfehlen und in das Übungsprogramm des LV Hessen einzubeziehen.

Ich möchte mit diesem Bericht dazu beitragen, daß eventuell diese Methode in das Ausbildungsprogramm für Rettungs-Einsatzschwimmer mit einbezogen werden kann. Aus diesem Grund wende ich mich an alle, die unsere Wasserrettungsmethode lehren, mit der Bitte, diese neue Methode gründlich zu testen und mir dann ihre Erfahrungen – positiv oder negativ – mitzuteilen.

Voraussetzung, daß der Rettungsversuch mittels ABC-Ausrüstung erfolgt (Flossen, Schnorchel, Brille).

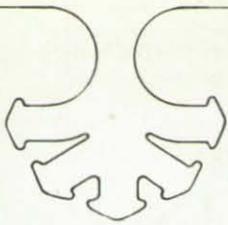
### Anwendung der Methode: Atemspende über Schnorchel

Nach Erreichen des zu Rettenden, was mit Flossen zeitlich auch schneller geht, wird bei Feststellung der Notwendigkeit einer Atemspende der Schnorchel umgedreht und mit dem Mundstück dem Bewußtlosen zwischen die Lippen geschoben. Nach eigener Überprüfung der empfohlenen Methode „Rettung mit Schnorchel“ wird folgende Durchführung empfohlen: Wenn der Schnorchelschwimmer, wie in der DLRG geübt, den Schnorchel rechts am Kopf trägt, dann benützt er auch weiter die Schnorchelführung auf der rechten Seite des Verunglückten. Mit der rechten Hand wird der Schnorchel im Mund des Verunglückten festgehalten, wobei mit Zeige- und Mittelfinger die Nase des zu Rettenden zugehalten wird, und mit dem Daumen wird der Schnorchel von unten abgestützt, damit, wenn der Retter durch den Mund einatmet, der Schnorchel nicht ins Wasser taucht. Wenn er ausnahmsweise links getragen wird, muß der Rettungsvorgang entsprechend mit der linken Hand von links her erfolgen (wegen der Axverkrümmung, Mundstück = Schnorchelende). Mit der anderen Hand wird der Kopf über Wasser gehalten und im Kiefer-Halsgriff, in dem auch der Kiefer möglichst nach vorn gedrückt wird, der zu Rettende in Rückenlage abgeschleppt.

Dabei muß dann schon beim Schwimmen die Atemspende erfolgen.

Diese Methode setzt viel Kraft und Geschick voraus und muß sehr geübt werden.

Dr. med. Reinhard Müller  
Jürgen Kämmerer



## Presseschau DES INLANDS

### Alarmübung in der Kreisberufsschule

Das Kultusministerium von Schleswig-Holstein hat einen Erlaß herausgegeben, nach welchem mindestens in jedem zweiten Jahr in den Schulen des Landes ein Probealarm durchzuführen ist, bei dem das Verhalten von Schülern und Lehrern bei Katastrophen eingeübt werden soll. Eine solche Anordnung kann nur begrüßt werden – es bleibt zu hoffen, daß sie auch mit der notwendigen Konsequenz befolgt wird.

An fünf Tagen war die Kreisberufsschule in Itzehoe Schauplatz eines Probealarms. Die wichtigsten Vorbereitungen waren getroffen worden, in den Gebäuden wurden Fluchtwege und Feuerlöscher gekennzeichnet; in allen Klassen wurden Hinweisschilder über das „Verhalten der Schüler bei Bränden und sonstigen Gefahren“ angebracht.

In der Werkstatt der Schule wurden von Hand zu betätigende Alarmeinrichtungen angefertigt. Die Schüler wurden außerdem bereits eine Woche vorher auf den Alarm vorbereitet, indem sie über die zu treffenden Maßnahmen informiert wurden.

Dann wurde um 12.30 Uhr der erste Probealarm ausgelöst. Die Schüler verließen die Klassen und Werkstatträume – als letzte jeweils immer die Lehrer, die darauf zu achten hatten, daß alle Fenster geschlossen und die Maschinen abgestellt waren.

Zwei Minuten nach dem Alarm waren alle Gebäude der Kreisberufsschule geräumt. Die 800 Schüler versammelten sich auf dem Planschbeckengelände. Dort führten ihnen Mitglieder des Bundesverbandes für den Selbstschutz Brandbekämpfungsmaßnahmen vor. So das Ablöschen

einer brennenden Person an einer Modellpuppe und den Umgang mit Feuerlöschern.

Bereits vor einem halben Jahr hatte ein großer Teil der Lehrerschaft an einem Grundlehrgang des Selbstschutzes teilgenommen. „Eine besondere Schwierigkeit in der Durchführung des Probealarms liegt für uns natürlich darin, daß wir an jedem Tag andere Schüler haben,“ erläuterte der Leiter der Schule.

In nächster Zeit soll auch einmal ein überraschender Alarm durchgeführt werden, bei dem mit Hilfe der Feuerwehr die Situation „ganz echt“ dargestellt werden soll.

(Norddeutsche Rundschau, Itzehoe)

### Notausgänge, die niemand findet

**Kurzfristig tritt immer dann, wenn die Presse sich des Problems annimmt, eine Besserung ein. Die betroffenen Firmen geloben Besserung – und nach kurzer Zeit ist der alte Zustand wieder eingetreten. Hier ist die Rede von den schwer auffindbaren oder gar zugestellten Notausgängen in Betrieben. Der Hinweis der Feuerwehr oder anderer Organisationen hilft wenig, wenn die Firmenleitungen selbst kaum Interesse zeigen.**

Zu unbekümmert gehen viele Firmen und Betriebe mit der betrieblichen Sicherheit um. Diese Meinung vertrat ein Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz bei einer Zusammenkunft des Arbeitskreises für betrieblichen Katastrophenschutz der Industrie- und Handelskammer in Darmstadt. Die Sicherheitsvorschriften würden immer wieder nachlässig gehandhabt: Notausgänge werden zugestellt oder verdeckt, Fluchtwege so unbedacht angelegt, daß sie im Notfall eine zusätzliche Gefahr bedeuten. Material wird ungeeignet gelagert u. a. m.

Diesem „Sündenregister“ stellte der Vertreter des Selbstschutzverbandes eine Reihe von Forderungen gegenüber. In regelmäßigen Belehrungen und wiederholten Kursen in Erster Hilfe müsse den Beschäftigten das für den Notfall erforderliche Wissen nachhaltiger vermittelt und auch der Umgang mit Feuerlöschern geübt werden.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### Die sowjetische Zivilverteidigung

**Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, vollzieht sich in der Sowjetunion eine gigantische Verstärkung der Zivilverteidigungsmaßnahmen. Wie hoch deren Stellenwert eingestuft wird, ist daran zu messen, daß die Zivilverteidigung neben Heer, Marine, Luftwaffe und strategischen Raketeneinheiten eine komplexe Teilstreitkraft der Roten Armee bildet.**

Ihre finanziellen Mittel, die nach Schätzungen rund eine Milliarde Dollar jährlich betragen, bezieht die Zivilverteidigung aus dem Gesamtetat für Verteidigung. Mit einem Armeegeneral an der Spitze – er ist gleichzeitig stellvertretender Verteidigungsminister – und 70 weiteren Befehlshabern im Generalsrang wird die Organisation militärisch geführt und organisiert.

Zusätzlich zu allen Vorsorgemaßnahmen kommt der Sowjetunion ihre gewaltige geographische Ausdehnung zugute. In den letzten Jahren wurden 35 000 Stahlbetonbunker zum Schutz militärischen Personals und Materials errichtet, sämtliche nuklearen Befehlsstränge liegen in verbunkerten Anlagen. In der Nähe von 40 Großstädten wurden unterirdische Nahrungsmittel-Vorratslager angelegt, Großbunker in der Nähe von Industriezentren wurden gebaut, die für die Unterbringung von 60 Prozent der Industriearbeiter ausreichen.

Der Bevölkerungsschutz in den Großstädten, in denen es U-Bahnen gibt, ist sehr gut organisiert. Allein die Moskauer Metro kann rund eine Million Menschen aufnehmen.

Neben diesen bautechnischen Maßnahmen macht die Schulung der Bevölkerung des Landes den größten Teil der sowjetischen Zivilverteidigungsanstrengungen aus. Fünfundzwanzig Prozent der Industriearbeiter werden im ständigen Trainingsprogramm auf Führungsaufgaben vorbereitet. Für alle Schichten der Bevölkerung werden Schutzmasken und -anzüge produziert; für Kleinkinder Schutztaschen. Die Menschen werden planmäßig auf Evakuierungen vorbereitet. Zivilschutzpflichtig sind alle Bürger von 16 Jahren an, Frauen bis zum 50., Männer bis zum 60. Lebensjahr.

(Kieler Nachrichten)



## Presseschau DES AUSLANDS

### Zivilschutz in Island

#### Civilforsvars Bladet



Die Öffentlichkeit Islands hörte im Jahre 1973 – damals wurde die Insel Heimaey von einem Vulkanausbruch betroffen – zum erstenmal etwas über den Einsatz des isländischen Zivilschutzes. Später wurde der Zivilschutz noch mehrfach erwähnt, zuletzt 1977, als er im Krafla-Gebiet das Personal eines geothermischen Elektrizitätswerkes evakuierte.

In Island muß der Zivilschutz immer darauf vorbereitet sein, daß an seine Leistungsfähigkeit hohe Ansprüche gestellt werden – eine seiner Hauptaufgaben ist es, bei seinen Einsätzen bei Naturkatastrophen alle Hilfskräfte wirkungsvoll zu koordinieren. Man muß in Island ständig mit Vulkanausbrüchen, Überschwemmungen und Lawinenkatastrophen rechnen.

Der isländische Zivilschutz entstand während des Zweiten Weltkrieges, als ein Luftschutzkomitee eingesetzt wurde, welches die Zivilbevölkerung gegen Kriegsauswirkungen schützen sollte. Im Jahre 1962, zur Zeit der Kuba-Krise, erhielt Island dann ein Zivilschutzgesetz. Stabspersonal wurde ausgebildet, ein Warnsystem eingerichtet und Schutzraummöglichkeiten untersucht. Der ZS untersteht heute dem Justizministerium, lediglich der Sanitätsdienst ist dem Gesundheitsminister unterstellt. Oberste Zivilschutzbehörde ist der Zivilschutzrat.

Aufgabe des örtlichen Zivilschutzes ist es, Zivilschutzmaßnahmen im eigenen Bezirk zu leiten. Dazu stehen ihm alle Mannschaften und Ressourcen der örtlichen Organe zur Verfügung. In fast allen Bezirken gibt es außerdem größere Einheiten von

Freiwilligen, die verschiedenen Gruppen angehören – z. B. dem Lebensrettungsverband, dem Luftschutzdienst, den Pfadfindergruppen, dem Roten Kreuz – und bereitstehen, sich an der Arbeit des Zivilschutzes zu beteiligen.

(Kopenhagen, Nr. 4/1977)

### Darum haben die Sowjets unterzeichnet

#### Journal of CIVIL DEFENSE

... Es ist nicht erstaunlich, daß die Sowjets bereit waren, einen Vertrag zu unterzeichnen, der die ABM-Stützpunkte auf einen Standort beschränkte. Sie haben sich dabei entschlossen, Moskau zu verteidigen.

Wir hingegen wollen unsere Städte in ihrer Gesamtheit verteidigen. ... Die Sowjetunion verfügt über einen sehr wirkungsvollen Zivilschutz, der u. a. die Evakuierung der Bevölkerung in Randgebiete vorsieht. Die evakuierte Bevölkerung baut sich an Ort und Stelle dann neue Schutzräume mit Materialien, die dort vorgefunden werden. ...

Die Schutzräume bieten einen adäquaten Schutz gegen Feuer und radioaktiven Niederschlag. ... Die Sowjets glauben, daß damit der Verlust an Menschenleben in den größeren Städten vermindert werden kann – von 90 % auf 5–8 %. Eine entsprechende Rechnung zeigt, daß die Verluste bei einem Angriff auf die Gesamtbevölkerung und bei völliger Wirkungslosigkeit des sowjetischen ABM-Systems unter 4 % liegen würden.

... Damit erhebt sich die Frage, ob die Abschreckung, uns anzugreifen, tatsächlich groß genug ist. Man muß sich auch fragen, ob 200 'Überlebensgeschosse', die wir einsetzen wollen, tatsächlich eine 'überwältigende Vergeltungswaffe' wären. ... Wir zweifeln daran, daß jemand davon überzeugt werden kann, daß wir einen Gegenschlag führen werden, wenn nicht alles unternommen wird, um unser Volk vor den Folgen eines Angriffes so gut wie möglich zu schützen" (Auszug aus einem Beitrag von Eugene P. Wigher und Arthur a. Broyles).

(Starke/Florida, Nr. 4/1977)

### Chinas unterirdische Luftschutzanlagen

#### RADIO PEKING

Ausgewählte  
Sendungen



... nun zu den unterirdischen Luftschutzanlagen in Chinas Städten, der 'modernen unterirdischen Großen Mauer'. Viele chinesische Städte sind untertunnelt. Diese Tunnel haben Ventilatoren zur Sauerstoffzufuhr, Anlagen zur Entwässerung, Strom- und Wasserversorgung und so weiter. Es gibt sogar unterirdische Fabriken, Warenhäuser, Krankenhäuser und Theater. Auf ein Alarmzeichen hin können ... bis eine halbe Million Einwohner in kurzer Zeit unter der Erde verschwinden und durch die Tunnel aus den Stadtzentren evakuiert werden. ... Divisionen der Volksmiliz benutzen dann die Tunnel als Verteidigungsanlagen. ...

In den Pekinger Geschäfts- und Wohnvierteln wurden die Tunnel von (den Beschäftigten und Schülern der) Fabriken, Schulen und Regierungsbehörden gegraben. Viele Ausländer sahen das Tunnelsystem unter dem großen Geschäftszentrum. Hier gibt es eine Versammlungshalle für Hunderte von Menschen, eine Großküche, Entgiftungsräume, eine Klinik usw. Dieser Tunnel ist Teil des gesamten Luftschutzsystems der Stadt Peking und wurde von den Arbeitern und Angestellten des Viertels gebaut.

... viele der unterirdischen Anlagen entsprechen den Anforderungen eines modernen Krieges; sie haben z. B. tonnenschwere, sprengsichere Schotten, Luftfiltrerräume und Wasserreinigungsanlagen. In vielen Städten dienen die Tunnel, die in Kriegzeiten unterirdische Festungen sind, in Friedenszeiten der Produktion und dem täglichen Leben. Viele Fabriken produzieren unterirdisch; Unterwassertunnel werden von Zügen durchfahren. Im Inneren eines Berges wurde beispielsweise ein Lazarett mit 300 Betten angelegt, unterirdische Kornspeicher nehmen das Getreide geschützt auf.

Freiwillig und ohne besonderen Lohn arbeiten Einwohner, Arbeiter wie auch Kader unter der Anleitung von Fachleuten."

(Ausgewählte Sendungen 3/78)

# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Aktive Mitarbeit wurde belohnt

Wer kennt es nicht? Das Problem, eine Tragkraftspritze TS 8/8 mit 190 kg Gewicht in ihrem Standort zu verändern! Drei bis vier Mann sind nötig, um eine Standortveränderung durchzuführen.

Das ließ die Mitarbeiter der Kraftfahrzeug-Zentralwerkstatt des Amts für Zivilschutz der Landeshauptstadt Stuttgart nicht ruhen, eine Erleichterung für diesen Kraftakt zu ersinnen. Sie konstruierten ein Einachsgerät, mit dem es möglich ist, daß ein Mann – unfallsicher – mit einer TS 8/8 Standortveränderungen durchführen kann. Dieses Gerät besteht aus einer Achse von 575 mm Länge und ist außen je mit einem kugelgelagerten Laufrad von 200 mm Durchmesser versehen. Außerdem sind auf der Achse 2 Halteplatten mit Löchern für die Aufnahme von Bolzen angeschweißt, und zwar in einem solchen Abstand, daß sie genau in das Tragegestell der TS 8/8 passen.



Die Handhabung ist sprichwörtlich „kinderleicht“. Das Gerät wird einfach in das Tragegestell der Pumpe eingeschoben und mit Bolzen in den Ösen des Tragegestells verbunden, so daß es flexibel bleibt.

Ein Mann genügt nun. Er hebt die TS auf der Seite an, an der die Vorrichtung ist. Diese fällt dann aufgrund ihrer Konstruktion nach innen. Nun kann der Mann auf die Gegenseite gehen und mit den Handgriffen des Tragegestells die TS 8/8 wie einen Schubkarren an jeden Ort transportieren.

Die beiden Mitarbeiter der Werkstatt wurden für ihren Verbesserungsvorschlag, der eine echte Arbeiterleichterung und Kostenersparnis darstellt, von der Landeshauptstadt Stuttgart mit einer Geldprämie belohnt.

## Forschungsprojekt Rettungswagen

Im Auftrag des Deutschen Roten Kreuzes mit Förderung durch das Bundesverkehrsministerium wurde im Institut für Kraftfahrwesen (ika) der Rheinisch-westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen ein neuer patientengerechter Rettungswagen (RTW) entwickelt und anlässlich des 4. DRK-Rettungskongresses 1978 in Wiesbaden vorgestellt. (Das ZS-MAGAZIN berichtete ausführlich über die Entwicklung des RTW in Heft 9/77, Seite 15 ff.)

Wesentlicher Anlaß für die Entwicklung des neuen Rettungswagens war die vergleichsweise hohe Schwingungsbelastung von Patient, Begleitpersonen und Geräten in den heute eingesetzten Rettungswagen. Das Schwingungsverhalten dieser Fahrzeuge wurde im Rahmen dieses Forschungsprojektes zunächst in umfangreichen Rechneruntersuchungen theoretisch optimiert. Hierbei wurde besonderer Wert auf eine günstige Auslegung und Abstimmung der Fahrzeugfederung und der Patientenlagerung gelegt. Diese Optimierung zeigte, daß für eine geringe Schwingungsbelastung, d. h. guten Fahrkomfort, insbesondere weiche Aufbaufedern und eine auf diese Federung abgestimmte Patientenlagerung erforderlich sind. Der Patient sollte zudem möglichst in der Nähe des Fahrzeugschwerpunktes, d. h. etwa in Fahrzeugmitte schwingungs-isoliert gelagert und transportiert werden.

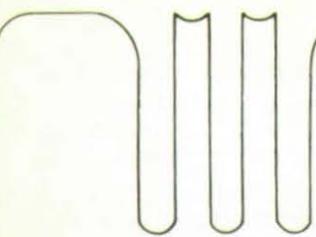
Gerade bei einem sehr weich und komfortabel gefederten Fahrzeug sind besondere Maßnahmen erforderlich, um eine hohe Fahrsicherheit, beispielsweise beim Kurvenfahren und schnellen Spurwechseln zu gewährleisten.

Die Berücksichtigung derartiger Anforderungen führte zu einem neuen RTW-Konzept, dessen Hauptmerkmale Frontantrieb, Einzelradaufhängung, niedriger Aufbauswerpunkt und langer Radstand sind. Diesem Konzept entspricht weitgehend der Fiat Typ 242, so daß der neue RTW-Prototyp auf der Basis dieses Fahrzeuges entwickelt werden konnte.

Günstige Möglichkeiten zur Erfüllung aller Anforderungen an die Aufbaufederung bot eine hydropneumatische Federung mit integrierter hydraulischer Niveauregelung und Dämpfung, die in ähnlicher Form auch in Serien-Pkw verwendet wird. An dieser Hinterachse wurde diese Federung zusätzlich mit einer linearen Stahlfeder kombiniert, um auch bei den dort je nach Anzahl der Insassen und der Geräteausrüstung auftretenden unterschiedlichen Belastungszuständen ein konstantes Schwingungsverhalten zu erreichen. Abgestimmt auf diese fahrzeugseitigen Maßnahmen wurde das Tragengestell, auf dem die Trage mit dem Patienten gelagert ist, nach schwingungstechnischen und medizinischen Gesichtspunkten neu entwickelt. Dabei wurde ein Konzept zugrundegelegt, bei dem im Gegensatz zu heutigen RTW der Patient mit den Füßen in Fahrtrichtung gelagert wird. Dieses neue Tragengestell zeichnet sich insbesondere dadurch aus, daß seine Schwingungseigenschaften auf die des Fahrzeuges abgestimmt sind und sich auch bei unterschiedlichen Patientengewichten kaum ändern.

Auf dem Serienfahrzeug basierend wurde im ika zunächst ein Versuchsfahrzeug und dann ein RTW-Prototyp gebaut. Die umfassenden Versuche mit diesem neuen RTW zeigen, daß die vorher theoretisch gewonnenen Ergebnisse, die eine Reduzierung der Schwingungsbelastung auf etwa ein Drittel der heute üblichen Werte bedeuten, realisiert wurden. Damit ist es gelungen, die Schwingungsbelastung der Insassen heutiger Rettungswagen bei gleichzeitig verbesserten Beladungs- und Behandlungsmöglichkeiten durch einen vergleichsweise geringen, wirtschaftlich vertretbaren Mehraufwand entscheidend zu verringern.

Inzwischen befindet sich das Fahrzeug in der Erprobungsphase und wird im normalen Rettungsdienst eingesetzt. Die Möglichkeit einer Serienfertigung wird z. Z. konkret untersucht.



## neue BÜCHER

### **Treffend argumentieren**

Von Reinhard von Normann  
Ott-Verlag, Thun/Schweiz

Dieses Buch ist ein weiteres Nachschlagewerk der „Treffend“-Reihe.

Der Themenkreis ist weit gespannt und erfaßt eine ganze Reihe von Bereichen, in denen auch die Leser dieser Zeitschrift Rede und Antwort zu stehen haben, sogar manchmal in der offenen Konfrontation.

Anhand der aufgeführten Beispiele wird klar, daß sich heute die Art der Argumentation weitgehend gewandelt hat. Wenn jemand in der Öffentlichkeit argumentieren muß, wird er hier eine ganze Reihe von Anregungen finden. Etwa 1000 Zitate prominenter Zeitgenossen und Persönlichkeiten der Zeitgeschichte erleichtern dem Leser den Einstieg in Streitgespräche.

Die Beschäftigung mit diesem Buch bringt nicht nur Grunderkenntnisse über die Ursprünge unserer Konflikte, man wird auch in die Lage versetzt, ablenkende Tendenzen zu erkennen und zu stoppen; sie sogar in „Aha-Effekte“ umzumünzen. Es werden sehr konkrete Anregungen vermittelt, wie man das verfügbare Material verwenden kann.

### **Unfallanalyse 1976**

Von Dr.-Ing. W. Abt  
Schriftenreihe des Hauptverbandes  
der gewerblichen Berufsgenossen-  
schaften e. V., Bonn

Die Unfallanalyse 1976 enthält Untersuchung, Schwerpunktermittlung und Bewertung der den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1976 angezeigten Unfälle. Die Ermittlungen wurden mit Hilfe der EDV

nach einem neuem System durchgeführt.

Die Broschüre, 168 Seiten stark, mit 81 tabellarischen Übersichten, 6 farbigen Schaubildern und einem Tabellen-Anhang, wird allen auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit Tätigen Erkenntnisse und Ansatzpunkte für ihre Arbeit liefern. Die Verbreitung der Ergebnisse und Informationen dieser Broschüre, die kostenlos beim Hauptverband auf Anforderung abgegeben wird, soll dazu beitragen, auf breiter Front ein verstärktes Sicherheitsbewußtsein zu entwickeln und zu fördern.

### **Lebensrettende Sofortmaßnahmen**

Ein Lernprogramm der Deutschen  
BP Aktiengesellschaft, Hamburg

Das Lernprogramm der Zentrale für Personal-Training der o. g. Firma will Mittel und Wege aufzeigen, die dem Ersthelfer zur Verfügung stehen, um einem Verunglückten oder akut Erkrankten in den wenigen Minuten, die über Leben und Tod entscheiden, das Leben zu erhalten oder zumindest einer weiteren Verschlimmerung seines Zustandes vorzubeugen. Das Ziel ist, am Ort des Geschehens und während des Transports in die Klinik sicherzustellen, daß der Notfallpatient überlebt, um dann in der Klinik mit ihren vielen Möglichkeiten der Reanimation und insbesondere der Intensivmedizin die Wiederherstellung zu erreichen.

Das vorliegende Lernprogramm lehnt sich an die Empfehlungen an, die zum Thema Wiederbelebung von der Deutschen Gesellschaft für Anaesthesiologie erarbeitet wurden. Das Programm ist für Laienhelfer bestimmt und setzt die Grundkenntnisse der Ersten Hilfe voraus. Es ist ein Lern- und Übungsheft mit der Möglichkeit der Selbstkontrolle.

### **DLRG – Humanität und Sport im Dienst am Mitmenschen**

Von Josef N. Schmitz und Klaus  
Bartnitzke  
Verlag Karl Hofmann, Schorndorf

Ursprünglich wurde dieses Buch für die Mitglieder der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) geschrieben. Die DLRG ist im Gesell-

schafts- und Verbandsleben eine bedeutsame Organisation; sie gehört zum Kreise der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz. Was lag näher, als dieses Buch auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit eine geschlossene Darstellung der größten, freiwilligen und unabhängigen Wasserrettungsorganisation der Welt zu geben.

Freiwilliger Dienst am Mitmenschen wird ohne öffentliche Anerkennung und Unterstützung durch die Gesellschaft und den Staat stagnieren. Nur eine solche Anerkennung kann die Mitglieder der Organisation ständig motivieren.

Das Buch zeigt die Entwicklung der DLRG seit ihrer Gründung auf und erläutert die selbstgestellten Aufgaben und Ziele. Stolze Bilanzen werden veröffentlicht; Erfolge, vor allem in der Ausbildung der Jugendlichen im Schwimmen und in der Wasserrettung, aufgezeigt. Gerade diese Jugendarbeit nimmt einen breiten Raum ein. Von 1339 festen und beweglichen Rettungswachstationen aus wurden von 1950–1976 über 922 000 Hilfs- und Rettungsaktionen durchgeführt.

### **Brandschutzprüfung – Brandverhütungsschau**

Von Kurt Ehmman. Leitfaden zur  
brandschutztechnischen Beurteilung  
von baulichen Anlagen. Verlag W.  
Kohlhammer, Stuttgart

Mit Akribie hat der Autor, Kreisbrandmeister und Oberbaurat beim Landratsamt Böblingen, eine umfassende Checkliste angefertigt, in der alle überhaupt in Frage kommenden brandschutztechnischen Maßnahmen und Einrichtungen aufgeführt sind. Damit wird eine lückenlose Erarbeitung von Brandschutzgutachten und die umfassende Durchführung einer Brandverhütungsschau ermöglicht.

Gerade weil diese Aufgabe eine tiefgehende Kenntnis der vielen besonders zu berücksichtigenden speziellen Forderungen, DIN-Vorschriften, bautechnischen Richtlinien und Hinweise sowie der einschlägig ergangenen Erlasse, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften voraussetzt, spielen die in den Anlagen stichwortartig aufgenommenen Hinweise eine besondere Rolle. Sie sind für sämtliche baulichen Anlagen besonderer Art und Nutzung leicht auffindbar aufgestellt.

Helmut Freutel

# Das Minimagazin

In diesem Monat: Fitneßprogramm

## **Wußten Sie schon, daß . . .**

. . . bei Übungen im Katastrophenschutz, aber erst recht bei echten Einsätzen den Helfern, Führern und Unterführern große körperliche Leistungen abverlangt werden? Wenn sich riesige Waldflächen in tobende Flammenhöhlen verwandeln und Feuerwehrlente und andere Helfer tage- und nächtelang kämpfen müssen, um das Inferno zu beenden, das kostet Kraft.

Wenn die Flut des Meeres unaufhaltsam steigt, wenn Deiche brechen und abgedichtet werden müssen, wenn Helfer aller Hilfsorganisationen Schulter an Schulter im Kampf gegen das nasse Element, gegen Sturm und tosende See stehen, das erschöpft auch den Kräftigsten.

Wenn aus zusammengestürzten Häusern Verschüttete zu bergen sind, wenn Trümmerschutt, Mauerreste, Stahlträger und verbogene Rohrleitungen durch Muskelkraft beseitigt werden müssen, wenn jede Minute Zeitgewinn für Verschüttete Überleben bedeuten kann, dann fühlt auch der Helfer, wie seine Kraftreserven dahinschwinden.

Wenn bei harter körperlicher Rettungsarbeit große Hitze oder grimme Kälte Herz und Kreislauf zusätzlich belasten, sinkt bei manchen Untrainierten das Widerstandsvermögen rapide ab.

Solche Beispiele starker körperlicher Belastungen bei Einsätzen im Katastrophenschutz ließen sich noch endlos lange anführen.

## **Wußten Sie schon, daß . . .**

. . . außer modernem, zweckmäßigem Gerät und fachkundigen Helfern, die den Einsatz neuzeitlicher technischer Hilfsmittel beherrschen, auch die Gesundheit und das körperliche Leistungsvermögen der Helfer eine große Rolle spielen, um im Katastrophenfall schnell, wirkungsvoll und ausdauernd helfen zu können? Die Helfer im Katastrophenschutz haben in der Vergangenheit schon oft Mut und Einsatzfreude bewiesen. Viele Berichte zeugen von eindrucksvollen Leistungen und großartigen Taten.

Viele Helfer waren aber auch ehrlich genug, zuzugeben, daß sie nach einem Einsatz körperlich völlig erschöpft waren. Manch einer hat schon geschworen, sich für den nächsten Einsatz besser fit zu machen. Sie wissen, daß die Ausbildung in den Fachdiensten, die relativ wenigen Übungen im Jahr nicht ausreichen, um im Ernstfall körperliche Hochleistungen zu vollbringen. Sie wissen auch, daß muskuläre Erschöpfung zum Versagen bei der Aufgabe führen kann, aber auch das eigene Unfallrisiko erhöht.

## **Wußten Sie schon, daß . . .**

. . . es einige Regeln gibt, die, wenn sie auf die Dauer durchgehalten werden, ganz allgemein dazu dienen, die Kondition zu verbessern? Zu einem Fitneßtraining gehört, was früher einmal selbstverständlich war, die regelmäßige Bewegung. Gerade in unserer Zeit, in der wir kaum noch zu Fuß gehen, ist körperliche Bewegung überaus wichtig. Wirksam für die Kondition sind Schwimmen, Radfahren, Dauerlaufen, Seilspringen. Überhaupt alle Sportarten oder Übungen, die unseren Puls auf mindestens 130 Schläge in der Minute erhöhen. Die Dauer sollte bei Ungeübten anfangs jedoch ein paar Minuten nicht überschreiten. Jede Übertreibung kann bei Untrainierten Schaden anrichten. Dauer und Häufigkeit des Sports soll man langsam steigern. Es ist anzuraten, mit dem Arzt darüber zu reden. Auch Heimtrainingsgeräte können viel nützen, um die Kondition zu verbessern. Aber auch hier ist es wichtig, daß man sie ständig benutzt. Stellen Sie ein Fitneßprogramm auf!

Jede Muskelarbeit setzt eine Versorgung des Muskelgewebes mit Sauerstoff und Nährstoffen (vorwiegend Zucker) voraus. Beides wird dem Muskelgewebe mit dem Blut zugeführt. Der Zuckergehalt des Blutes darf bei muskulärer Leistung nicht zu stark absinken. Dagegen empfiehlt sich die Einnahme von Traubenzucker. Der gesteigerte Sauerstoffverbrauch muß hingegen durch ver-

stärkte Atmung gedeckt werden. Trainierte Sportler zum Beispiel erzielen eine Erhöhung des Atemminutenvolumens dadurch, daß sie ihre Atemzüge vertiefen, die Atemfrequenz aber nur geringfügig erhöhen. Zwischen Ein- und Ausatmung soll die Luft ausreichend lange in die Lunge verweilen, so daß der Gasaustausch optimal verlaufen kann. Der mit der Einatemluft in die Lunge gelangte Sauerstoff wird vom Blut aufgenommen und das mit dem Blut aus den Körpergeweben herantransportierte Kohlendioxid wird in die Ausatemluft abgegeben.

Der Untrainierte steigert bei körperlicher Belastung die Frequenz von Ein- und Ausatmung. Er bemüht sich, durch „hechelnde“ Atmung um eine hinreichende Sauerstoffversorgung, kann aber diese Atemtechnik nur kurze Zeit durchhalten. Atemnot ist die Folge. Darüber hinaus beeinträchtigt Sauerstoffmangel den Energiestoffwechsel der Muskelzellen. Um Energie für die Muskelarbeit zu gewinnen, bauen die Muskelzellen den ihnen durch das Blut zugeführten Zucker zur Milchsäure ab. Diese wird veratmet, das heißt mit Sauerstoff verbrannt und beseitigt. Fehlt der Sauerstoff, so bleibt die Milchsäure im Muskelgewebe liegen und bewirkt das, was wir Muskelkater nennen.

## **Wußten Sie schon, daß . . .**

. . . ein gezieltes Training zur Stärkung der beim Einsatz besonders beanspruchten Muskelgruppen, verbunden mit Übungen, die ganz allgemein dazu dienen, die Kondition zu verbessern, auch wirkungsvoll das allgemeine Wohlbefinden fördern? Organische Gesundheit vorausgesetzt, dürfen Sie sich während des Trainings ruhig einmal bis zur Leistungsgrenze belasten. Horchen Sie doch mal im Kameradenkreis herum. Vielleicht finden Sie welche, die es Ihnen gleich tun möchten. Gemeinsam macht ein solches Training auch mehr Spaß. Und denken Sie daran: Der nächste Einsatz kommt bestimmt! Ohne, daß Ihnen dabei die Puste ausgeht?

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt  
Vertrieb: A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Vertriebskennzahl G 2766 EX

# DLRG kämpft gegen den nassen Tod



Über den Rhein bei Düsseldorf fegt donnernd ein leuchtend-rotes Motor-Rettungsboot der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (unser Titelbild). Es gehört zur Zentralen Ausbildungsstelle des DLRG-Landesverbandes Nordrhein und zur Rettungsstation des DLRG-Bezirks Düsseldorf. Angehörige der Station agieren für das ZS-MAGAZIN und simulieren die Suche nach einem Ertrunkenen, seine Bergung und Wiederbelebung. Das Boot bietet Platz für Rettungstaucher und die Möglichkeit zum liegenden Transport von Geretteten (Bild links oben). Im Rettungsboot beginnt sofort die Wiederbelebung durch Mund-zu-Nase-Beatmung. Sie wird auch nach der Übernahme des Geretteten an Land (oben) und im Rettungswagen mit Hilfe eines Beatmungsbeutels fortgesetzt (links). Diese Ausbildungs- und Rettungsstation der DLRG, an der es auch Einstellplätze für Katastrophen-Einsatzzüge gibt, besitzt u. a. alle Einrichtungen für die zentrale Schulung und Weiterbildung von DLRG-Angehörigen, ob Ausbilder für Schwimmen und Rettungsschwimmen, Rettungstaucher, Bootsführer oder Funker.